TECHNIK UND WIRTSCHAFT
MONATSCHRIFT
DES VEREINES DEUTSCHER INGENIEURE
SCHRIFTLEITER: D. MEYER u. W. SPEISER

13. Jahrg. Oktober 1920 10. Heft

Das Verlustwagnis bei langfristigen Ausfuhrgeschäften.

Von Dr.-Ing. Hans Müller-Bernhardt, Diplomkaufmann, Charlottenburg.

Die Gefahr, daß zu guten Preisen hereingekommene Aufträge sich nachträglich in Verlustgeschäfte verwandeln, ist eine Sorge, die schon seit fast einem Jahr auf allen Kaufleuten lastet, die Erzeugnisse nach dem Auslande verkaufen, sofern zwischen der Erteilung des Auftrages und der Lieferung eine längere Frist liegt. In besonderm Maße trifft dies zu für die Hersteller von Eisen-Fertigerzeugnissen (Maschinenbau, Apparatebau, Kesselbau usw.). Hier hat sich der unerwünschte Zustand herausgebildet, daß diese Kreise, deren vornehmliche Aufgabe die Herstellung wettbewerbfähiger Qualitätsware sein sollte, in ganz erheblichem Maße durch Spekulationsgeschäfte belastet werden, die weder im Rahmen ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe noch im Bereich ihrer kaufmännischen Erfahrung liegen. Zu Zeiten schlechter Marktlage, wie z. B. gegenwärtig, verdient die Frage ganz besondere Aufmerksamkeit, weil die dann zu erzielenden Gewinne bei Auslandgeschäften entsprechend der schwierigen Wettbewerblage häufig so gering bemessen werden müssen, daß fast kein Spielraum mehr bleibt, um die Rückwirkungen der Schwankungen unserer volkswirtschaftlichen Grundlagen (Devisenkurse, Rohstoffpreise, Löhne, Steuern und Abgaben) durch den eingerechneten Geschäftsgewinn ganz oder zum Teil aufzunehmen.

Das Gesamtwagnis setzt sich aus dem Kurswagnis und dem Selbstkostenwagnis zusammen. Das Kurswagnis ist begründet in den Schwankungen fast aller Währungen der Welt, die zur Folge haben, daß es heutzutage fast unmöglich ist, auch nur annähernd zu übersehen, wie sich der einem Liefervertrage zugrunde gelegte Wert des Kaufpreises innerhalb weniger Monate, sei es zum Vorteil, sei es zum Nachteil des Verkäufers, verändert. Das Selbstkostenwagnis besteht darin, daß die der Kalkulation zugrunde gelegten Rohstoffpreise, Löhne und sonstigen Unkosten innerhalb Deutschlands durchaus schwankende Größen darstellen. Theoretisch besteht zwar in weiten

Grenzen eine innere Abhängigkeit zwischen diesen beiden Bewegungen, praktisch hat sich jedoch herausgestellt, daß die Valutakurven durchaus nicht immer übereinstimmen mit der Entwicklung der Rohstoffpreise und Löhne (s. Abbildung). Einerseits erklären sich die Abweichungen aus den zeitlichen Phasenverschiebungen der Auswirkungen (z. B. hinkt das Anwachsen der Löhne im Durchschnitt um 6 bis 8 Monate hinter der Steigerung der Valuta her), anderseits ist zu bedenken, daß die durch die Valutasteigerungen eingeleiteten Erschütterungen der Rohstoffpreise und Löhne sich mehr oder minder stark auswirken, je nach den besonderen Zusammenhängen. So spielt bei der Regelung der Löhne die Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern, bei der Bemessung der Rohstoffpreise die von den Rohstoff-Verbänden durchgeführte Preispolitik eine große Rolle. Steuern und Abgaben haben natürlich ebenfalls ganz selbständigen Einfluß. Die beiden Gesichtspunkte: Kurswagnis und Selbstkostenwagnis, muß man scharf auseinanderhalten, wenn man gefährliche und unter Umständen kostspielige Selbsttäuschungen vermeiden will.

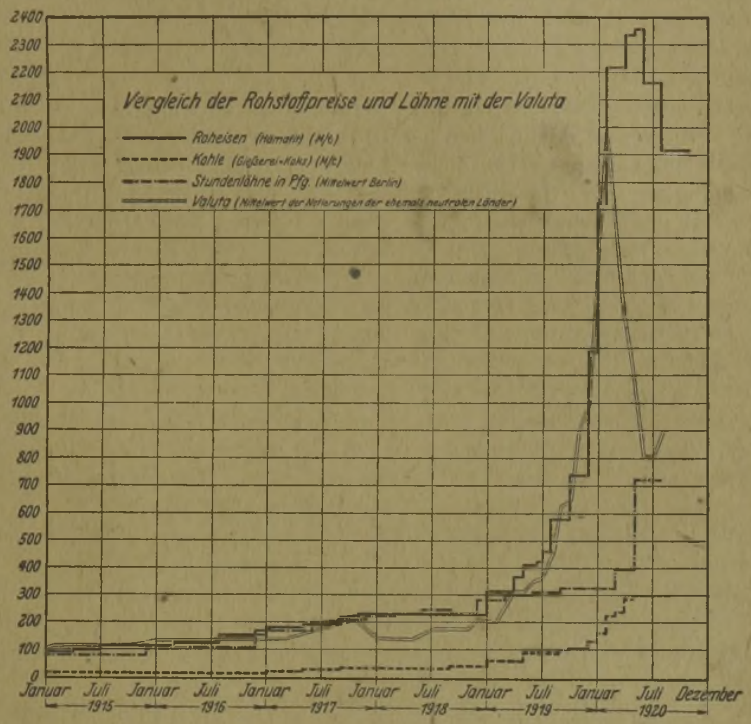
Die zur Ausschaltung des Wagnisses seither eingeschlagenen Wege unterscheiden sich zunächst grundsätzlich nach Geschäften zu festen und Geschäften zu gleitenden Preisen. Bei den Verkäufen zu festen Preisen gingen die fast übereinstimmenden Meinungen mit Recht dahin, daß die deutsche Reichsmark bei Geschäften mit Überpariländern gegenwärtig als Wertmesser ungeeignet sei. Man verkaufte daher in Auslandwährung, und zwar nach Möglichkeit in einer stabilen Auslandwährung. In den Fällen, in denen ausländische Bezieher, die oft auf das Sinken der Mark spekulierten, auf Bezahlung in außerdeutschen Währungen nicht eingehen wollten, kam häufig der Vergleich einer Anzahlung in Auslandwährung und der Restzahlung in Mark zustande. Der deutsche Verkäufer fand hierbei während der Zeit des starken Absinkens der Mark für kurze Zeit sein gutes Auskommen, da oft schon durch die Anzahlung seine Selbstkosten ganz oder doch zum größten Teil gedeckt waren.

Soweit Geschäfte zu festen Preisen in Markwährung abgeschlossen wurden, erlitt der Verkäufer in vielen Fällen erhebliche Verluste, oder er kam — oft unter schwierigen und unerfreulichen Auseinandersetzungen mit dem ausländischen Bezieher — auf dem Wege nachträglicher Preissteigerungen mit einem blauen Auge davon.

Das Verfahren der gleitenden Preise hatte sehr verschiedene Formen. Die aus den Kriegsgepflogenheiten übernommene Gewohnheit der Einfügung einer Preissteigerungsklausel in den Vertrag, wonach sich der Käufer den nachträglichen, durch den Lieferer einseitig vorgenommenen Preissteigerungen bedingungslos unterwirft, wurde in vielen Fällen bald abgelöst durch Gleitpreisklauseln, die den Interessen des ausländischen Beziehers in höherem Grade gerecht wurden. Die Preissteigerungsklauseln wurden verankert in den halbamtlichen Notierungen der Rohstoffpreise, der Löhne oder in anderen objektiv feststellbaren Größen. So entstand die bekannte Hämatitklausel, die sich viele Monate hindurch bis zum Februar 1920 den praktischen Erfordernissen in fast idealer Weise anschmiegte. Da die Roheisenpreise genau in dem gleichen Verhältnis stiegen, wie die Valuta fiel, konnten aus den durch

diese Preissteigerungsklausel erzielten Preiserhöhungen sämtliche Mehraufwendungen voll gedeckt werden. Im Anschluß hieran trat die vereinigte Rohmaterial- und Lohnklausel mehr und mehr in den Vordergrund, die nach der Beendigung der Aufwärtsbewegung der Mark bis auf den heutigen Tag in sehr vielen Fällen den Vorzug vor anderen Klauseln verdient.

Auch Gleitklauseln, die sich unmittelbar auf den Devisenkursen aufbauen (Devisenkurs-Klauseln), sowie Verbindungen der erwähnten Verfahren wurden verwendet.



Parallel zu diesen Gleitpreisklauseln entwickelte sich anderseits das Verfahren der Preissteigerung durch Verbands-Teuerungszuschläge, wonach sich der ausländische Bezieher den von den jeweils zuständigen Wirtschaftsverbänden vorgenommenen Teuerungszuschlägen im voraus unterwarf. Dieses Vorgehen hat den Vorzug der vollständigen Sicherung gegen Verluste dieser Art, falls über die Teuerungszuschläge in nicht allzu großen Abständen beraten wird.

Für die Entscheidung, ob man zu festen Preisen oder zu gleitenden Preisen anbot, waren die Gesichtspunkte maßgebend, daß einerseits der ausländische Bezieher in sehr vielen Fällen sich weigerte, auf gleitende Preise einzugehen, und anderseits der deutsche Verkäufer das Wagnis der Verkäufe zu festen Preisen nicht übernehmen zu können glaubte. Soweit nicht durch die

Verbände bestimmte Vorschriften für längere Zeiträume festgelegt waren, traf man seine Entscheidungen von Fall zu Fall je nach der Lage der Umstände, insbesondere unter dem Gesichtspunkte der voraussichtlichen Dauer der Lieferfrist.

Alle diese Maßnahmen hatten die Aufgabe, sowohl das Kurswagnis als auch das Herstellungskostenwagnis gemeinsam zu erfassen. Dabei muß aber gesagt werden, daß sich weite Kreise über die Doppelnatur des Wagnisses beim Ausfuhrgeschäft nicht genügend Rechnung ablegten. Ganz klar kommt das z. B. zum Ausdruck in den Fällen der Verwendung der reinen Valutaklausel. Wenn auch zunächst ein praktisches Bedürfnis für eine scharfe Trennung des Kurswagnisses vom Selbstkostenwagnis in Anbetracht der guten Marktlage nur selten vorlag, so haben sich die Verhältnisse inzwischen gänzlich verschoben.

Die Beständigkeit der deutschen Valuta, die einige Monate lang eine erhebliche Verbesserung erfahren hat, hat den wirklichen für Deutschland ungünstigen Wettbewerbbedingungen in hohem Grade zum Durchbruch verholfen. Jede Erschütterung der volkswirtschaftlichen Grundlagen nach der ungünstigen Seite hin muß Liefergeschäfte nach dem Auslande sofort in Verlustgeschäfte verwandeln, falls nicht die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen getroffen sind. Dazu kommt noch die grundlegende Veränderung, daß einerseits die Relativverschiebungen fast sämtlicher Währungen der Welt immer stärker in die Erscheinung treten und anderseits das Ausland sich infolge der für die deutsche Eisenfertigindustrie ungünstigen Wettbewerblage nur in den seltensten Fällen auf Geschäfte zu gleitenden Preisen einläßt.

Unter diesen Umständen ist es dringend erforderlich, sich darüber klar zu werden, welche Maßnahmen zurzeit zur Verfügung stehen, um sowohl das Kurswagnis als auch das Selbstkostenwagnis tunlichst einzuschränken.

Zunächst ist natürlich die Höhe des Wagnisses abhängig von dem Umfange des in Frage stehenden Geschäftes. Da aber nur derjenige Teil der Kaufsumme, der erst nach Ablauf einer längeren Frist hereinkommt, die Gefahr von Kurs- oder Selbstkostenverlusten in sich schließt, so ist es auch aus diesem Grunde erforderlich, bei Abschluß des Geschäftes auf einer möglichst großen Anzahlung zu bestehen und die so hereinkommende Summe zum Einkauf der erforderlichen Rohstoffe zu verwenden. Sofern Anzahlungen von 50 vH der Kaufsumme, die während der Zeit der Hochkonjunktur in weiten Grenzen durchzusetzen waren, heute auf so ernste Schwierigkeiten stoßen, daß das Zustandekommen des Geschäftes bedroht wird, dürfte es sich — abgesehen von den übrigen Gesichtspunkten, die bei dieser Frage zu berücksichtigen sind — auch mit Rücksicht auf Verminderung des Verlustwagnisses empfehlen, mindestens ein Drittel des Kaufpreises bei Vertragschluß auszubedingen. Auch die weiteren Ratenzahlungen werden aus demselben Grunde zweckmäßig auf möglichst frühe Zeitpunkte verlegt.

Ein weiterer grundlegender Gesichtspunkt ist darin zu erblicken, daß es in allen Fällen zur Verminderung des Wagnisses beiträgt, dem Kaufpreis eine möglichst stabile Währung zugrunde zu legen. Da die deutsche Mark auch heute noch nicht als solche angesehen werden kann, kommen im wesentlichen ausländische Währungen in Frage. Allgemeine Richtlinien hierüber können

nicht aufgestellt werden, da die Wahl der Währung vor allem davon abhängt, nach welchem Lande geliefert wird und in welchen Währungen der einzelne Käufer zu zahlen sich bereit findet[1]).

Über diese beiden grundlegenden Gesichtspunkte hinaus, die bei allen Geschäften durchgesetzt werden sollten, sind einige besondere Maßnahmen je nach Lage der Umstände zu berücksichtigen. Zunächst ist es trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten wünschenswert, bei dem Geschäftsabschluß gleitende Preise zu verabreden. Der Vorwurf, daß Gleitpreise die Geschäftsmoral untergraben und zu Reibungen mit dem Auslande führen, hat zwar, wenn man die praktische Erfahrung des vergangenen Jahres als Maßstab betrachtet, sehr viel für sich. Trotzdem ist dieser Vorwurf nicht stichhaltig; denn die Innehaltung fester Preise ist an die Voraussetzung gebunden, daß die elementarsten volkswirtschaftlichsten Grundlagen gegeben sind. Zu einer Zeit aber, in der kein Mensch überblicken kann, ob nicht Valuta, Rohstoffpreise und Löhne sich in kürzester Zeit sprunghaft in großen Ausmaßen verändern, ist es sicherlich viel gesunder, bei allen langfristigen Geschäften unter Hinweis auf die sachlichen Zusammenhänge auf den ausländischen Käufer einzuwirken, daß in den Lieferungsvertrag eine Preisveränderungsklausel aufgenommen wird. Die richtige Folgerung, die aus den schlechten Erfahrungen der Vergangenheit gezogen werden muß, ist nicht die der grundsätzlichen Rückkehr zu Festpreisen, sondern sie geht dahin, daß System und Handhabung der gleitenden Preise der früher in vielen Fällen üblichen Willkür des Verkäufers entkleidet und in fest umrissene Grenzen eingeschlossen werden müssen. Es dürfen also nur Gleitpreisklauseln zur Verwendung kommen, bei denen der ausländische Bezieher objektiv an Hand amtlicher oder halbamtlicher Notierungen über Löhne, Rohstoffe usw. feststellen kann, welche nachträglichen Preisveränderungen stattfinden dürfen.

Die Eindeckung des reinen Kurswagnisses mittels gleitender Preise erfolgt nun durch die schon oben erwähnte reine Devisenkurs-Preisklausel. Das Selbstkostenwagnis wird dagegen zweckmäßig je nach den Verhältnissen durch eine Rohstoff-Preisklausel, Lohn-Preisklausel oder auch Rohstoff- und Lohn-Preisklausel ausgeschaltet. Dem Vertrag müssen also zwei Klauseln eingefügt werden, die allerdings auch sinngemäß zu einer zusammengefaßt werden können.

Sicherer noch als dieses Verfahren, das die zu erwartenden Kurs- und Preisverschiebungen nur angenähert zu decken vermag, ist natürlich die nachträgliche Preisveränderung auf dem Wege der Verbands-Teuerungszuschläge. Sofern die verbandseitigen Nachprüfungen in den der Marktlage entsprechenden zeitlichen Abständen vorgenommen werden, ist hier die Möglichkeit vollständiger Versicherung gegen jeden Kurs- und Selbstkostenverlust gegeben. In der ernsthaften, den wirklichen Verhältnissen aufs peinlichste Rechnung

---

[1]) Die im Gegensatz hierzu häufig erhobene Forderung, man dürfte im Interesse der Stärkung der deutschen Valuta Auslandgeschäfte nur in Markwährung abschließen, wird hinfällig, wenn man bedenkt, daß der mittelbare Eingang von Devisen auf dem Wege des Warengeschäftes die amtlichen Devisenbeschaffungsstellen der Aufgabe enthebt, große Devisenbeträge gegen Hingabe von Markgeld einzutauschen. Auch andere Überlegungen, deren Ausführung hier zu weit führen würden, gelangen zu dem gleichen Ergebnis.

tragenden Handhabung und Weiterbildung des Verfahrens, das sich lediglich auf Treu und Glauben aufbaut, liegt für die Wirtschaftsverbände eine volkswirtschaftliche Aufgabe von nicht zu unterschätzender Tragweite.

In den Fällen, in denen der ausländische Abnehmer sich auf gleitende Preise nicht einläßt und — was heute bei sehr vielen Verhandlungen über Ausfuhrgeschäfte der Fall sein dürfte — das Nichtzustandekommen des Geschäftes einen schweren Verlust bedeutet, bleibt kein anderer Weg, als das Geschäft zu festen Preisen hereinzunehmen, wobei, wie oben bereits ausgeführt wurde, die Kaufsumme in stabiler Währung festgesetzt werden soll. Bei allen derartigen Geschäften zu Festpreisen ist es nun geboten, von den Einrichtungen Gebrauch zu machen, die die Deutsche Reichsbank zum Zwecke der Versicherung gegen Kursverluste aus Warengeschäften bietet.

Bei Geschäften, deren Bezahlung spätestens innerhalb 6 Monaten abgewickelt ist, ist es zweckmäßig, das Kurssicherungswechselverfahren zu wählen. Es besteht darin, daß der Verkäufer über den künftig fälligen Betrag einen Wechsel auf den ausländischen Käufer zieht. Diesen Wechsel kauft die Reichsbank zum Berliner Bankkurs des Ankauftages unter Berechnung eines Abschlages von 1 vH für jeden angefangenen Monat der Laufzeit, der Zinsen bis zum Verfalltage nach dem Zinssatz desjenigen Landes, auf das der Wechsel lautet, und einer Provision in Höhe von 1 vT. Die Reichsbank stellt jedoch für den Ankauf des Wechsels die Bedingung, daß er eine Laufzeit von höchstens 3 Monaten hat und die Unterschrift von mindestens zwei als zahlungsfähig bekannten Verpflichteten trägt. Die fehlende zweite Unterschrift beschafft sich der Verkäufer am besten dadurch, daß er den Wechsel zunächst an seine Privatbank-Verbindung verkauft und daß diese erst unter Hinzusetzung ihres Giros den Wechsel an die Reichsbank weitergibt. Hiermit ist dem Verkäufer der Kurs gesichert. Falls der Verkäufer vermeiden will, daß der Wechsel zum Akzept und zur Zahlung im Auslande vorgelegt wird, so genügt hierfür eine gleichzeitige Mitteilung an die Reichsbank nach dem von der Reichsbank zu diesem Zwecke aufgestellten und erhältlichen Muster. Nach Ablauf der Dreimonatefrist ist die Reichsbank in der Regel bereit, den Wechsel auf weitere drei Monate zu verlängern.

Bei Ausfuhrgeschäften in großen Beträgen und mit längerer Zahlungsfrist kommt das Verfahren in Anwendung, das die Reichsbank durch den Ankauf von Devisen auf Termin bietet. Soll die Bezahlung aus dem Kaufgeschäft erst z. B. nach 9 bis 12 Monaten erfolgen, so ist die Reichsbank auf Antrag und unter Anrechnung gewisser Gebühren bereit, diesen Devisenbetrag auf Termin zu kaufen. Die Entscheidung über jedes einzelne derartige Geschäft liegt in der Hand der Devisenabteilung der Reichshauptbank in Berlin, insbesondere wird hier auch der Übernahmekurs festgesetzt. Um zu vermeiden, daß diese Einrichtung zur Spekulation in Devisen ausgenutzt wird, fordert die Reichsbank außerdem in jedem einzelnen Falle den Nachweis, daß dem Termingeschäft tatsächlich ein Warengeschäft zugrunde liegt. Da die Reichsbank ferner Termingeschäfte in der Regel nur mit Firmen abschließt, welche ihr aus dem Wechsel-Diskontverkehr bekannt sind, muß man sich nötigenfalls auch hier, ähnlich wie bei dem Kurssicherungswechselgeschäft, seiner privaten Bankverbindung bedienen. Der Vorteil für den Verkäufer ist auch bei diesem Verfahren augenscheinlich. Selbst bei Abschlüssen

mit weit hinausgeschobenem Zahlungstermin kann sich der Verkäufer bereits bei Geschäftsabschluß den Kurs sichern[2]).

Die sinngemäße Verwendung der beiden vorstehend gekennzeichneten Verfahren ist übrigens nicht nur bei allen zu festen Preisen abgeschlossenen Geschäften zu empfehlen, sondern auch in den Fällen, in denen der ausländische Käufer sich zwar auf eine Rohstoff- und Lohn-Preisklausel, nicht aber auf die Devisenkurs-Preisklausel einläßt.

Nachdem hiermit auch der Weg gezeigt ist, wie das Kurswagnis bei Festpreis-Geschäften seines Stachels beraubt werden kann, bleibt noch zu klären, ob auch das Selbstkostenwagnis ausgeschaltet werden kann, falls in den Kaufvertrag keine hierauf bezügliche Preisklausel aufgenommen ist. Hierfür besteht aber leider keine Möglichkeit. Es wird bis auf weiteres dem einzelnen Hersteller oder Verkäufer überlassen bleiben müssen, sich durch eine kluge Geschäftspolitik einigermaßen gegen Verluste zu schützen. Bei der überragenden Bedeutung der Rohstoffkosten für die Preisbildung bei den Erzeugnissen der Eisen-Fertigindustrie wird es insbesondere seine Aufgabe sein, die Gefahr der Rohstoff-Preisschwankungen richtig einzuschätzen und seine Einkaufpolitik entsprechend einzurichten. Im Interesse der Fertigindustrie sowohl als auch der ganzen Volkswirtschaft muß allerdings die Forderung erhoben werden, daß die Rohstoff-Preispolitik diesen Verhältnissen weitgehend Rechnung trägt.

[2]) Eine genaue Beschreibung der beiden Verfahren mit erläuternden Beispielen bietet ein von der Preisstelle für den Maschinenbau (Charlottenburg, Schillerstr. 10) als „Drucksache DP 147" herausgegebenes Merkblatt. [898]

Die deutsche Faserstoffindustrie.

Von Hans Rath.

Bedeutung der Faserstoffindustrie.

Die Größe und die Bedeutung der deutschen Faserstoffindustrie wird heute in weiten Kreisen außerordentlich unterschätzt. Dies mag zum Teil davon herrühren, daß die Faserstoffindustrie Deutschlands zu einer Zeit schon technisch voll entwickelt war, als andere Industrien noch in den Kinderschuhen steckten; als dann in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die gewaltige Entwicklung des Bergbaues, der Maschinen-, Elektrizitäts- und chemischen Industrie und anderer einsetzte, lenkte dies naturgemäß die Aufmerksamkeit von der Faserstoffindustrie ab. Bis weit über die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts war die Faserstoffindustrie weitaus die bedeutendste in Deutschland. Sie wurde erst gegen Ende des Jahrhunderts von der Berg- und Metallindustrie überholt.

Die Bedeutung der Faserstoffindustrie mögen einige Zahlen veranschaulichen[1]): Im Jahre 1912 waren in der deutschen Faserstoffindustrie 947325

[1]) Die Zahlenangaben in diesem Aufsatze sind zum Teil dem Werke von A. Kertesz, Die Textilindustrie sämtlicher Staaten, Braunschweig 1917, entnommen.

Arbeiter beschäftigt, das sind etwa 13 vH sämtlicher Arbeiter in Industriebetrieben. Der Kraftbedarf um diese Zeit belief sich auf ungefähr 1 Mill. PS. Der gesamte Produktionswert der Faserstoffindustrie betrug im Jahre 1913 5312,8 Mill. M. (Zum Vergleich: der Wert der deutschen Ernte an Roggen, Weizen, Gerste und Hafer erreichte 1913 5216,0 Mill. M.) Der Inlandverbrauch an Faserstoffwaren betrug 4116,1 Mill. M, d. s. auf den Kopf der Bevölkerung 58,92 M. Nach Ermittlungen des Statistischen Amtes entfielen 1907 von den Gesamtausgaben auf die Kleidung: in der Einkommenstufe von 1200 bis 1600 M 9,5 vH, in der Einkommenstufe von 4000 bis 5000 M 14,7 vH. Da die Ausgaben für die Ernährung durchschnittlich ungefähr 50 vH ausmachten, zeigt sich, daß von allen nicht für die Ernährung gemachten Ausgaben ein Viertel bis ein Fünftel auf Erzeugnisse der Faserstoffindustrie entfiel.

Die Entwicklung der Faserstoffindustrie.

Die Faserstoffindustrie befindet sich heute, nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges, wie die meisten anderen Industrien in einer kritischen Lage. Diese rührt neben den allen Industrien gemeinsamen Schwierigkeiten der Kohlen-, Arbeiter- und Kapitalfrage besonders davon her, daß die Faserstoffindustrie ihre Rohstoffe bisher zum allergrößten Teil aus dem Auslande beziehen mußte. Besonders ungünstig gestaltet sich aber die Lage noch dadurch, daß schon vor dem Krieg in der Faserstoffindustrie eine latente Krise vorhanden war, die ihre Ursachen in der geschichtlichen Entwicklung der Faserstoffindustrie und dem daraus folgenden Aufbau der Industrie und des Handels hatte.

Die Faserstoffindustrie hat sich unter ganz anderen Bedingungen entwickelt als z. B. der Bergbau oder die Maschinenindustrie. Bis zur zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts wurde die Herstellung von Gespinsten und Geweben in den einzelnen Hauswirtschaften teils für den eigenen Bedarf, teils im Verlagsystem betrieben. Die Rohstoffe (Flachs, Hanf und Wolle) wurden im Lande selbst gewonnen. Durch die Vermehrung der Bevölkerung und deren erhöhte Ansprüche trat nun eine Krisis mehrfacher Art ein: 1) Die Rohstofferzeugung konnte mit der Nachfrage nicht Schritt halten; 2) für das Spinnen und Weben, das von Hand geschehen mußte, reichte die Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte nicht mehr aus, und 3) für das Bleichen der Gewebe — es gab damals nur die Sonnenbleiche — war nicht mehr genügend geeignetes Gelände vorhanden. Diese Krise wurde überwunden durch die Erfindung der Spinnmaschine, des mechanischen Webstuhls, der chemischen Bleiche und durch die Verwendung von ausländischer Baumwolle. Die im neunzehnten Jahrhundert neu entstehenden Fabriken siedelten sich da an, wo bisher infolge des Hanf- und Flachsbaues und der Schafzucht die Rohstoffe und geschulte Arbeitskräfte vorhanden waren, oder zogen sich in Gebirgstäler zu kleinen Wasserkräften zurück. Die Technik zwang nicht zum Großbetrieb, so daß im Laufe der Zeit viele kleine Werke entstanden. Nur hieraus ist die Zersplitterung der Industrie und die eigentümliche, unter modernen Verkehrs- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten oft seltsam anmutende Lage vieler Betriebe zu erklären. Während nun andere Industrien frühzeitig sich zu den heutigen Formen des Großbetriebes und zu Kartellen

und Syndikaten weiterentwickelten, war der Zustand der Faserstoffindustrie bei Kriegsausbruch teils als Folge der oben kurz gezeichneten Entwicklung, teils infolge der außerordentlich großen Mannigfaltigkeit der Erzeugnisse durchaus anarchisch: Neben ganz großen Unternehmungen gab es zahlreiche mittlere und kleine Unternehmungen, die alle gegenseitig in schärfstem Wettkampf lagen. Nach der Berufs- und Betriebszählung von 1907[2]) waren vorhanden:

122 039	Kleinbetriebe	mit 172 058	Personen,
10 108	Mittelbetriebe	mit 181 834	»
4 217	Großbetriebe	mit 734 388	»

Von den Großbetrieben waren 71 Unternehmungen über 1000 Personen, mit zusammen 111 670 Arbeitern. Eine gewisse Milderung des Wettbewerbkampfes war nur dadurch eingetreten, daß in größeren Unternehmungen Spinnereien und Webereien vereinigt wurden.

Die außerordentliche Zersplitterung der Faserstoffindustrie hatte eine weitgehende Differenzierung und Spezialisierung im Gefolge. Die meisten Werke stellten nur wenige Sonderwaren her. Die Folge davon war, daß es den einzelnen Herstellern nicht möglich war, den Markt zu überblicken. Diese Lücke füllte der bei der Faserstoffindustrie besonders mächtige Handel aus, der die Verbindung zwischen Erzeuger und Verbraucher herstellte. Durch seine marktbeherrschende Stellung wurde der Handel in gewisser Beziehung richtungbestimmend für die Erzeugung. Das ging so weit, daß viele Werke, besonders die kapitalschwachen, im Lohn arbeiteten. Der Händler lieferte den Rohstoff und erhielt die fertige Ware. Ganz besonders ausgeprägt war dies in der Veredelungsindustrie, die fast nur im Lohn, sei es für den Händler, sei es für den Gewebefabrikanten, arbeitete.

Trotz alledem hielt die Entwicklung der deutschen Faserstoffindustrie mit der der anderen Staaten gleichen Schritt. Nach Kertesz betrug der Anteil Deutschlands am Produktionswert aller europäischen Staaten im Jahre 1913 20,3 vH, gegenüber Großbritannien mit 24,2 vH, Frankreich mit 15,2 vH, Rußland mit 13,3 vH.

Die Rohstoffe der Faserstoffindustrie.

Die Rohstoffe, die bis zum Kriegsausbruch in der Faserstoffindustrie verwendet wurden, waren: Baumwolle, Wolle, Seide, Flachs, Hanf und Jute, also Rohstoffe aus dem Pflanzen- und Tierreich. Anorganische Rohstoffe, wie Asbest, spielten keine Rolle, chemisch gewonnen wurde nur die Kunstseide, damals in noch wenig erheblichem Umfange. Es ist hier nötig, sich die Gesetze klar zu machen, unter denen organische Rohstoffe gewonnen werden. Die Rohstofferzeugung ist

1. vom Klima abhängig, da ihr Standort nicht beliebig gewählt werden kann,
2. von dem zur Verfügung stehenden Boden sowohl in Hinsicht auf die Bodenfläche als auch auf die Bodenbeschaffenheit abhängig,
3. für die ganze Erde beschränkt auf die im Lauf eines Jahres wechsende Menge.

Die Rohstoffe der Faserstoffindustrie können also über die Grenzen der Anbaumöglichkeit nicht vermehrt werden, im Gegensatz z. B. zur Kohle,

[2]) Band 220/221 der Statistik des Deutschen Reiches.

deren Abbau in den von der Technik und den Arbeitern gezogenen Grenzen beliebig gesteigert werden kann, so lange Kohlenlager überhaupt vorhanden sind (wenn man von den durch den Krieg und die Revolution geschaffenen augenblicklichen Verhältnissen absieht).

In Deutschland erlaubt das Klima nur die Gewinnung von Flachs, Hanf und Wolle. Diese hatte früher das größte Ausmaß, bei Kriegsausbruch war aber die Erzeugung im Vergleich zum Gesamtbedarf verschwindend klein. 1913 wurden 11 600 t Wolle im Werte von 21,0 Mill. M und 3500 t Flachsfaser im Werte von 2,9 Mill. M gewonnen, gegenüber einer Gesamteinfuhr an Gespinstfasern im Werte von 1210,8 Mill. M abzüglich der Wiederausfuhr, also noch nicht einmal 2 vH.

Was nun die einzelnen Rohstoffe anbelangt, so gedeiht die Baumwolle am besten im subtropischen Klima. (Soweit Baumwolle in Tropenländern angepflanzt wird, handelt es sich um Hochländer, die tatsächlich ein subtropisches Klima aufweisen. Dies wurde früher verkannt, und man rechnete die Baumwolle fälschlich zu den Tropenpflanzen.) Die Haupterzeugungsländer sind

die Südstaaten der Vereinigten Staaten (mit 55 bis 65 vH),
Ostindien (15 bis 23 vH),
Ägypten (5,5 bis 7,8 vH),
Russisch-Asien (4 vH),
China (7,1 vH),
Korea (2 vH),
Brasilien (1,2 vH).

Die einzelnen Länder weisen jedoch große Qualitätsunterschiede auf, da die Baumwolle eine äußerst anspruchsvolle, empfindliche Kulturpflanze ist. Die besten Qualitäten sind die amerikanischen Sea-Islands- und Mead-Baumwollen und die ägyptische, diese unter dem Namen Mako bekannt. Die geringsten Sorten sind die ostindischen. Neuerdings wird die amerikanische Ernte sehr beeinträchtigt durch das Auftreten des Samenkapselwurmes, der im Baumwollen ähnliche Verheerungen anrichtet, wie die Reblaus im Weinbau. Eine erfolgreiche Bekämpfung des Samenkapselwurmes ist bis heute noch nicht gelungen.

Der Anteil Deutschlands am Verbrauch der gewonnenen Baumwolle betrug im Jahre 1913 2062183 Ballen im durchschnittlichen Gewicht von 500 lbs englisch = 626266 t.

Die Wollgewinnung ist von der Schafzucht der einzelnen Länder abhängig. Die Hauptausfuhrländer waren der Reihe nach in erster Linie Australien, dann Argentinien, Neu-Seeland, Uruguay und Süd-Afrika. Die anderen Länder verarbeiteten ihre Wollerzeugung zum allergrößten Teil selbst. Auch bei der Wolle treten starke Qualitätsunterschiede auf. So hat z. B. die Überlegenheit des sogen. »englischen Tuches« ihren Grund darin, daß zu seiner Herstellung die Wolle eines besonders hochwertigen schottischen Schafes verwendet wird, dessen Züchtung in anderen Ländern bisher nicht gelungen ist.

Die Haupterzeugungsländer für Seide sind Japan, China, Italien, der Balkan, das Gebiet der früheren Türkei, Frankreich und Zentral-Asien. Im 18. Jahrhundert wurde unter dem Einfluß der Merkantilisten auch in Deutschland die Seidengewinnung versucht. Bekannt sind die Versuche unter Friedrich

dem Großen in dieser Richtung[3]). Es gab zu jener Zeit in Deutschland über 3 Millionen Maulbeerbäume; der Erfolg war aber gering, so daß die Seidengewinnung wieder eingestellt wurde. Deutschland bezog vor dem Kriege 71 vH seines Rohseidebedarfs aus Italien, den Rest aus Frankreich, Japan, der Schweiz, China, Österreich und der Türkei.

Der Flachs ist vom Klima wenig abhängig. Er wird von Ägypten bis Finnland angebaut, jedoch wurden $^4/_5$ der Welternte in Rußland gewonnen. Deutschland führte Flachs hauptsächlich aus Rußland, Österreich-Ungarn und Belgien ein. Die deutsche Erzeugung betrug vor dem Kriege ungefähr 3500 t jährlich. Sie wurde während des Krieges bis auf 70000 t im Jahre 1918 gesteigert. Dem Anbau wie der Verwertung stellten sich jedoch große Schwierigkeiten in den Weg. Für den Anbau fehlte es an geeignetem Samen, ebenso konnte infolge des allgemeinen Mangels an Düngemitteln die notwendige Düngung nicht in dem erforderlichen Maße durchgeführt werden. Zum Aufbereiten des Rohstoffes sind ferner entweder große Landflächen oder besondere Röstanstalten erforderlich, die in Deutschland fast gänzlich fehlten. Infolgedessen ist der Anbau von Flachs wieder wesentlich zurückgegangen.

Die Jute kommt ausschließlich aus Britisch-Indien. Mehr als die Hälfte der Rohjute wird in Indien selbst verarbeitet.

Gliederung der Faserstoffindustrie.

Die gesamte Faserstoffindustrie gliedert sich nun je nach dem Rohstoffe, der zur Verwendung gelangt, in folgende Zweige: Baumwolle, Wolle, Seide, Leinen, Jute, Kunst- und Ersatzspinnstoffe. Diese Industrien haben eine sehr verschiedenartige Entwicklung gehabt und weisen sowohl in technischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht große Unterschiede auf.

Neben diese »horizontale« Gliederung tritt dann innerhalb eines jeden Industriezweiges eine »vertikale« nach dem Stande der Verarbeitung:

1. Aufbereitung des Rohstoffes (z. B. Wollwäscherei und Herstellung des Kammzuges, Rösten des Flachses),
2. Herstellung des Garnes (Spinnerei),
3. Verarbeitung des Garnes (Zwirnerei, Weberei, Wirkerei, Stickerei usw.),
4. Ausrüsten des Gewebes (Bleichen, Färben, Appretieren, Bedrucken usw.),
5. Verarbeiten des Gewebes (Bekleidungsgewerbe, im Großbetrieb als Konfektion zur Faserstoffindustrie gerechnet).

Diese Einteilung läßt sich in der Praxis nicht streng durchführen. So wird die Zwirnerei wegen ihrer gleichartigen Technik gewöhnlich mit der Spinnerei zusammengefaßt. In der Statistik werden jedoch dann die Zwirnspindeln gesondert aufgeführt. Das Ausrüsten der Gewerbe, besonders das Färben und Appretieren, ist oft den Webereien eingegliedert. Das Bekleidungsgewerbe wird für alle Industriezweige wieder zusammengefaßt und erscheint dann in der horizontalen Gliederung gleichwertig neben den Industrien der Baumwolle, Wolle usw. In der amtlichen Betriebstatistik ist das Bekleidungsgewerbe vollkommen abgetrennt von der Faserstoffindustrie. Um jedoch ein volles Bild von ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zu bekommen, ist es nötig, den Teil des Bekleidungsgewerbes, der im Großbetrieb arbeitet, die Konfektionsindustrie, der Faserstoffindustrie anzugliedern.

[3]) Vergl. T. u. W. 1912 S. 241 u. f., C. Matschoß: Friedrich der Große als Industriebegründer.

Die deutsche Faserstoffindustrie vor dem Ausbruch des Krieges.

			Baumwoll-industrie	Woll-industrie	Seiden-industrie	Leinen-industrie	Jute-industrie	Kunstseiden-industrie	Konfektions-industrie	insgesamt
1	Spindeln		11 717 542 (ohne Elsaß 9 952 200)	2 263 364 (1907)	84 932 (1910)	270 961 (1909)	166 016 (1911)	—	—	—
2	Zwirnspindeln		670 046 (ohne Elsaß 639 133)	555 705 (1907)	75 440 (1910)	20 276 (1909)	9879 (1911)	—	—	—
3	Webstühle		286 003 (ohne Elsaß 240 745)	114 445 (1907)	49 005 (1910)	—	—	—	—	—
4	Rohstoffeinfuhr	Gesamtmenge . . . in t	626 266	270 946	3829 (1913)	94 000 u. 16 000 t Garn	165 000	—	—	—
5		Anteil der Weltrohstofferzeugung . . rd. vH	10	19	11	19	9,6	—	—	—
6	Einfuhr von Rohstoff, Halb- und Fertigwaren	Wert . . . in Mill. M	850,0	656,4	263,4	116,1	101,6	—	31,3	2018,8
7		Anteil an der deutschen Gesamteinfuhr . . vH	7,8	6,1	2,47	1,08	0,96	—	0,29	18,7
8	Ausfuhr	Wert . . . in Mill. M	585,7	523,1	201,6	53,3	10,6	—	195,1	1568,8
9		Anteil an der deutschen Gesamtausfuhr. . vH	5,8	5,2	2	0,5	0,1	—	1,9	15,5
10	Gesamterzeugung	Wert . . . in Mill. M	2339,4	1721,6	448,7	331,0	142,1	38,0	292,0	5312,8
11		Anteil an der europäischen Erzeugung . . . vH	19,1	21,2	22,6	18,2	21,4	28,1	23,2	20,3
12		Anteil an der deutschen Faserstoffindustrie vH	44,1	32,5	8,4	6,2	2,6	0,7	5,5	100

In der Übersicht auf S. 612 sind die wesentlichen Angaben über die gesamte deutsche Faserstoffindustrie nach dem Stande vor Ausbruch des Krieges zusammengestellt. Aus ihr ergibt sich die absolute Größe der einzelnen Industriezweige, ihr Verhältnis zueinander, der Wert der Einfuhr und der Ausfuhr, sowie deren Verhältnis zur gesamten deutschen Ein- und Ausfuhr, zur europäischen Einfuhr und zur Weltrohstofferzeugung. An der Spitze steht die Baumwollindustrie, die dem Werte nach beinahe die Hälfte der gesamten Faserstofferzeugnisse lieferte. Baumwoll- und Wollindustrie zusammen waren mit mehr als 75 vH an dem Werte der Gesamterzeugung der deutschen Faserstoffindustrie beteiligt. Der Produktionswert allein gibt jedoch noch kein einwandfreies Bild. Da die Erzeugnisse der Wollen-, Seiden- und Leinenindustrie viel höherwertig sind als Baumwollgewebe, so ist ohne weiteres ersichtlich, daß der Anteil der Baumwolle an der Bedarfdeckung viel größer ist, als der Produktionswert erkennen läßt.

Betriebsformen der Faserstoffindustrie.

Schon weiter oben wurde dargelegt, daß die Faserstoffindustrie kein einheitliches Gepräge aufweist, sondern alle Betriebsformen vom Großbetrieb über 1000 Arbeiter bis zum Zwergbetrieb umfaßt. Immerhin war in den letzten Jahrzehnten eine starke Zurückdrängung des Kleinbetriebes zugunsten des Großbetriebes zu beobachten. Die Folgen des Krieges werden diese Entwicklungsrichtung nur noch verstärken. Die Juteindustrie, die verhältnismäßig sehr jung ist, baut sich nur aus wenigen, insgesamt 37 Großbetrieben auf. Die kurz vor dem Kriege erst aufgekommene Kunstseidefabrikation wird ebenso wie die heute erst entstehende Kunstspinnstoffindustrie nur in größtem Rahmen betrieben.

Es sei noch der Vollständigkeit halber erwähnt, daß mehr als die Hälfte aller in der Faserstoffindustrie beschäftigten Personen Frauen sind. Der Anteil der Frauen am Herstellungsvorgang ist in keiner anderen Industrie auch nur annähernd ebenso groß.

Die Zahlen der Zusammenstellung reden im übrigen eine deutliche Sprache und geben ein klares Bild von dem hohen Stande der deutschen Faserstoffindustrie. Hier dürfen aber zwei Tatsachen nicht verschwiegen werden, die einen Schatten auf dieses Bild werfen:

1. Ein großer Teil der in der Faserstoffindustrie zur Verwendung gelangenden Maschinen stammte nicht aus Deutschland! Die Spinnmaschinen und Webstühle wurden vornehmlich in der Baumwollindustrie meist aus England bezogen, eine Gruppe besonders verwickelter und empfindlicher Maschinen stammte aus Amerika. Auch das Hauptwerkzeug der Konfektion, die Nähmaschine, war großenteils ein amerikanisches (Singer-) Erzeugnis. In Deutschland hatte der Faserstoffmaschinenbau seinen Hauptsitz im Elsaß, in Sachsen und in Rheinland-Westfalen. Das Elsaß zählt nun auch zum Auslande, so daß sich unsere Abhängigkeit auf diesem Gebiete nur noch verstärkt hat; im Mühlhauser Industriegebiet wurden besonders die Maschinen für die Bearbeitung der Wolle hergestellt.

Die Überlegenheit Englands im Faserstoffmaschinenbau ist geschichtlich bedingt. Die Faserstoffindustrie stand dort schon frühzeitig unter dem Zeichen der Gewerbefreiheit und konnte sich ohne die Fesseln der Zünfte schon im

Anfang des neunzehnten Jahrhunderts eine weltbeherrschende Stellung sichern. Hand in Hand damit ging die Entwicklung des Faserstoffmaschinenbaues, er war durch besondere staatliche Maßnahmen geschützt. Bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts war sogar die Ausfuhr von Faserstoffmaschinen unter Androhung schärfster Strafen, selbst der Todesstrafe, verboten.

Der deutsche Maschinenbau hat sich erst jetzt diesem bisher vernachlässigten Gebiete zugewandt, besonders bemerkenswert ist, daß die Fried. Krupp-Aktiengesellschaft jetzt ebenfalls den Faserstoffmaschinenbau aufgenommen hat. Hier bleibt der deutschen Maschinenindustrie noch ein weites Betätigungsfeld. Immerhin sind auch hier Grenzen gezogen. Die vom englischen Markte beherrschten Gebiete werden als Abnehmer kaum in Frage kommen. Der technische Vorsprung Englands ist ungeheuer, und durch die infolge des großen Absatzes mögliche Reihenherstellung sind die englischen Maschinen wesentlich billiger. Im Frieden machte dies gegenüber den elsässischen Maschinen 20 vH aus. Für die deutsche Maschinenindustrie kann also nur die Eroberung des deutschen Marktes und vielleicht eine Ausfuhr nach Osten in Frage kommen.

2. Auf den scharfen Wettbewerbkampf in der Faserstoffindustrie wurde schon eingangs hingewiesen. Er hatte zur Folge, daß viele Baumwollwebereien dazu übergingen, die Gewebe zu »appretieren«. Das Appretieren oder Ausrüsten der Gewebe ist an sich meist notwendig, erst dadurch wird das Gewebe für seinen Verwendungszweck geeignet. Häufig aber hat es nur den Zweck, einer geringwertigen Ware durch Hinzufügen von Sirup, Stärke, Dextrin, Fetten usw. das Aussehen einer höherwertigen Ware zu geben und dadurch bessere Preise zu erzielen. Auch in der Seidenindustrie wurde ähnlich verfahren. Dieses auf eine Täuschung des Käufers abzielende Appretieren hatte einen großen Umfang angenommen, muß aber für alle die Fälle, bei denen es nicht auf das Aussehen, sondern auf die innere Güte des Gewebes ankommt, unbedingt verurteilt werden. Da der Mangel an Warenkenntnis seitens des Käufers einen Selbstschutz des Publikums unmöglich macht und infolge des Fehlens jeder wirtschaftlichen Organisation der beteiligten Industrie eine Abhilfe durch diese selbst auch nicht zu erwarten ist, wäre hier ein staatliches Eingreifen, ähnlich wie bei der Nahrungsmittelüberwachung, angezeigt, wenn dieses Verfahren wieder Platz greifen würde.

Die Entwicklung der Faserstoffindustrie während des Krieges.

In den bisherigen Ausführungen wurde versucht, ein Bild von der Bedeutung der deutschen Faserstoffindustrie innerhalb der deutschen Volkswirtschaft und der Weltwirtschaft zur Zeit des Kriegsausbruches zu geben. Auf der einen Seite steht die Größe der Faserstoffindustrie, auf der anderen Seite ihre Abhängigkeit im Rohstoffbezug vom Auslande. Der Krieg hat sie nun infolge dieser Abhängigkeit aufs schwerste erschüttert und teilweise bis zum Stillstand gebracht. Das Ziel aller heutigen Bestrebungen ist, erstens den deutschen Bedarf mit eigener Erzeugung zu decken, zweitens der Faserstoffindustrie wieder ihre alte Bedeutung zu geben. Hier stellen sich anscheinend unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg. Diese werden sofort klar, wenn wir die Entwicklung der Faserstoffindustrie während des Krieges und ihre Lage seit der Revolution verfolgen.

Der Einfluß des Krieges ist durch die Rohstoffabhängigkeit vom Auslande gekennzeichnet: schon Anfang 1915 erklärte England die Baumwolle als Bannware. Die Baumwollindustrie mußte also in kürzester Frist wegen Rohstoffknappheit zum Erliegen kommen. Die Vorräte Deutschlands bei Kriegsausbruch waren nicht sonderlich groß. Sie waren geringer als die Vorräte um dieselbe Zeit in den Jahren 1912 und 1913. Die Baumwollernte stand vor der Tür, und die Vorräte der Ernte von 1913 waren z. T. schon verbraucht. Im Mai 1915 waren noch 57000 t (= 250000 Ballen) Baumwolle, d. i. ungefähr die Hälfte des gewöhnlichen Friedens-Jahresbedarfes, in Deutschland vorrätig. Eine Vermehrung der Baumwollbestände wurde durch die Eroberung der polnischen Faserstoffindustriegebiete um Lodz und ganz besonders durch die Eroberung Antwerpens und des nordfranzösischen und belgischen Faserstoffindustriegebietes herbeigeführt. Gegenüber dem Riesenbedarf des Heeres und der Heimat hieß das jedoch nicht viel. Frühzeitig kam die Zwangsbewirtschaftung der Baumwolle. Die Baumwollspinnereien waren teilweise schon Ende 1915 aus Mangel an Rohstoff zum Stillstand gekommen, die Webereien konnten nach einer anfänglichen kurzen Hochkonjunktur ihren Betrieb eingeschränkt bis 1916 aufrecht erhalten. Von seiten des Kriegsausschusses der Baumwollindustrie wurden nun aus der Gesamtheit der Industrie diejenigen Betriebe ausgewählt, die durch Größe, Wasserkraft oder andere Umstände am wirtschaftlichsten zu arbeiten in der Lage waren. Diese sogenannten Höchstleistungsbetriebe wurden ausschließlich mit Rohstoff beliefert, die anderen stillgelegt. Diese Organisation zeitigte naturgemäß einen scharfen Gegensatz zwischen privatwirtschaftlichen und allgemein volkswirtschaftlichen Interessen. Es gelang jedoch, auch gegen den Widerstand weiter Unternehmerkreise den folgerichtigen Gedanken der Höchstleistungsbetriebe durchzuführen, wenn es auch im Einzelfall ohne Härten und Ungerechtigkeiten nicht abging. Der Erfolg war aber durch diesen Widerstand sehr beeinträchtigt.

Als nun die Knappheit an Faserstoffwaren sich unangenehm bemerkbar machte, kamen auch auf diesem Gebiete alle möglichen Ersatzstoffe auf, ganz besonders aus Papiergarn, deren Herstellung sich zahlreiche mit Baumwolle bezw. Garn nicht belieferte Werke hingaben. Die Genehmigung zum Betriebe mußte auch hier vom Reich erteilt werden. Sie wurde nach Gesichtspunkten des Volksbedarfes, des Kohlenverbrauches und der Arbeiterlage gewährt oder versagt. Die Industriegruppen wurden zu sogenannten Entschädigungsgemeinschaften zusammengefaßt, die stillgelegten Werke aus den Erträgen der im Betrieb befindlichen Werke teilweise entschädigt.

Das Papierspinnen und -weben wurde schon vor dem Krieg in beschränktem Umfang erfolgreich durchgeführt. Es gelang zwar der Technik ziemlich schnell, die vorhandenen Faserstoffspinnmaschinen auch für das Verarbeiten von Papier zu verwenden, besonders dank den Forschungen, die von der Studienkommission für Spinnpapier des Vereines deutscher Papierfabrikanten angestellt wurden. Jedoch haben sich zahlreiche Fabriken der Papiergarnfabrikation zugewandt, die nicht genügend unterrichtet waren. Hierdurch kamen viele schlechte Garne und Gewebe auf den Markt.

Es gelang nun aber doch gegen Ende des Krieges, die Papiergewebeherstellung derartig zu vervollkommnen, daß sie Faserstoffgewebe auf manchen Anwendungsgebieten zu ersetzen vermochte. Weitgehende Erwartungen, die

sich an das Papiergewebe knüpften, wurden aber stark enttäuscht. Aus dieser Enttäuschung heraus entstand beim Verbraucher eine Stimmung, die das Papiergewebe grundsätzlich als minderwertig ablehnt. Es ist Aufgabe der Papiergewebeindustrie, dieses starke Mißtrauen durch den Beweis der Brauchbarkeit ihrer Erzeugnisse zu überwinden. Deutschlands Notlage zwingt gebieterisch dazu, jede vorhandene Möglichkeit, Einfuhr zu vermeiden, auszunützen, und das Papiergewebe bietet hier eine sehr ernsthafte Möglichkeit.

Die Herstellung von Papiergeweben erlaubte es aber in keiner Weise, die Baumwollbetriebe ausreichend zu beschäftigen. Selbst die mit Rohstoff belieferten Höchstleistungsbetriebe waren nur teilweise im Gange, die übrigen waren entweder ganz still gelegt oder nur bis zu einem Sechstel im Betrieb. Der den Höchstleistungsbetrieben gelieferte Rohstoff war überdies keine reine Baumwolle, sondern wurde mit dem zunehmenden Mangel immer stärker mit Kunstbaumwolle, Brennessel und anderen Ersatzstoffen gemischt. In den letzten zwei Kriegsjahren mag der Prozentsatz der laufenden Spindeln und Webstühle ungefähr 10 vH betragen haben. Trotzdem hatten sich die Preise für Garne und Gewebe nicht übermäßig gesteigert. Im Oktober 1918 waren sie ungefähr drei- bis viermal so hoch wie im Juni 1914. Dabei war es sogar möglich, die gesamte Baumwollwirtschaft vor schwereren Erschütterungen zu bewahren.

[713.2] (Schluß folgt.)

Zwangsbewirtschaftung industrieller Rohstoffe.

Von Dr. W. K. Weiß, Berlin.

Die Zwangsbewirtschaftung, die im Laufe des Krieges für fast alle in- und ausländischen Rohstoffe eingeführt werden mußte, hat sich auch für die Zeit nach dem Krieg als nötig erwiesen, um den dringendsten Rohstoffbedarf der Industrie einigermaßen befriedigen zu können. Für Metalle konnte in erster Linie bald nach Kriegsende die Beschlagnahme aufgehoben werden, da hier der große Bedarf der Kriegsindustrie fortfiel, für Leder und Häute geschah dies vor Jahresfrist und für Gummi etwas später, während auf dem Gebiet der übrigen Rohstoffe bis jetzt nur langsam und vorsichtig an einen Abbau der Zwangswirtschaft herangegangen wurde. Er dürfte jedoch in der nächsten Zeit beschleunigt werden; insbesondere wird die Zwangswirtschaft für die Stoffe abgeschafft, in denen die Inlanderzeugung den dringendsten Bedarf der Industrie einigermaßen ausreichend befriedigen kann. Außerdem ist die Aufhebung der staatlichen Bewirtschaftung naturgemäß für diejenigen Rohstoffe erforderlich, deren Inlandpreise zurzeit über den Weltmarktpreisen liegen. Dagegen war eine staatliche Erfassung und Verteilung in der vergangenen Zeit notwendig, als der hohe Stand der ausländischen Zahlungsmittel nicht nur bei Fertigerzeugnissen, sondern leider auch bei Rohstoffen einen größeren Anreiz zur Ausfuhr als zur Versorgung des Inlandbedarfes zu den erheblich niedrigeren Preisen gab, so daß ein großer Teil der Kaufmannswelt durch die Aussicht auf bedeutenden privatwirtschaftlichen Nutzen zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft vor eine peinliche Gewissensfrage gestellt wurde. Diese Möglichkeit gewinnbringender Ausfuhr zog ein Steigen der Inlandpreise

nach sich, das der weiterverarbeitenden Industrie zur Last fiel. Der darauf folgende Preisabbau auf dem Weltmarkte hatte Hand in Hand mit der höheren Bewertung der deutschen Reichsmark zur Folge, daß die hochgeschraubten Inlandpreise für einen Teil der zwangsbewirtschafteten Rohstoffe nunmehr über die Weltmarktpreise hinausragen, so daß im freien Verkehr große Mengen unter den behördlich festgesetzten Preisen angeboten werden.

Auf dem Gebiete der Faserstoffe ist bisher die Zwangswirtschaft nur für Baumwolle und Seide aufgehoben, doch unterbindet man nach Möglichkeit die Einfuhr feiner Baumwollgarne, um den Baumwollspinnereien die Weiterbeschäftigung zu sichern. Da die diesjährige amerikanische Baumwollernte die vorjährige um mehr als 1 Million Ballen[1]) übertrifft und etwa $12^1/_2$ Millionen Ballen bringen soll, so wird der deutsche Bedarf, der vor dem Kriege über 2 Millionen Ballen betrug, nach den letzten Jahren wieder voll befriedigt werden können, und die Webereien werden voll beschäftigt sein. Sie dürfen diesen Umstand jedoch keineswegs zu einer erneuten Heraufsetzung ihrer Preise benutzen, andernfalls wäre der Beweis für die weitere Berechtigung der Zwangswirtschaft erbracht. Für Flachs, Hanf und Leinenzwirne wird auch nach der neuen Ernte die Zwangsbewirtschaftung noch bestehen bleiben, weil die Versorgung der Industrie mit heimischem Flachs und Hanf noch unzulänglich und eine Einfuhr so gut wie unmöglich ist. Auch liegen die Weltmarktpreise dieser Erzeugnisse so hoch über den Inlandpreisen, daß eine Einfuhr praktisch nicht in Frage kommt. Jute ist zwar beschlagnahmt, wird aber im freien Handel in großen Mengen angeboten, ebenso Kunstseide, für die jedoch die Freigabe in Aussicht steht.

Harze und Paraffin (mit Ausnahme des ausländischen Paraffins) sind seit Anfang des Jahres frei von der Bewirtschaftung und seitdem billiger im Handel zu haben, als zu den letzten behördlichen Preisen. Die Preise für ausländische Harze bewegen sich über den Inlandpreisen, und zwar ist amerikanisches Harz, entsprechend seiner Güte, am teuersten, während französische Harze billiger sind.

Die Bewirtschaftung der Lösungsmittel (Benzin, Benzol, Solventnaphtha) liegt in den Händen des Staates. Obwohl die Zufuhr von Benzin genügend ist und auch die Benzolerzeugung durchaus ausreicht, ist hier entgegen anders lautenden Pressemeldungen mit einer völligen Freigabe in der nächsten Zeit kaum zu rechnen. Benzin darf infolge des Friedensvertrages von amerikanischen Gesellschaften nicht frei nach Deutschland eingeführt werden, so lange in Deutschland die Bewirtschaftung durch den Staat besteht. Aus diesem Grunde hat die Regierung natürlich ein Interesse daran, die Zwangsbewirtschaftung noch bestehen zu lassen, zumal durch Lieferungsverträge der Regierung mit amerikanischen Firmen der Benzinbezug für die nächste Zeit sichergestellt ist. Bei völlig freiem Verkehr mit Benzin wäre es den amerikanischen Gesellschaften infolge ihrer Monopolstellung leicht, den deutschen Markt mit der Zeit vollständig in ihre Gewalt zu bekommen. Die Erzeugung von Benzol hat sich in der letzten Zeit außerordentlich gesteigert, doch ist zu berücksichtigen, daß wir bereits seit Juni mit der Lieferung der der Entente nach dem Friedensvertrag jährlich zustehenden Menge von

[1]) zu 500 lbs = rd. 225 kg.

35000 t Benzol begonnen haben. Da der Weltverbrauch sich jedoch dauernd steigert, beabsichtigen die Benzolerzeuger, in der nächsten Zeit die Freigabe einer gewissen Liefermenge für die Ausfuhr zu beantragen.

Auch für Petroleum und technische Öle und Fette bleibt die Zwangswirtschaft weiter bestehen, während sie für speisefähige Öle und Fette aufgehoben worden ist. Hier soll lediglich die Ein- und Ausfuhr genauer überwacht werden. Für Teer und Teererzeugung dagegen ist die Zwangsbewirtschaftung Anfang Juni wieder neu beschlossen und zu diesem Zweck der Wirtschaftsverband für Rohteer und Teererzeugnisse als Selbstverwaltungskörper gebildet worden. Die Beschlagnahme soll so gehandhabt werden, daß die Ölraffinerien 16 vH an Treibölen, bezogen auf die gesamte Teerproduktion, abgeben. Veranlassung für die Wiederaufnahme der staatlichen Bewirtschaftung von Teer gaben die starken Mißstände, die sich seit der früheren Aufhebung der Zwangswirtschaft herausgebildet hatten. Unter dem Druck der Kohlenknappheit wurde in weitem Umfange Rohteer verfeuert; dadurch gingen die darin enthaltenen Öle und anderen wichtigen Bestandteile verloren, so daß ein Mangel an Treiböl für die Dieselmotoren und an Brikettpech eintrat. Infolgedessen stieg der Preis für Rohteer im freien Handel auf über 300 M/100 kg und für Treiböl bis über 850 M/100 kg. Während in Friedenszeiten jährlich nahezu 1,5 Mill. t Teer hergestellt wurden, rechnet man für das laufende Jahr mit einem Ertrag von nur etwa 650000 t.

In der Leimindustrie haben sich die Verhältnisse in der letzten Zeit derartig gestaltet, daß eine Aufhebung der Bewirtschaftung nur zu wünschen wäre. Trotzdem ist nach amtlichen Verlautbarungen mit einer Freigabe von Leim frühestens zu Ende dieses Jahres zu rechnen. Die Dinge liegen hier so, daß die Leimfabriken riesige Vorräte haben und in der Lage sind, den gesamten inländischen Bedarf bis Ende 1920 zu decken. Daher wird auch von allen Seiten jetzt freihändig Leim angeboten, und zwar weit unter den behördlich festgesetzten Preisen, die immer noch das 20fache des Friedenspreises betragen. Außerdem liegt die behördlich gelieferte Qualität weit unter dem Durchschnitt der handelsüblichen. Aus diesem Grunde ist wenigstens eine Herabsetzung des Höchstpreises um 10 vH für das vierte Vierteljahr 1920 beschlossen worden.

Für das Baugewerbe ist die Aufhebung der Freigabescheine für Zement von besonderer Wichtigkeit, die mit einer gleichzeitigen Herabsetzung der Preise von 406,10 M/t auf 340,00 M/t (das Zehnfache des Friedenspreises) vom 1. August bis auf weiteres in Gültigkeit getreten ist. Die Freigabe erstreckt sich auch auf Kalk und Ziegel. Man rechnet damit, daß diese Erleichterungen, die einen wesentlichen Abbau des Behördenapparates zur Folge haben werden, eine Belebung der Bautätigkeit herbeiführen werden. Nachdem die Zementindustrie im vergangenen Jahr überwiegend unter dem Zeichen der Kohlennot gestanden hatte, beginnt sie neuerdings die Ausfuhr wieder aufzunehmen und auch den Inlandbedarf reichlicher zu beliefern. Da der Baumarkt in Deutschland fast ganz daniederliegt, wurde Zement bisher fast auschließlich für Industriezwecke gebraucht.

Unter den hauptsächlichsten von der elektrotechnischen Industrie gebrauchten Chemikalien sind nur noch Ätzkali, Natron, Soda und Pott-

asche beschlagnahmt. Industrie-Schmier- und Kernseife sind frei, während Seifenpulver zur Verwendung für technische Zwecke an technische Betriebe nur mit Zustimmung des Überwachungsausschusses der Seifenindustrie abgegeben werden darf. Schwefelsäure ist seit Anfang Juli unter der Bedingung freigegeben worden, daß der Bedarf der lebenswichtigen Industrie sichergestellt wird, während Salpetersäure seit Kriegsende nicht mehr bewirtschaftet wird. Schließlich ist noch die Aufhebung der Bewirtschaftung und Beschlagnahme von Kalziumkarbid und Azetylen, die mit dem 1. August erfolgt ist, zu erwähnen.

Der wichtigste Stoff behördlicher Bewirtschaftung ist die Kohle. Um die Aufsuchung und Gewinnung neuer Steinkohlenlager möglichst zu fördern, hat die Preußische Staatsregierung der Landesversammlung einen Gesetzentwurf zugehen lassen, nach dem die Aufschließung von Steinkohlen, die nach dem allgemeinen Berggesetz in den Provinzen Sachsen, Hannover und Hessen--Nassau und im Regierungsbezirk Liegnitz Monopol des Fiskus war, auch an andere Personen übertragen werden kann. Infolge des Abkommens von Spa weist die Kohlenwirtschaftsstelle bereits darauf hin, daß die schnellste Umstellung auf wirtschaftliche Verfeuerung von Rohbraunkohle und von anderen minderwertigen Brennstoffen notwendig wird, da voraussichtlich auf absehbare Zeit mit einer auch nur einigermaßen ausreichenden Lieferung von Steinkohle und wohl auch von Briketts nicht zu rechnen sein wird. Wir müssen deshalb bestrebt sein, in vermehrtem Maße unsere Braunkohlen- und Torflager, die Wasser- und Windkräfte usw. in Licht, Kraft, Wärme umzusetzen: Obwohl der Kohlenverbrauch auch jetzt schon durch elektrische Großkraftwerke infolge besserer Ausnutzung des Brennstoffes gegenüber früheren Zeiten eingeschränkt wird, ist die Hauptersparnis doch durch bessere Ausnutzung dieser vielfach noch brachliegenden Energiequellen zur Erzeugung elektrischer Kraft zu erzielen, um damit die heimische Volkswirtschaft trotz des Abkommens von Spa wenigstens einigermaßen aufrecht zu erhalten.

[897]

Die Geldtheorien Silvio Gesells.

(Schwundgeld und absolute Währung.)

Von Dr. Otto Heyn, Nürnberg.

Es gibt viele, die die Ursachen für die wirtschaftlichen Nöte unserer Zeit ausschließlich oder doch vorwiegend im Geldwesen suchen und die deshalb hier den Hebel ansetzen, um sie zu beseitigen. Zu diesen gehört u. a. Silvio Gesell, der geistige Leiter des »Freigeld-Freilandbundes«. Silvio Gesell stellt zwei eigenartige Theorien auf, von deren Verwirklichung ihm das Wohl der Menschheit abhängig zu sein scheint, nämlich 1. die Theorie des Schwundgeldes, durch das der Zins, die angebliche Wurzel alles Übels, zum Verschwinden gebracht werden soll, und 2. die Theorie der absoluten Währung, von deren Durchführung er die Beseitigung aller Wertschwankungen des Geldes, sowohl im Inland- wie im Auslandverkehr, die Herstellung der erwünschten Wertstabilität des Geldes erwartet. Im vorigen Jahre hatte

es den Anschein, als ob Silvio Gesell Gelegenheit haben sollte, seine Theorien in die Wirklichkeit umzusetzen. Er wurde nämlich bei Errichtung der bayrischen Räterepublik zum Finanzminister ernannt und traf sofort die nötigen Vorbereitungen, um das Geldwesen in Bayern umzugestalten. Seine Amtszeit dauerte aber nur wenige Tage. Seitdem muß er sich wieder auf den Kampf mit geistigen Waffen beschränken, um seinen Gedanken zum Siege zu verhelfen. Bei diesem Kampfe hat er bisher beachtenswerte Erfolge errungen. Es ist deshalb nicht ohne Bedeutung, seine Theorien auf ihre Richtigkeit zu prüfen.

1. Schwundgeld.

Schwundgeld ist ein Geld, das von Tag zu Tag im Werte schwindet. Es besteht aus Papier (hat also keinen Stoffwert) und wird von einer Mittelstelle, dem Währungsamte des Landes, ausgegeben. Es lautet auf gleiche Summen wie unser jetziges Geld, von seinem Nennbetrag wird aber kraft gesetzlicher Bestimmung von Woche zu Woche 1 vT abgezogen. Im Jahre verliert es daher 5,2 vH an Wert. Hundert Mark, die am 1. Januar zum vollen Nennbetrage ausgegeben wurden, gelten am 31. Dezember nur noch 94,80 M. Dieses Schwinden des Wertes soll die Besitzer veranlassen, das Geld nicht länger als unbedingt nötig zurückzubehalten und bei der Abgabe Zugeständnisse zu machen, insbesondere im Darlehnverkehr sich mit einem niedrigeren Zins zu begnügen und schließlich auf den Zins ganz zu verzichten. Das ständig wachsende Angebot von Kapital, welches erwartet wird, weil die Arbeiter infolge der durch den Rückgang des Zinses ermöglichten Lohnerhöhungen immer größere Ersparnisse machen würden, soll schließlich zu dem völligen Verschwinden des Zinses führen. Der Zins soll, wie es an einer Stelle der Gesellschen Schriften heißt, in einer »Überfülle von Kapital . . ersäuft« werden.

Wäre alles Geld, das sich im Verkehr befindet, oder wenigstens das Geld, welches auf dem Kapitalmarkt zum Angebot kommt, effektives Geld, so könnte wirklich unter dem Drucke der sonst eintretenden Wertminderung, wenigstens bei geringer Nachfrage nach Kapital, der Fall eintreten, daß der Zins zurückginge, ja, daß er ganz verschwände. Diese Voraussetzung trifft aber nicht zu. Was auf dem Kapitalmarkt zum Angebot kommt, ist in der Regel nicht effektives Geld, sondern es sind Geldforderungen an die Banken, oder es ist effektives Geld, das der Besitzer nicht seinem Geldschrank, sondern seinem Bankguthaben entnimmt. Der Effektenkäufer zahlt mit einem Scheck auf seine Bank oder durch Banküberweisung bezw. durch Verfügung über ein Bankguthaben; der Darleiher macht es ebenso oder ersucht seine Bank, dem Darlehennehmer zu Lasten seines Kontos Kredit einzuräumen und dessen Wechsel einzulösen; die Bank selbst gewährt Darlehen, indem sie sich zu solchen Kreditvornahmen bereit erklärt. Wer aber mit Scheck oder, was dem gleich steht, durch Überweisung zahlt, oder wer das hinzugebende Geld erst gerade vorher seinem Bankguthaben entnimmt, der wird durch das Schwinden des Geldes nicht veranlaßt, bei der Festsetzung des Zinses Entgegenkommen zu zeigen, denn Geldforderungen verschwinden nicht.

Für den Fall, daß die Bank selbst Geld ausleiht, trifft freilich zu, daß ihr Kassenbestand, soweit er in Bargeld und nicht in Guthaben bei einer an-

deren Bank besteht, dem Schwundverlust unterliegt. Diesen Verlust kann sie aber leicht tragen, weil ihr Bargeldbestand verhältnismäßig sehr gering ist; er wird kaum 5 vH des Bestandes an Forderungen und Depositen erreichen. Überdies kann der Verlust leicht abgewälzt werden, indem entweder der Depositenzins entsprechend herabgesetzt oder der Leihzins entsprechend erhöht wird (was bei den geringen Beträgen, um die es sich handelt, schon durch Berechnung von Provisionen oder Verzögerung der Gutschrift geschehen kann). Soweit die Abwälzung nicht möglich ist, muß die Bank den Verlust allerdings tragen. Er entsteht ihr aber unter allen Umständen, denn das Geld, das ihren Kassenbestand bildet, kann sie überhaupt nicht ausleihen, sondern muß es behalten, um den Ansprüchen ihrer Gläubiger gerecht werden zu können, wenn diese für ihre Geldforderungen effektives Geld haben wollen. Das Schwinden des Wertes kann deshalb auch sie nicht veranlassen, ihr Geld rascher und billiger auszuleihen als jetzt.

Abgesehen von den Banken und (was hier nicht weiter in Betracht kommt) von den öffentlichen Kassen befinden sich heutzutage aber — in normalen Zeiten — nur noch wenige Menschen im Besitze größerer Summen baren Geldes. Die Zeiten, in denen der Hausvater seine Ersparnisse in Truhen oder Strümpfen daheim behielt, sind ja längst vorüber. Ein Netz von Banken mit unzähligen Zweigstellen, von Raiffeisenkassen und Sparkassen, von Postscheckämtern hat das Land überzogen und zieht alles entbehrliche Geld an sich. Die Vorräte der Haushaltungen beschränken sich im allgemeinen auf kleine Summen, die nötig sind, um den täglichen Bedarf, etwa für den nächsten Monat, zu decken. Die Besitzer dieser Summen aber lassen sich durch die Schwundgefahr nicht bewegen, ihr Geld früher auszugeben, als die Bedürfnisse Deckung heischen, am allerwenigsten dazu, es zu niedrigerem Zinse oder gar zinslos anszuleihen. Günstigsten Falles würden sie es zur Bank bringen, von der sie es jederzeit zurückerhalten können. Dann aber würde auch auf diese Summen Anwendung finden, was früher über das Bankgeld im allgemeinen gesagt worden ist. Das Angebot von Bankgeld würde allerdings wohl etwas vermehrt werden, aber da es sich um keine großen Summen handelt, nicht viel, und kaum so stark, daß dadurch der Zins erheblich unter den jetzigen Stand herabgedrückt werden könnte. Jedenfalls könnte diese weitere Zusammenziehung des Kapitals ebensowenig zu einer grundstürzenden Reform führen, wie die Zusammenziehung in den letzten Jahrzehnten, die noch viel stärker war.

Wenn hiernach auf der Seite des Angebots von Kapital bei der Einführung von Schwundgeld eine wesentliche Änderung nicht eintreten würde, so liegt kein Anlaß vor, noch besonders zu untersuchen, ob etwa im anderen Falle nicht schon die unverminderte Nachfrage nach Kapital hinreichen würde, um den Zins in der jetzigen Höhe zu erhalten, und ob, wenn der Zins zurückginge, der Arbeiter höheren Lohn erhalten würde, obwohl der Wettbewerb auf Ermäßigung der Preise drängt, sowie endlich, ob der Arbeiter den höheren Lohn zur Kapitalbildung verwenden würde, statt seinen Verbrauch zu erweitern. Nach den Erfahrungen der Gegenwart müssen in dieser Richtung erhebliche Zweifel gehegt werden, die sich verstärken, wenn der Anreiz zur Kapitalbildung, der im Zinse liegt, mit dem Herabgehen des Zinses abnimmt. Aus diesen Gründen muß die Theorie des Schwundgeldes aufgegeben werden.

2. Absolute Währung.

Absolute Währung ist eine Währung, ein Geld, dessen Durchschnittswert stets gleich bleibt. Die absolute Währung ist von jeder Fessel, von jeder Gebundenheit an ein einzelnes Gut, im besonderen Gold, frei; sie »kreist«, wie Gesell sagt, »frei, wie die Erde um die Sonne, um den Durchschnittspreis der Waren«[1]). Dieser Durchschnittspreis soll — das ist das von Gesell verfolgte Ziel — in seiner Höhe stets gleich bleiben. Davon verspricht er sich nicht nur eine glücklichere Entwicklung der Verhältnisse im Inlande, sondern auch den Wirtschaftsfrieden der Welt. Es entfalle dann der Ruf nach staatlichem Schutz vor Preisrückgang durch Zölle, und damit werde die Herstellung des internationalen Freihandels ermöglicht, der uns einer besseren Zeit als der jetzigen entgegenführe.

a) Die Wertstabilität des Geldes im Inlande.

Gesell behandelt zunächst die Frage der Stabilisierung des Geldwerts im Inlande. »Was wir wünschen, was wir von einer geordneten Geldverwaltung fordern können«, heißt es a. O. S. 23, »ist eine Gewähr dafür, daß wir für das Geld immer Waren kaufen können, bei dauernd festem Durchschnittspreis. Der Durchschnittspreis der Waren muß fest bleiben. Das ist alles, was die Reichsgeldverwaltung in der Inschrift ihres Papiergeldes dem Inhaber zu versprechen braucht. Und da die Reichsbank das Notenmonopol hat, so kann sie dieses Versprechen auch halten, und zwar selbst unter den unglücklichsten Verhältnissen, selbst im Kriege, wenn sie das will. Sie muß Geld fabrizieren und ausgeben, so oft und so lange der Durchschnittspreis der Waren fällt, und umgekehrt Geld einziehen und verbrennen, so oft der Durchschnittspreis der Waren steigt. Mehr braucht sie nicht zu tun. Sie braucht selbst keine Waren feilzuhalten, am allerwenigsten Gold und Silber, die ja für 99 vH der Bevölkerung gerade die nebensächlichsten aller Waren sind. Sie braucht sich auch nicht um den Preis der einzelnen Waren zu kümmern. Nur allein der vom Statistischen Amt ermittelte Durchschnittspreis soll der Reichsbank als Maß des Geldbedarfes dienen.« »Die absolute Währung würde uns von alledem frei halten, was uns die Goldwährung gebracht hat. Sie gibt uns absolute Gewähr gegen den Wechsel der Konjunkturen. Sie beschränkt die Schwankungen im Preise der einzelnen Ware auf die natürlichen, im Konsum und Verbrauch liegenden Ursachen, und bringt dadurch die Währung direkt unter die Kontrolle des Volkes. Der Begriff Mark D. R. W. wird zu einer festen, allbekannten Größe, die in den sich dem Gedächtnis mit der Zeit einprägenden Warenpreisen ihr Fundament hat. Dadurch werden auch die Kaufleute einer höchst wirksamen öffentlichen Kontrolle unterworfen. Heute weiß niemand, was eine Mark ist, weil die Warenpreise ständig die größten Schwankungen durchmachen.« »Die Goldwährung schuf Zeiten des Geldüberflusses und des Geldmangels. Mit der absoluten Währung werden wir immer haarscharf den Tagesbedarf decken. Der Geldüberfluß schuf die Hochkonjunkturen, mit der Schädigung aller so-

[1]) Silvio Gesell, Internationale Valuta-Association (Iva), Freiwirtschaftlicher Verlag, Sontra in Hessen 1920, S. 21.

genannten Festbesoldeten, der Pensionäre, Hypotheken- und Obligationen-Gläubiger. Vielfach mußten die Arbeiter durch Androhung von Streik die Löhne den gestiegenen Warenpreisen anpassen. Mit der absoluten Währung bleibt der Durchschnittspreis fest. Der Geldmangel, der bei der Goldwährung den Geldüberfluß ablöste, schuf die Flaue, mit all ihren bekannten Begleiterscheinungen — Krisen, Arbeitslosigkeit, Schädigung und Bankrott der Schuldner, Defizit im Staatshaushalt usw. Mit der absoluten Währung wird niemals Geldmangel herrschen.«

Silvio Gesell will also durch die absolute Währung alle die Preisschwankungen ausschalten, die nicht auf die natürlichen, im »Konsum und Verbrauch« liegenden Ursachen — wahrscheinlich will er auch die Produktion dahin rechnen — zurückzuführen sind, insbesondere die, die im »Geldüberfluß« und »Geldmangel« der Geldwährung ihren Grund hatten. Nehmen wir an, daß das gelingen würde, so muß es doch sehr zweifelhaft erscheinen, ob er damit wirklich zu einer Wertstabilität des Geldes, d. h. zu einer dauernden Aufrechterhaltung seines Durchschnittswertes, m. a. W. zu dem erstrebten stabilen Durchschnittspreise der Waren gelangen würde; denn die meisten Ursachen für die Bewegung der Preise sind doch »natürliche«, die in den Änderungen des Verbrauchs oder der Erzeugung im Inland oder im Ausland ihren Grund haben, während Preisänderungen infolge von Geldüberfluß oder Geldmangel auf dem Warenmarkte viel seltener sind. Ebenso aber muß bezweifelt werden, ob die Aussicht auf die unveränderte Erhaltung des Durchschnittspreises der Waren uns, wie er meint, vor einem Ausbau des Schutzzollsystems bewahren und dem Freihandel und dem Weltfrieden die Wege bereiten könnte. Dem Landwirt z. B. ist wenig damit gedient, wenn der Durchschnittspreis der Waren aufrechterhalten wird, die Getreidepreise aber zurückgehen, und er unterscheidet auch nicht, ob ein Rückgang der Getreidepreise aus natürlichen Ursachen entspringt oder im Geldwesen seinen Grund findet. Sein Dasein oder wenigstens sein Wohlergehen hängt von der Höhe der Getreidepreise schlechthin ab, und wenn diese dauernd sinken, wie es in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts infolge des vermehrten und durch die Verhältnisse begünstigten Wettbewerbs des Auslandes geschah, so ruft er nach Schutzzöllen, um sich zu retten.

Die absolute Währung soll aber in weiterer Folge auch einen festen Zinsfuß und stabile Kurse der festverzinslichen Wertpapiere gewährleisten. »Es ist eine bekannte Tatsache«, heißt es a. a. O. S. 25, »daß der Zinsfuß mit den Warenpreisen steigt und fällt. Die Flaue (Baisse) ist von einem niedrigen Zinsfuß begleitet und die Hochkonjunktur von einem hohen Zinsfuß. Von der Höhe des Zinsfußes wird der Kurs der festverzinslichen Wertpapiere bestimmt. Jede Veränderung im Zinsfuß überträgt sich mit 20 bis 25 multipliziert auf den Kurs der festverzinslichen Werte. Diese Differenzen werden jetzt, da die Börse mit den Kriegsanleihen belastet ist, fabelhafte Summen ausmachen, falls der Zinsfuß die tollen Sprünge der letzten Dekaden wiederholen sollte, — und das wird er, wenn wir keine Ordnung in unsere Währungsverhältnisse bringen. Mit der absoluten Währung werden die Warenpreise und der Zinsfuß fest bleiben. Darum werden auch die Kurse der festverzinslichen Papiere keine Sprünge mehr machen.«

Es ist beachtenswert, daß Gesell zu Anfang seiner Ausführungen immer nur davon spricht, daß die aus Geldüberfluß und Geldmangel entspringenden Preisschwankungen beseitigt werden sollen, nicht aber auch die »natürlichen«, d. h. diejenigen, die aus natürlichen Ursachen entstehen, während er später ganz allgemein feste Warenpreise und in weiterer Folge festen Zins und feste Wertpapierkurse in Aussicht stellt. Um das zu rechtfertigen, müßten schon die Warenpreisschwankungen aus natürlichen Gründen, z. B. wegen Mißernte oder Lohnerhöhungen bezw. wegen Verbesserung der Produktionsmittel, Auferlegung oder Erlaß von Steuern usw. sehr selten vorkommen, die Schwankungen aus Gründen des Geldwesens dagegen die Überzahl bilden. Das trifft aber nicht zu, und so entfällt die Voraussetzung, auf die sich die Erwartung einer Stabilisierung des Zinsfußes und der Obligationenkurse aufbaut.

Abgesehen hiervon kommt in Betracht, daß auch die Mittel, die angewendet werden sollen, nicht zum Ziele führen würden. Gesell will nämlich den Durchschnittspreis der Waren unverändert erhalten, indem er veranlaßt, daß die Geldmenge vermehrt wird, wenn die Preise fallen, daß sie vermindert wird, wenn die Preise steigen (genauer wenn der Durchschnitt der Preise fällt bezw. steigt). Diese Vermehrung bezw. Verminderung soll in der Weise erfolgen, daß im ersten Falle Papiergeld unter auktionsweisem Rückkauf von Staatsanleihen neu ausgegeben und im zweiten Papiergeld unter auktionsweisem Verkauf von Staatsanleihen eingezogen wird[2]). Hierdurch würde aber die gewünschte Wirkung nicht herbeigeführt werden. Die Preise sind doch nun einmal nicht ein einfaches System von kommunizierenden Röhren, in denen der Wasserspiegel sich senkt oder sich hebt, je nachdem in das Rohr, das das Geld enthält, etwas hineingepumpt oder etwas daraus abgelassen wird, wie Gesell das auf dem Titelblatt seiner Schrift darstellt. Sie bilden sich vielmehr — beim freien Handel, den Gesell voraussetzt — aus Angebot und Nachfrage. Angebot und Nachfrage aber entstehen dadurch, daß eine große Anzahl von Menschen, Erzeuger und Händler, Waren anbieten bezw. eine große Anzahl anderer Menschen, Verbraucher und Händler, nach Waren fragen. Die Maßnahmen dieser Menschen sind es, aus denen der Preis sich ergibt. Nun wird zwar durch Geldvermehrung und Geldverminderung auf dem Wege des auktionsweisen Einkaufs oder Verkaufs von Staatsanleihen auf diese Maßnahmen ein Einfluß ausgeübt. Dieser Einfluß erstreckt sich aber nur auf die, die Staatsanleihen besitzen bezw. erwerben können, d. s. die wohlhabenden Leute, die die Minderheit bilden, nicht auf die übrigen. Soweit es sich nur um die Unterbindung von Ursachen auf dem Gebiete des Geldwesens, also von »Geldüberfluß« oder »Geldmangel« handelt, mag das für die Erreichung des ins Auge gefaßten Zweckes genügen. Aber weshalb dann überhaupt der ganze Apparat? »Geldüberfluß« und »Geldmangel«, die aus Ursachen auf dem Gebiete des Geldwesens (nicht aus natürlichen Veränderungen der Marktlage, die hier nicht in Frage kommen) entspringen, brauchen bei einer Währung, bei der das Geld vom Staate ausgegeben wird, gar nicht erst bekämpft zu werden, sondern sie können am Entstehen verhindert werden!

---

[2]) Vergl. a. a. O. S. 26 Nr. 6 und 7.

Gesell beschränkt sich aber auch an dieser Stelle nicht darauf, die Wertschwankungen aus Gründen des Geldwesens beseitigen zu wollen. Er sagt ganz allgemein — ohne Unterscheidung der Ursachen —: das Währungsamt werde »Geld einziehen, so oft und so lange „die Warenpreise" aufwärts streben, und umgekehrt Geld ausgeben, so oft und so lange „die Warenpreise" eine Neigung nach unten zeigen«. Er stellt also eine allgemeine Richtschnur auf, ohne nach der Ursache der Preisveränderung zu fragen, und bezieht dementsprechend auch die »natürlichen« Ursachen ein. Geht er aber so weit, so muß doch stark bezweifelt werden, ob der gewünschte Erfolg auf dem Warenmarkt erzielt werden würde. Wenn die Preise fallen und das Währungsamt denen, die Staatsanleihen besitzen, durch Abkauf dieser Anleihen mehr Geld in die Hände gibt — wer bürgt dann dafür, daß für das hinzukommende Geld Waren gekauft werden, so daß deren Preise in die Höhe gehen? Kann nicht der Geldempfänger auch Aktien oder Grundstücke kaufen? Oder kann er nicht ausländische Wechsel kaufen, um sein Geld im Auslande anzulegen? Wenn ferner die Preise steigen und nun Geld gegen Ausgabe von Staatsanleihen eingezogen wird — wer bürgt dafür, daß dann die Nachfrage nach Waren eine Einschränkung erfährt und nicht etwa nur dem Geld- oder dem Effektenmarkte Geld entzogen wird, wovon die Warenpreise unberührt bleiben?

Will aber Gesell mit seinen Geldmengenveränderungen etwa auch solchen Preisbewegungen begegnen, wie wir sie jetzt erlebt haben? Spricht nicht überhaupt gegen ihn die Erfahrung der letzten Monate, dieses andauernde Fallen der Preise bei Vermehrung der Geldmenge, die fast ebenso groß war, wie in den vorausgehenden Monaten der Preissteigerung? Tatsächlich ist die im Umlauf befindliche Geldmenge (Noten und Darlehnskassenscheine) vom 7. Januar 1920 an in der Zeit des Steigens der Preise, also bis etwa Anfang (7.) April, von 49070 auf 59569, also um 10499 Mill. M, in der darauffolgenden Zeit des Fallens der Preise von 59569 (7. April) auf 67619 (7. Juli), also um weitere 8050 Mill. M, d. i. nicht viel weniger gestiegen[3]). Das sollte denn doch zu denken geben!

Freilich hat die Vermehrung der Geldmenge in dieser Zeit im wesentlichen aus fiskalischen Rücksichten stattgefunden — und diese sollen ja, wie übrigens bei jeder anderen vernünftig geregelten Währung, auch (soweit das möglich ist!) nach Gesell ausgeschlossen sein. Worin der Grund für die Mehrausgabe lag, ist hier aber gleichgültig. Ausschlaggebend ist, daß im letzten Vierteljahr eine Vermehrung der Geldmenge um 8,5 Milliarden M oder 12,6 vH stattgefunden hat, ohne daß dadurch das Fallen der Preise, und zwar im Juni und Juli sogar das Fallen der Preise bei (verhältnismäßig) stabilen Auslandwechselkursen, verhütet werden konnte! Danach ist doch wohl anzunehmen, daß die einfache Vermehrung und Verminderung der Geldmenge nicht das zuverlässige Mittel zur Stabilisierung der Preise ist, als welches Silvio Gesell es anpreist!

b) Internationale Valuta-Association.

Nach der Erörterung des nationalen Währungsproblems geht Gesell zum internationalen Währungsproblem über. Er ist der Meinung, daß es

[3]) Es ist aus naheliegenden Gründen absichtlich unterlassen worden, die Zahlen am Monatschluß und namentlich an den Vierteljahrsterminen heranzuziehen.

an sich möglich sein würde, schon durch einfache Vermehrung und Verminderung der Geldmenge im Inlande auch die Devisenkurse festzulegen, will aber hiervon absehen. »Wir haben zu entscheiden«, sagt er[4]), »ob die Geldausgabe auf feste Warenpreise oder feste Devisenkurse gerichtet sein soll.« Die erste Möglichkeit meint er, verdiene den Vorzug. Es lasse sich aber beides nebeneinander erreichen, sobald die am Außenhandel beteiligten Staaten eine von gleichen Grundsätzen geleitete Währungspolitik betreiben. Das sei zu erhoffen. »Die am Welthandel beteiligten Länder werden ihre Währung ebenfalls auf die Festigkeit des Durchschnittspreises einstellen, wodurch die Hauptgründe für die Schwankungen in der Handelsbilanz verschwinden werden. Es wird viel mehr Stetigkeit in den internationalen Handelsbeziehungen Platz greifen.« Treten aber solche Störungen ein, wie z. B. nach 1871 durch die »Einfuhr (und Wiederausfuhr) der französischen Milliarden«, so werden — lange vorher schon — »die Währungsämter der beteiligten Länder eingreifen. Dort, wo die Warenausfuhr zu stark ist, werden die Preise durch Ausgabe von Geld gehoben; dort wo die Wareneinfuhr zu stark ist, werden die Preise durch Geldeinzug gesenkt«.

Gesell läßt hier wieder außer Acht, daß er mit seiner Regelung der Geldmenge selbst nur den Durchschnittspreis beeinflussen kann und überdies nur die Störungen beseitigen zu können und zu wollen behauptet, die durch Veränderungen der Geldmenge herbeigeführt werden, nicht die, die natürliche Ursachen haben. Er übersieht infolgedessen, daß auch dann, wenn seine Gedanken international durchgeführt werden würden, die Schwankungen der Einzelpreise nicht aufhören würden, namentlich dann nicht, wenn ihre Ursachen in natürlichen Ereignissen liegen. Wenn im Lande A eine Mißernte eingetreten ist, während das Land B Getreide zur Verfügung hat, wird stets von B nach A mehr Getreide als in anderen Jahren versandt werden, und die dadurch bedingten größeren Zahlungen von A an B werden den Kurs der Devise B über den normalen Stand in die Höhe treiben. Daran kann die Geldmengenregelung in A und B nichts ändern. Und ebenso ist es, wenn große internationale Kreditmaßnahmen stattfinden oder wenn aus anderen Gründen — wie bei der Zahlung der französischen Milliarden im Jahre 1871 und wie bei der Entrichtung unserer noch viel größeren Kriegsentschädigung — bedeutende Kapitalübertragungen vorzunehmen sind.

Gesell will nun allerdings bei weiterem Ausbau seines Planes noch ein internationales Geld schaffen, nachdem er die Staaten zu einer Internationalen Valuta-Association (»Iva«) vereinigt hat, deren gemeinschaftliches internationales Währungsamt dieses Geld, die Valutanote, auszugeben hätte. Er beruft sich dabei auf die Erfahrungen der Lateinischen Münzunion der Staaten Frankreich, Belgien, Italien und Griechenland, in deren Verkehr die unterwertig gewordenen silbernen Fünffrankenstücke den Dienst des internationalen Geldes zu versehen mit bestem Erfolge imstande gewesen seien. Nun ist richtig, daß die Fünffrankenstücke diesen Dienst versehen haben. Gerade aber in der Lateinischen Münzunion haben sich auch die Schattenseiten des internationalen Geldes gezeigt, denn die Internationalität des Geldes brachte es in zwei der Unionstaaten, nämlich Italien und Griechenland, mit

[4]) a. a. O. S. 26.

sich, daß dieses internationale Geld auswanderte, daß es durch nationales Papiergeld ersetzt werden mußte und daß nun zunächst bei festem Devisenkurse Schwankungen des Kurses zwischen nationalem und internationalem Geld im Inland eintraten, während später nach der völligen Auswanderung des internationalen Geldes gleiche Verhältnisse wie bei uns sich ergaben. Eine materielle Besserung für den Verkehr mit dem Auslande wurde also nicht erzielt. Gesell wird nun freilich behaupten, daß damals in Italien und Griechenland nicht richtig verfahren worden sei. Die Macht der Ereignisse hat aber das damalige Verhalten erzwungen und wird es stets wieder erzwingen.

Zu welch sonderbaren Anschauungen er als Vertreter der Quantitätstheorie gelangt, geht daraus hervor, daß er, um die Aufrechterhaltung der Parität zwischen internationalem und nationalem Geld im Inlande zu sichern, für den Fall andauernden Einströmens von Valutanoten eine Vermehrung des nationalen Geldes, für den Fall andauernden Abströmens der Valutanoten die Einziehung einer entsprechenden Menge nationalen Geldes empfiehlt. Das ist vom Standpunkte desjenigen, der nur das Wertverhältnis zwischen inländischem und internationalem Geld ins Auge faßt und zur Aufrechterhaltung eines stabilen Wertverhältnisses gleiche Mengen einander gegenüberstellen will, ganz folgerichtig gedacht. Wie aber will der Staat, wenn z. B. infolge starker Getreideeinfuhr bei einer Mißernte internationales Geld abströmt und nun außerdem noch ebensoviel inländisches Geld eingezogen, die Geldmenge im Inland also aus doppeltem Grunde vermindert wird, der schwersten Geldkrise entgehen? Mit einer solchen Geldkrise aber wäre die Aufrechterhaltung eines stabilen Wechselkurses denn doch zu teuer erkauft!

Recht hat Gesell, wenn er ausführt, daß ein »Abbau der Inflation« bis zu annähernder Wiederherstellung des alten Pari heller Unsinn sei. Es verdient gewiß Beachtung, wenn er ausführt[5]): »Nach diesem ministeriellen Programm soll also die Inflation, die in den kriegführenden Ländern reichlich 100 bis bis 500 vH betragen mag, leise, d. h. wohl um 10 vH jährlich abgetragen werden, was 10 bis 50 Jahre in Anspruch nehmen dürfte. Demnach hätten die Unternehmer, Kaufleute, Handwerker und Bauern 50 Jahre lang alljährlich 10 vH ihrer Aktiva zugunsten ihrer Passiva abzuschreiben, — Konto: Abbau der Inflation! Demnach wüßte jeder Kapitalist, Kaufmann, Landwirt, Unternehmer, daß, wenn er die Hände in den Schoß und sein Geld auf die Bank legt, er mehr verdienen wird, als er sonst durch den Bau eines Hauses, durch die Beackerung eines Feldes, durch die Gründung einer Fabrik, also durch Arbeit zu verdienen hoffte. Nichtstun wird somit 50 Jahre lang für alle, die Geld haben, das sicherste, einträglichste Unternehmen sein, und 50 Jahre lang wird jeder, der baut, sein Kapital abbauen! Fünfzig Jahre lang wird der Bauunternehmer sagen: nächstes Jahr werden die Baukosten wegen des Abbaues der Inflation 10 vH billiger sein als heute. Und 50 Jahre lang wird er sein beabsichtigtes Unternehmen zurückstellen — bis der Abbau der Inflation beendigt, das Kapital der Schuldner restlos auf die Gläubiger übergegangen ist. Es wird ja nie so kommen. Der schon so oft zu anderen Zeiten, in fast allen Ländern versuchte Abbau der Inflation ist nie geglückt, hat stets gesetzmäßig die Kräfte vernichtet, die den Abbau der Inflation bewerkstelligen sollten.«

---

[5]) a. a. O. S. 33.

Hoffentlich bleibt uns diese Prokrustes-Operation, die, wie der falsche Arzt, Krankheitserscheinungen beseitigt statt der Krankheit selbst zu Leibe zu gehen, und dabei größtes Unheil anrichtet, erspart![6])

Richtig ist auch, wenn Gesell behauptet, daß es unnötig sei, zur Goldwährung zurückzukehren. Ich habe an anderer Stelle den Nachweis zu erbringen versucht, daß eine Papierwährung, allerdings in der Form der Goldkernwährung, wenn vernünftig verfahren wird, genügt, um den Gelddienst richtig zu versehen[7]), und kann mich hier darauf beschränken, auf diese Ausführungen zu verweisen. Was wir brauchen, ist eine Währung, deren Geld Vertrauen findet (so daß Preistreibereien und Kapitalflucht nach dem Ausland aus Mißtrauen zum Gelde, wie wir sie zu Anfang des Jahres erlebt haben, vermieden werden), eine Währung ferner, deren Geld in festem Wertverhältnis zu dem ausländischen Gelde steht, bei der aber dieses feste Wertverhältnis nicht durch Zufluß oder Abfluß inländischen Geldes, sondern (um Umlaufstörungen zu vermeiden) durch etwas, was nicht Geld ist, z. B. durch Gold oder ausländische Wechsel (genauer: durch den Zufluß oder Abfluß von Gold bezw. durch die Aufnahme und Abgabe ausländischer Wechsel zur Ausgleichung der Zahlungsbilanz) aufrechterhalten wird, eine Währung endlich, bei der die Vermehrung und Verminderung der Geldmenge nicht durch heterogene Rücksichten, nicht also durch den Zufluß oder Abfluß von Gold wie bei der Goldwährung und noch weniger (sobald das möglich ist) durch fiskalische Interessen, sondern lediglich durch die Bedürfnisse des Verkehrs bestimmt wird. Eine solche Währung ist aber eine (richtig verwaltete) »Papierwährung mit Goldreserve für den Auslandverkehr« oder besser und kürzer eine »Goldkernwährung«, wie ich sie seit 1894 empfohlen habe[8]). Von einer Verwirklichung der Pläne Gesells dagegen ist dringend abzuraten.

[6]) Vergl. über Inflation meine Ausführungen in der Denkschrift „Die Noteninflation als Krankheitserscheinung unseres Wirtschaftslebens", München 1920, Politischer Verlag B. Heller. 42 S. 2 M.

[7]) Wertbasis und Deckung des Papiergeldes. Berlin 1920, Puttkamer & Mühlbrecht.

[8]) Vergl. T. u. W. 1919 S. 61 u. f und S. 159 u. f. [861]

Die Industrie des Kreises „Herrschaft Schmalkalden".

Von Fabrikdirektor J. Söldner, Schmalkalden.

In dem regsamen und industriereichen Thüringen mit seinem vielgestaltigen Erwerbsleben nimmt die Industrie des Kreises »Herrschaft Schmalkalden«[1]) ihrer Bedeutung nach nicht den letzten Platz ein. Werden Sonneberg als »Puppenstadt«, Suhl nach seiner altberühmten Waffenindustrie, Rudolstadt, Pößneck, Gera u. a. als Stapelplätze für Faserstoffwaren gewürdigt, so ist Schmalkalden durch seine außerordentlich vielseitige Herstellung von Kleineisen-, Stahl- und Holzwaren in den Verbraucherkreisen dieser Dinge seit altersher bekannt; »Schmalkalder Kurzwaren« ist ein Fachausdruck von allgemeiner Bedeutung im Eisenwarenhandel des In- und Auslandes.

[1]) Amtliche Bezeichnung.

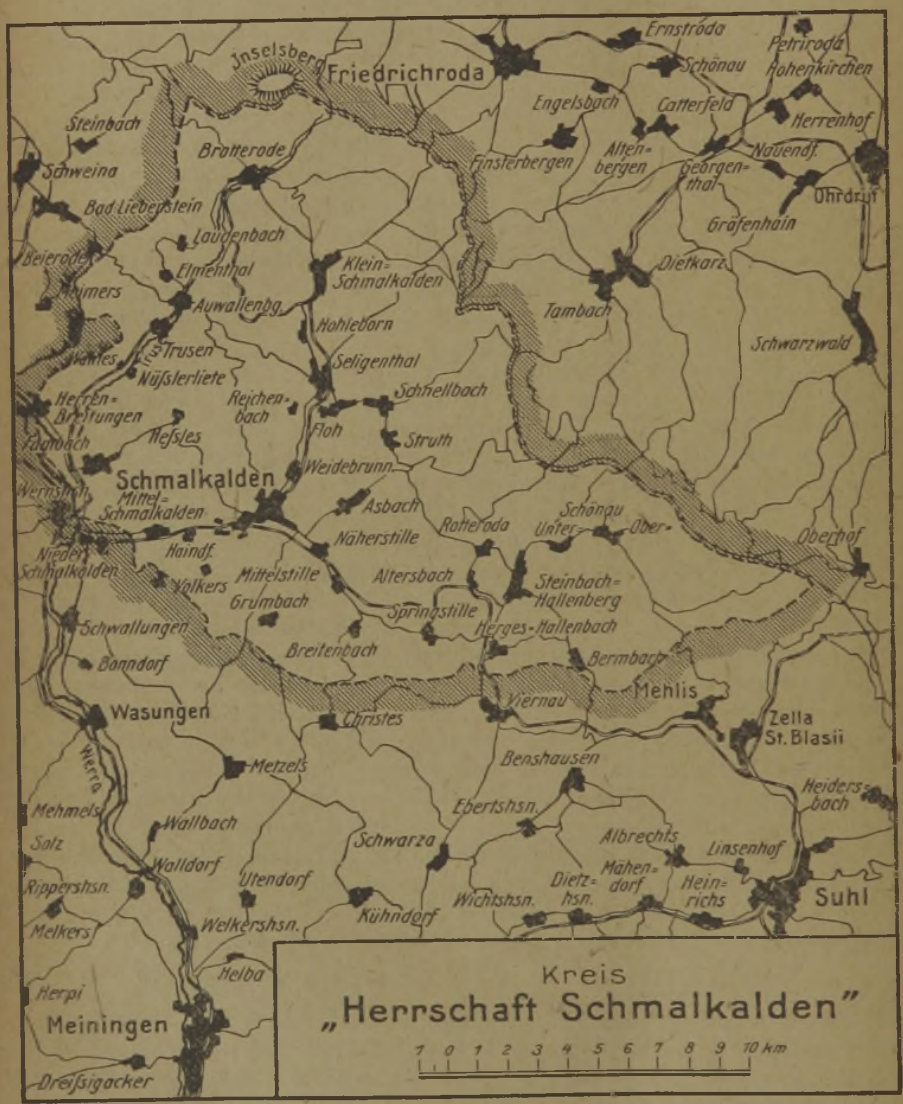
Geschichtliches.

Schon seit Jahrhunderten ist im äußersten Westen des Thüringer Waldes eine Eisenindustrie nachweisbar, entstanden durch das Vorkommen von Eisenerz in den Bergen. Im herrlichen Tal der Truse, das wohl so manchem Touristen von sommerlicher Wanderung her bekannt ist, zieht sich ein drei Wegstunden langer Zug von Eisenlagerstätten bis zu »Mommel« und »Stahlberg«, zwei charakteristischen bewaldeten Höhen am Südwestabhang des Thüringerwaldes. Hier wurde schon vor uralter Zeit der Bergbau auf Eisen betrieben, und Schmalkalden verdankt, neben seiner günstigen Lage am Eingang dreier Täler, den unerschöpflichen Eisenerzstätten in seiner Nähe Entstehung und Bedeutung. An eine Arbeitsteilung in Bergbau, Hüttenbetrieb und Hammerwerk, wie sie später entstand, war anfänglich nicht zu denken. Der Waldschmied war sein eigner Bergmann, der die Eisensteine in dem ihm zugeteilten Gebiete selbst grub, sie mit selbstgeköhlerten Holzkohlen ausschmolz und dann das gewonnene Frischeisen in dem Eisenhammer am reißenden Waldbach weiter bearbeitete. Auf dem Gebirgsrücken, wo die Erzzüge zutage traten, begann am frühesten der Abbau; in dem hochgelegenen Brotterode am Beginn des Trusetals lagen die ersten Erzbergwerke. Nach einer Aufzeichnung vom Jahr 1564 in der Schmalkalder Bergamtsrepositur fanden damals in Brotterode jede Woche zwei Eisensteinverkaufstage (also Metallbörse von heute!) statt; dabei hatten die Brotteröder Eisenhämmer von 9 bis 12 Uhr vormittags das Verkaufsrecht. Bei dieser Gelegenheit wird aber auch erwähnt, daß schon 300 Jahre früher und darüber der Bergbau in und um Brotterode im Gange gewesen sei, und Zeugen davon sind noch heute die dort sich überall findenden Schlackenhalden und Pingenzüge. In Brotteröder Gießereien wurden besonders Öfen, reich verziert mit Bildwerken aus der heiligen Geschichte, gegossen. Aus dem weiter hergestellten Schmiedeisen wurden Kleineisenwaren, Sporen, Geschirrbeschläge, wohl auch schon einfache Handwaffen in großer Verschiedenheit hergestellt. Der Bergbau bei Brotterode ist dann durch den Dreißigjährigen Krieg, der so manche Blüte der Industrie und Kunst in Deutschland vernichtete, zugrunde gerichtet und erst in neuester Zeit wieder in bescheidenem Umfang aufgenommen worden. Ähnliches Werden und Vergehen des Bergbaues können wir auch in verschiedenen andern Teilen des Kreises Schmalkalden verfolgen. Verschiedentlich reichen die Urkunden darüber bis ins 14. und 13. Jahrhundert zurück, so für die Suhler und Hallenberger Gegend. Zur Blüte des Bergbaues trug natürlich auch der Holzreichtum des Kreises in seinen prachtvollen Wäldern viel bei, der die damals zur Verhüttung des Erzes allein verwendete Holzkohle lieferte.

Der heutige Stand der Schmalkalder Industrie.

Wenden wir uns nach diesem kurzen geschichtlichen Rückblick dem heutigen Stand der Kleineisenwaren- und Werkzeugindustrie des Kreises zu! Wie eingangs erwähnt, ist sie äußerst vielgestaltig in ihren Erzeugnissen. Für die Stadt Schmalkalden selbst sind charakteristisch Ahlen und grobe Nadeln, Beißzangen, Holzbohrer, Striegel, Löffel, Raspen, Schraubenzieher, Spicknadeln, Zwingen. Seit rd. 30 Jahren hat auch eine leistungsfähige Maschinenfabrik (Sonderheit Krane und Hebezeuge) in Schmalkalden ihr Heim gefunden. Die um die Kreisstadt liegenden zahlreichen Dörfer und Marktflecken haben, jedes

für sich, wieder ihre Besonderheiten: Steinbach-Hallenberg liefert alle Arten Zangen mit Ausnahme von Beißzangen, Frisierscheren, Korkzieher, viele Haushaltgegenstände; ähnliche Waren fertigen die dicht bei Steinbach gelegenen Dörfer Ober- und Unterschönau, dieses auch noch Schuhmacherwerk-



zeuge und (in einem Betriebe) Fahrradteile; die ebenfalls nahe Steinbach liegenden Dörfer Rotteroda und Altersbach haben als Sonderheit handgeschmiedete Nägel. Wenige Kilometer von Schmalkalden entfernt finden wir die Dörfer Seligenthal, Floh, Hohleborn, von denen das erstgenannte hauptsäch-

lich Trensen und Geschirrbeschläge liefert, während Floh in nennenswertem Umfang Drechslerwaren erzeugt. Das hochgelegene Struth hat ebenfalls Holzdrechsler, während das reizend im Tal gebettete Asbach zahlreiche Hammerschmiede zählt. Kleinschmalkalden, 7 km von Schmalkalden entfernt, besitzt eine ausgedehnte Korbwarenindustrie, die sich während des Krieges hauptsächlich in Anfertigung von Geschoßkörben betätigte; außerdem werden dort Blasebälge und Viehglocken hergestellt. Im schon genannten Brotterode — das im Jahr 1895 durch eine Feuersbrunst fast ganz zerstört, jetzt aber wieder in neuer Schöne erstanden ist — blüht die Herstellung von Schnallen, Ringen und Geschirrbeschlägen.

Die Arbeitsweise ist heute noch in vielen Fällen, besonders in den Dörfern, ziemlich primitiv, wenn auch Fortschritte in dieser Beziehung, besonders unter dem Druck des Krieges, unleugbar zu bemerken sind. Die Maschine hält auch in diesen abgelegenen Walddörfern ihren Einzug, wenn auch die altgewohnte Handarbeit hier größere Dauer hat als anderswo. Sie hat sich ja auch hier in höchster Weise ausgebildet. Hierzu nur ein Beispiel! Im obengenannten Asbach, das neben Hämmern auch Stahlzwecken (für Schuhmacher usw.) erzeugt, kann man die Seltsamkeit sehen, daß der Schmied, der diese Zwecken aus dünnem Stahldraht abschmiedet, zwei Stäbe auf einmal bearbeitet! Trotz großer Geschicklichkeit und fleißiger Arbeit (vor dem Krieg vielfach 13 bis 14 Stunden täglich!) hatten diese Handwerker früher einen sehr kärglichen Verdienst, wöchentlich 15 bis 18 M! Dieser knappe Verdienst, weiter das Hängen am Alten und die mangelnden technischen Kenntnisse verhinderten lange die Einführung neuzeitlicher maschineller Arbeitsverfahren und Maschinen. Wo diese Hindernisse durch glückliche Umstände beseitigt wurden, da sehen wir auch ein rasches Blühen und Wachsen der früher kleinen Arbeitstätten zu neuzeitlichen Fabriken. Dies ist besonders in der Kreisstadt selbst zu beobachten. Dort fanden sich bereits vor dem Kriege Fabriken mit mehreren hundert Arbeitern für die früher von Hand gefertigten Erzeugnisse. Zangen, Bohrer, Striegel, Löffel, Ahlen usw. werden dort heute auf rationellem Wege mit neuzeitlichen Maschinen in vollendeter Arbeitsteilung hergestellt.

Für die Mengenangaben der hergestellten Waren fehlen leider genaue statistische Unterlagen. Der rührige Schmalkalder Fabrikantenverein hatte in Gemeinschaft mit dem Ortsausschuß der Handelskammer (Kassel) unmittelbar vor dem Kriege mit Aufstellung einer genauen Statistik begonnen; leider hat der Krieg dieses wichtige Werk unterbrochen, und es konnte bislang noch nicht wieder weitergeführt werden. Die Schätzungen der Versandmengen gehen ziemlich weit auseinander. Die letzte Wertangabe vor dem Kriege mit jährlich rd. 20 Mill. M (für Schmalkalden mit Umgebung) dürfte aber der Wirklichkeit nahe kommen. Davon gehen — schätzungsweise — etwa drei Fünftel ins Inland, der Rest ist Ausfuhr. Die Arbeiterzahl in der Metallindustrie wird für den ganzen Kreis auf etwa 12000 bis 14000 angenommen, bei einer Gesamteinwohnerzahl des Kreises von rd. 45000.

Eine recht nennenswerte Industrie hat sich in den letzten 25 Jahren im benachbarten Werratal, das zum Teil noch zum Kreis Schmalkalden gehört, gebildet: die Fabrikation von Taschen- und Kofferbügeln und ähnlichen Metallwaren. Hier sind durchaus neuzeitlich eingerichtete Fabriken mit 200 bis 400 Arbeitern entstanden.

Wo sich neuzeitlich durchdachte Fabrikation herausgebildet hat, kann man auch Vorwärtskommen in geldlicher Hinsicht und ausreichende Verzinsung des Anlagekapitals feststellen. Die Kleinmeister dagegen arbeiteten vor dem Kriege, wie schon erwähnt, mit außerordentlich bescheidenem Nutzen. Die Schuld hieran lag nun zum Teil an mangelnder moderner technischer Ausbildung. Die hiesigen Arbeiter erlernen frühzeitig ihr Handwerk, gehen selten in die Fremde, heiraten meist recht jung und machen sich sehr bald selbständig, was ihnen bei dem geringen Anlagekapital — ein Amboß, ein Blasebalg, ein paar Schraubstöcke — leicht gemacht ist. Dadurch entstehen zahlreiche, untereinander im scharfen Wettbewerb stehende Kleinbetriebe, die nicht kalkulieren und weder Lust noch Fähigkeit zu moderner Weiterbildung haben. Der Krieg hat auch hier etwas bessernd gewirkt, auch in der Beziehung, daß er die Leute auf den Zusammenschlußgedanken immer mehr hinwies. Kleinere und größere Verbände haben sich gebildet, die zweifellos heilsam wirken werden; ob sie allerdings stark genug sind, auch Krisen zu überstehen, bleibt abzuwarten. Einzelne Zweige der Handarbeit haben während des Krieges außergewöhnlich gut verdient, so die Nagelschmiede, die Korbflechterei u. a.

Es darf hier nicht unerwähnt bleiben, daß Schmalkalden sich seit 18 Jahren einer vorzuglich eingerichteten und ausgezeichnet geleiteten Fachschule für Kleineisenwaren und Werkzeuge erfreut, die sehr gut besucht ist und durch Heranbildung des industriellen Nachwuchses sowie durch Darbietung und Verbreitung vorbildlicher Arbeitsverfahren schon viel Segen gestiftet hat.

Die Haupterzeugnisse der Schmalkalder Industrie.

Nur kurz seien einige Haupterzeugnisse der Schmalkalder Industrie, soweit sie fabrikmäßig modern hergestellt werden, erwähnt.

Der Holzbohrer wurde schon vor Jahrhunderten in Schmalkalden in anerkennenswerter Vollkommenheit durch reine Handarbeit hergestellt, und zwar nur als sogenannter Schneckenbohrer. Zum Schmieden dieser Bohrer in richtiger, gut arbeitender Form gehört eine nicht gewöhnliche Geschicklichkeit, da zur Prüfung der besten Form weder Winkel noch Zirkel noch sonstige Meßwerkzeuge verwendet werden können; allein das Auge muß dem Arbeiter sagen, ob er das Richtige getroffen hat. Diese Schwierigkeit besteht auch heute noch. Die genannte Art Bohrer wird noch jetzt von Hand geschmiedet, nur natürlich unter Zuhilfenahme von Fall- und Hebelhämmern; die Endform aber gibt der geschickte Schmied dem Werkzeug, nicht, wie das heute bei vielen geschmiedeten Teilen der Fall ist, ein vorhandenes Formgesenk. Die Schmalkalder Bohrerfabriken sind jedoch nicht bei dem althergebrachten Schneckenbohrer stehen geblieben, sondern fertigen heute alle möglichen Arten Bohrer für Holzbearbeitung für Hand- und Maschinenbetrieb. Bei den neueren Sorten ist die Maschine mehr in ihr Recht getreten als bei Schneckenbohrern. In ausgedehntem Maße finden alle möglichen mechanischen Hämmer, Fall-, Feder-, Hebel- und Lufthämmer Anwendung. Zum Fertigmachen der neueren Sorten werden im Gegensatz zum Schneckenbohrer, der noch heute von Hand gefeilt wird, zahlreiche Sonderfräsmaschinen, Revolverbänke und Automaten verwendet; zum Anfräsen der Gewindespitzen an

Schlangenbohrern haben sich die Fabriken selbst Gewindefräsmaschinen entworfen und gebaut. Die drei größeren vorhandenen Bohrerfabriken beschäftigen 170, 60 und 50 Arbeiter.

Ein alter »Schmalkalder Artikel« ist neben Bohrern die Beißzange. Früher ausschließlich von Hand geschmiedet, wobei das Verstählen der Schneiden zu großartiger Geschicklichkeit ausgebildet war, werden jetzt die meisten Zangen unter großen Fallhämmern im Gesenk geschlagen, wobei zum Teil unter Lufthämmern vorgereckt wird. Auch rheinische Gesenkschmieden liefern — an die kleineren Zangenfabriken ohne eigene Schlägerei — geschlagene Teile, die dann hier fertig bearbeitet werden. Außer Beißzangen stellen die größeren Fabriken noch Huf-, Gas-, Kombinations-, Telegraphen- und Schuhmacherzangen, Vorschneider, Rebscheren u. a. her. Das benachbarte Steinbach-Hallenberg, das von altersher Drahtzangen fertigte, hat heute auch aus kleinen Werkstätten hervorgegangene Fabrikbetriebe (mit 60 bis 80 Arbeitern) die rationell und modern eingerichtet hauptsächlich Drahtzangen, Uhrmacherzangen und die auch bei Schmalkalden genannten Arten herstellen. In dem unweit Steinbach gelegenen Altersbach werden auch noch Drahtzangen in einigen kleineren Werkstätten von Hand geschmiedet.

Die Fabrikation von Ahlen — für Schuhmacher, Sattler usw. — ist seit Jahrhunderten in Schmalkalden heimisch. Seit rd. 60 Jahren sind zwei größere Fabrikbetriebe (je rd. 100 Arbeiter und Arbeiterinnen) für dieses Erzeugnis vorhanden, die die früher sehr zahlreichen Kleinmeister fast ganz verdrängt haben; die Ahlenschmiederei von Hand ist fast völlig ausgestorben. In den beiden Fabrikbetrieben sind neuzeitliche, meist selbstgebaute Sondermaschinen tätig, neben Fallhämmern, Schleif- und Poliermaschinen usw. Außer Ahlen, Brosten und Pfriemen in großer Verschiedenheit ist die Herstellung von gröberen Nadeln, Matrazen-, Sattler-, Pack-, Garnier-, Segelnadeln aufgenommen worden. Hiervon geht ein ganz erheblicher Teil ins Ausland; besonders war Rußland vor dem Krieg ein starker Abnehmer.

Seit etwa 150 Jahren tritt als Schmalkalder Artikel auch der Striegel auf. Wurde früher in einem in Schmalkalden selbst gelegenen »Blechhammer« das Rohmaterial, Eisenblech, hergestellt, so hat das natürlich schon längst durch die Ausgestaltung der großen Blechwalzwerke aufgehört. Waren vor 50 Jahren noch etwa 10 Kleinmeister auf Striegel tätig, so haben wir heute nur noch einen modern eingerichteten größeren Betrieb (etwa 60 Arbeiter) und eine Kleinwerkstätte. Die Sondermaschinen, in der Hauptsache Pressen, haben hier die Handarbeit völlig verdrängt. Auch Striegel gehen zum sehr großen Teil ins Ausland.

Ein erst seit etwa 50 Jahren in Schmalkalden hergestelltes Erzeugnis ist der Eßlöffel. Die Herstellung erfolgt in einem Großbetriebe (etwa 400 Arbeiter und Arbeiterinnen). Die Vielseitigkeit der Formen ist, da in alle Weltteile geliefert wird, natürlich ungeheuer. Neben die frühe rausschließlich gefertigten verzinnten Blechlöffel sind aus Martinstahl gewalzte Rundstiellöffel und seit rd. 10 Jahren Aluminium-, Alpacca- und versilberte Löffel getreten.

Haben die vorstehend aufgeführten Waren, dem Zug der Zeit folgend, sich von der früheren Handarbeit zu rationeller Maschinenarbeit emporgearbeitet, so ist ein anderer echt Schmalkalder Artikel, der in früheren Jahrhunderten hier eine große Rolle spielte, in dieser Beziehung zurückgeblieben:

Feilen und Raspen. Hierfür sind nur wenige kleine Betriebe vorhanden, die in der Hauptsache Schuhmacherraspen herstellen.

Die Industrie der Umgegend von Schmalkalden.

Werfen wir noch einen Blick auf die Industrien in den um Schmalkalden liegenden Orten!

Das oben bei Zangen schon erwähnte Steinbach-Hallenberg, ein landschaftlich wunderschön gelegener Marktflecken mit rd. 5000 Einwohnern, hat eine vielseitige Industrie, doch in der Hauptsache nur mittlere und kleine Betriebe, mit höchstens etwa 80 Arbeitern. Neben allen möglichen Arten Zangen (außer Beißzangen) werden hergestellt: Frisierscheren, Korkzieher, Dosenöffner, Gemüseschneider und andere Haushaltgegenstände. Außerdem ist eine gut eingerichtete Tempergießerei und eine Fabrik für Hufeisen (hauptsächlich Ochsenhufeisen) am Platze.

Die beiden nur 1 bis 3 km entfernten Orte Herges-Hallenberg und Unter- und Oberschönau fertigen fast dieselben Waren wie Steinbach.

Bei unserem geschichtlichen Rückblick am Anfang erwähnten wir das alte Brotterode, heute ein Marktflecken von etwa 3000 Einwohnern, am Fuß des bekannten »Thüringer Rigi«, des Inselbergs, gelegen. Seine Sonderheiten, Schnallen und Geschirrbeschlag, werden in zwei größeren und zahlreichen kleineren Betrieben hergestellt. Die Fertigstellung von Hand erfordert eine große Gewandtheit am Feuer. Die zwei größeren Betriebe arbeiten mit Sondermaschinen und autogener Schweißung.

Geschirrbeschlag und besonders Trensen liefert noch das idyllisch gelegene Seligenthal, ein Dorf rd. 3 km von Schmalkalden entfernt. In ihm und dem dicht dabei liegenden Dorf Floh finden wir außerdem zahlreiche Holzdrechsler, die besonders Werkzeughefte in großen Mengen herstellen. Hier herrscht auch noch ausschließlich die Handarbeit, allerdings unterstützt durch die jetzt ins kleinste Dorf geleitete elektrische Antriebkraft, die seit rd. 7 Jahren ein großes Überlandkraftwerk liefert, Breitungen, das der Thüringer Elektrizitätslieferungsgesellschaft gehört. Diese hat ein weitverzweigtes Netz über Westthüringen gespannt und versorgt neben Gotha und Eisenach auch Suhl, Zella-Mehlis und den ganzen Schmalkalder und Schleusinger Kreis.

Rohstoff- und Lohnverhältnisse des Schmalkalder Industriebezirks.

Weit abgelegen von allen Fundstätten der Kohle, hatte die Schmalkalder Industrie stets mit sehr hohen Preisen dieses unentbehrlichen Stoffes zu rechnen; ihr Wettbewerber, die rheinisch-westfälische Eisenindustrie, war darin, wie auch im Bezug der andern Rohstoffe, Eisen, Stahl, Bleche, Draht usw., ganz wesentlich günstiger gestellt. Einen Ausgleich schufen in früheren Zeiten die billigeren Arbeitslöhne Thüringens, sonst wäre es Thüringen in vielen Waren außerordentlich schwer geworden, den Wettbewerb mit Rheinland-Westfalen aufrecht zu erhalten. Diese Verhältnisse wurden aber für Schmalkalden immer schwieriger, als auch hier die Löhne stiegen und der schärfer werdende Wettbewerbkampf zu genauester Kalkulation zwang, wobei dann die durch teure Frachten belasteten Kohlen, Eisen, Stahl usw. das Ergebnis sehr zu ungunsten von Schmalkalden beeinflußten. Im Jahre 1911 richtete der Schmalkalder Fabrikantenverein eine dringende Eingabe an den

damaligen Handelsminister Sydow um Ermäßigung der Frachtsätze für Eisen, Kohle usw. Der Minister kam selbst nach Schmalkalden, unterrichtete sich genau über die Verhältnisse und stellte bestimmt die erbetene Ermäßigung in Aussicht. Leider machte aber der Finanzminister nachher einen Strich durch die Rechnung.

Heute haben sich die Verhältnisse völlig verschoben. Die Kohlenbewirtschaftung mit ihrer unzureichenden Zuteilung hat auch für Rheinland-Westfalen Schwierigkeiten und maßlose Verteuerung gebracht, so daß hierin kaum noch Unterschiede zwischen den beiden Gebieten bestehen. Die Arbeitslöhne sind allerdings auch auf eine Höhe getrieben, die der in anderen Industriebezirken nicht mehr viel nachgibt. Dazu hat die im Schmalkalder Bezirk herrschende radikale Richtung der Arbeiterschaft ihr Mögliches beigetragen — ob zum Segen der Arbeiter, das muß die Zukunft lehren! Der starke Druck der Arbeiterschaft hat aber auch erreicht, daß sich die Arbeitgeber ebenso straff zusammengeschlossen haben. Der im Jahre 1906 gegründete Fabrikantenverein der Schmalkalder Metallindustrie vereinigt jetzt lückenlos alle größeren und kleineren Fabrikanten Schmalkaldens; er ist selbst Ortsgruppe des Verbandes Thüringer Metallindustrieller in Erfurt und des Arbeitgeberverbandes von Schmalkalden und Umgebung.

Ist das Industriegebiet des Kreises Schmalkalden seinem Umfang und seiner Größe nach auch nicht zu vergleichen mit den großen Industriemittelpunkten von Rheinland, Westfalen, Sachsen, Schlesien, Berlin usw., so ist doch seine volkswirtschaftliche Bedeutung, besonders im Hinblick auf die nennenswerte Ausfuhr, nicht zu unterschätzen. Für den schaffenden Techniker und Ingenieur bietet dieses Industriegebiet sowohl hinsichtlich seiner Vergangenheit als auch im Ausblick auf seine Entwicklungsmöglichkeiten sehr viel Interessantes; denn gerade in der zuletzt genannten Hinsicht ist hier für den organisatorischen Ingenieur noch viel Neuland; aus manchem Thüringer Betrieb könnte der tüchtige, weitblickende moderne Techniker noch ganz Anderes herausholen als bisher.

[802]

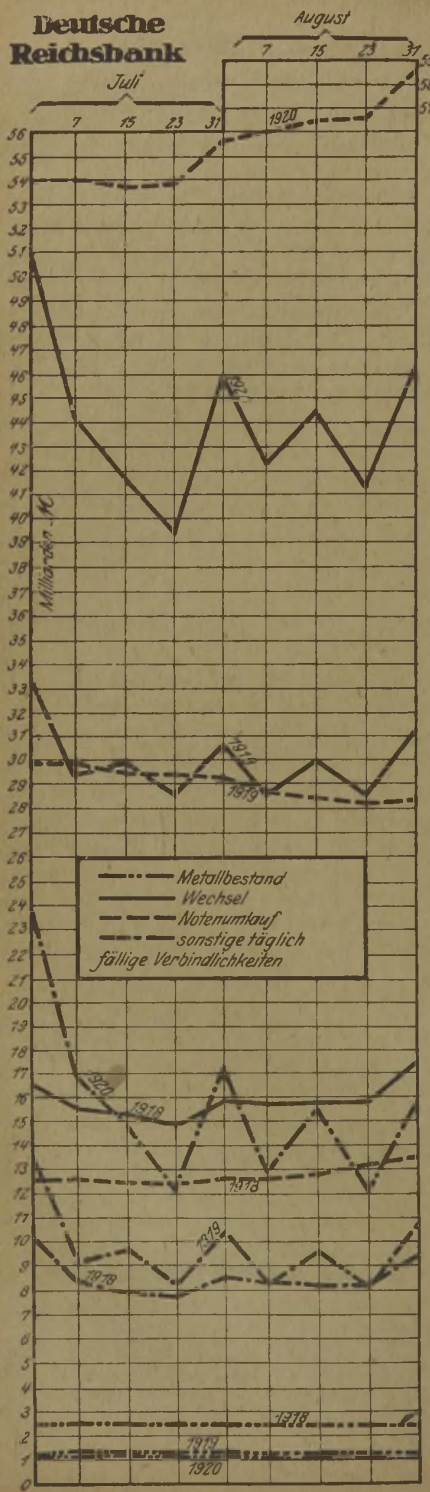
Berichtigung.

In dem Aufsatz von Dr. Karl Klein, Organisation und Verwaltung öffentlicher Unternehmungen, muß auf Seite 361, rechte Spalte, unten, bei § 63 als Ziff. 4 nachgetragen werden: »4., daß die Mitbenutzung für alle Einwohner nach festen, gleichmäßigen Grundsätzen geregelt sein muß und daß eine vorzugsweise Berücksichtigung Minderbemittelter zulässig ist.«

II. Der Geld- und Warenmarkt.

Diskontsätze der Notenbanken im Juli und August.

Die Diskontsätze der hauptsächlichsten europäischen Notenbanken haben im Juli und August keinerlei Veränderung erfahren. Anfang September bestanden folgende Diskontsätze: In Deutschland und Deutsch-Oesterreich, in der Schweiz, in Rumänien und Spanien 5 vH, in Italien und Portugal $5^1/_2$ vH, in Rußland und Dänemark $6^1/_2$ vH, in England, Schweden und Norwegen 7 vH in



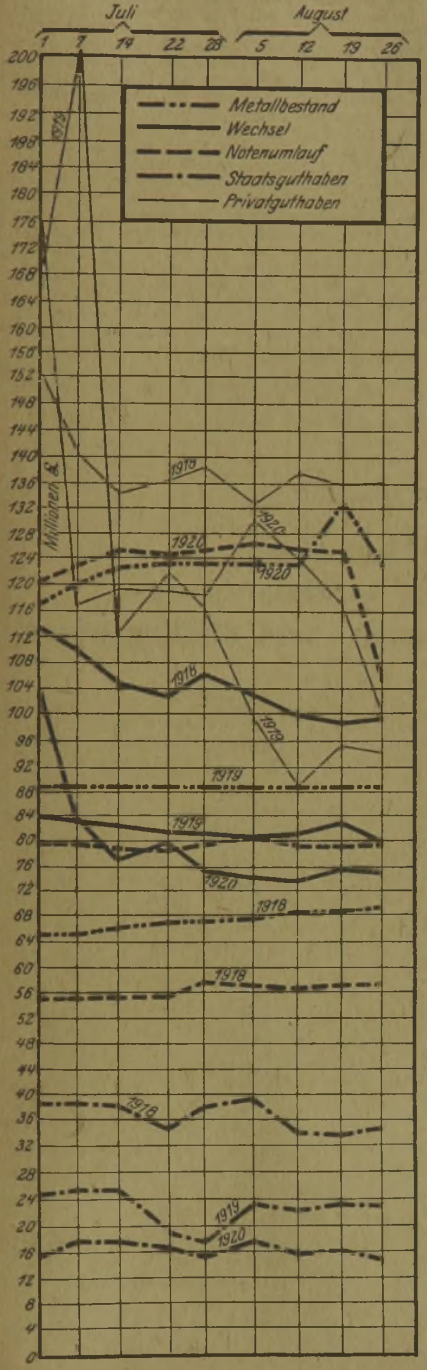
Finnland 8 vH. Die niedrigsten Diskontsätze herrschten in Belgien und in den Niederlanden mit $4^1/_2$ vH. In Deutschland hat der Privatdiskont im Juli und August, soweit er sich ermitteln ließ, sich auf etwa $4^1/_2$ vH gestellt, tägliches Geld auf etwa 4 bis $4^1/_4$ vH, während Ultimogeld zu etwa $4^1/_2$ vH erhältlich war. Auch im August haben noch Sätze von $4^1/_2$ vH und darunter geherrscht, während sich Ultimogeld auf 5 vH stellte. In London standen die Geldsätze wesentlich höher, im Juli bewegte sich der Privatdiskont zwischen $6^9/_{16}$ und $6^3/_4$ vH, im August auf $6^5/_8$ bis $6^3/_4$ vH, während tägliches Geld im Juli meist $4^1/_2$ bis 5 vH wertete, im August auf $5^1/_2$ bis 6 vH stieg und Ende des Monats auch an diesem Satz festhielt. In New York brachte tägliches Geld im Juli 6 bis 8 vH, zeitweise 10 bis 11 vH, im August 6 bis 7, Ende des Monats 9 bis 10 vH. In der Schweiz betrug der Satz für tägliches Geld $3^1/_2$ bis 4 vH, zeitweilig sank er auch unter 3 vH.

Reichsbank, Bank von England, Bank von Frankreich.

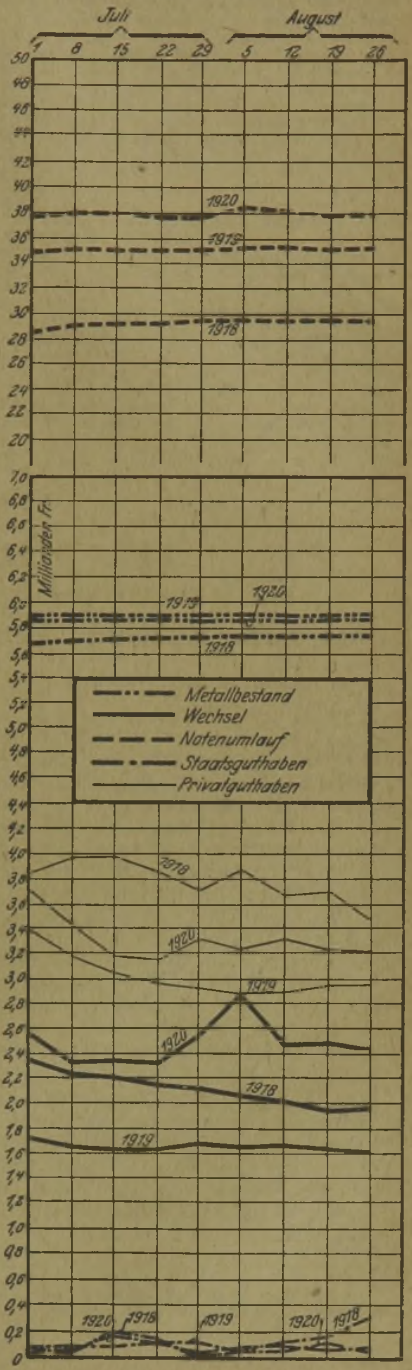
Der Stand der Deutschen Reichsbank hat sich während der ersten Juliwoche erheblich gekräftigt. Das Wechselkonto konnte sich, da der freie Markt für Schatzwechsel sich recht aufnahmefähig erwies, von 44 167 Mill. M (gegen 29 502 und 15 653 Mill. M in den Vorjahren), zu Julibeginn bis zur dritten Juliwoche auf 39 452 Mill. M (28 589 und 14 943) verringern, stieg dann aber in den letzten Juliwochen um über 6,6 Milliarden M auf 46 098 Mill. M (30 681 und 15 989). In der ersten Augustwoche ging das Wechselkonto auf 42 242 Mill. M (28 545 und 15 849) zurück und sank nach vorübergehender Erhöhung um Mitte August, wo der Wechselbestand über den von Anfang Juli hinausging, in der dritten Augustwoche auf 41 381 Mill. M (28 523 und 15 798), bis dann Ende August eine ebenfalls mächtig erhöhte Belastung der Kapitalanlage auf 46 379 Mill. M (31 246 und 17 674) eintrat. Der Bedarf an Zahlungsmitteln hat während der beiden Monate weiter eine höchst ungünstige Entwicklung genommen. So stellte sich der Notenumlauf Anfang Juli auf 50 045 Mill. M (29 817 und 12 569); er ermäßigte sich freilich in der zweiten Juliwoche auf 53 787 Mill. M (29 596 und 12 471), war aber Ende Juli bereits auf 55 769 Mill. M (29 269 und 12 704) gestiegen. Im August hat er dann dauernd zugenommen und betrug Ende des Monats 58 401 Mill. M (28 492 und 13 639). Der Umlauf an Darlehenskassenscheinen betrug Ende Juli 13 328 Mill. M, Ende August 13 266 Mill. M, während auf der Reichsbank Ende Juli 17 874 Mill. M (8824 und 1851), Ende August 18 642 Mill. M (8565 und 2172) Darlehenskassenscheine lagen. An papiernen Zahlungsmitteln haben wir mithin einen Rekordstand von etwa $71^1/_2$ Milliarden M erreicht! Die täglich fälligen Verbindlichkeiten betrugen Anfang Juli 16 940 Mill. M (9144 und 8320), sanken entsprechend der Abnahme der Wechselanlagen bis in die dritte Juliwoche hinein auf 12 298 Mill. M (8170 und 7752), erhöhten sich aber Ende Juli auf 17 782 Mill. M (10 362 und 8505). Nach mehrfachen vorübergehenden Schwankungen und starker Entlastung in der dritten Augustwoche auf 12 050 Mill. M (8120 und 8155) stiegen sie bis Ende August wieder auf 15 772 Mill. M (10 885 und 9432). Der Metallbestand zeigte wie in den Vormonaten keine wesentlichen Veränderungen, erfuhr aber doch geringfügige Steigerungen. So waren Anfang Juli 1095 Mill. M (1134 und 2467) vorhanden, Ende Juli 1098 Mill. M (1129 und 2468) und Ende August 1099 Mill. M (1123 und 2467).

Die Bank von England zeigte bis in die zweite Augustwoche hinein eine dauernde Entlastung des Wechselkontos. Es stellte sich Anfang Juli auf 103,19 Mill. £ (83,50 und 112,94), Anfang August 74,83 Mill. £ (80,49 und 103,11), Mitte

Bank von England.



Bank von Frankreich.



August 73,81 Mill. £ (81,22 und 100,19). Ende August war es wieder auf 75,88 Mill. £ (79,57 und 99,25) gestiegen. Die Barbestände haben sich während der beiden Monate zuerst schneller, dann langsamer erhöht, sie betrugen Anfang Juli 117,88 Mill. £ (88,57 und 65,33), Anfang August 123,11 Mill. £ (88,31 und 67,95). Ein vorübergehendes starkes Anwachsen der Barbestände in der dritten Augustwoche auf 133,08 Mill. £ (88,27 und 68,67) wurde von einem Herabsinken Ende August auf 123,03 Mill. £ (88,24 und 69,55) abgelöst. Der Notenumlauf hat sich im Juli von 120,06 Mill. £ (79,95 und 56,90) auf 125,37 Mill. £ (79,39 und 56,87) erhöht. Während des August ist er dauernd zurückgegangen und betrug Ende des Monats nur noch 104,89 Mill. £ (79,80 und 57,61). Die Staatsguthaben zeigten nur geringfügige Veränderungen, sie betrugen Anfang Juli 15,75 Mill. £ (24,56 und 38,18), in der ersten Augustwoche 17,46 Mill. £ (22,94 und 39,88) und waren Ende August auf 15,36 Mill. £ (23,26 und 34,92) zurückgegangen. Die Privatguthaben, die Anfang Juli sich auf 175,97 Mill. £ stellten (166,93 und 152,07), waren schon in der zweiten Juliwoche auf 117,04 Mill. £ (205,22 und 140,42) zurückgegangen, betrugen Anfang August 130,68 Mill. £ (99,85 und 132,76) und sanken dann Ende August auf 100,59 Mill. £ (94,92 und 136,11).

Bei der Bank von Frankreich zeigten die Metallbestände eine stetige Zunahme. Einem Stande von 5830 Mill. Fr (5834 und 5689) Anfang Juli entsprach ein Stand von 5837 Mill. Fr (5867 und 5719) Ende Juli und 5845 Mill. Fr (5869 und 5756) Ende August. Das Wechselkonto ermäßigte sich von 2543 Mill. Fr (1721 und 2343) Anfang Juli auf 2318 Mill. Fr (1620 und 2169) in der dritten Juliwoche, war Anfang August auf 2864 Mill. Fr (1665 und 2071) gestiegen, ging dann aber bis Ende des Monats auf 2403 Mill. Fr zurück. Der Notenumlauf sank unter vorübergehender leichter Steigerung im Juli von 37 763 Mill. Fr (34 753 und 28 592) auf 37 696 Mill. Fr (35 025 und 29 321). Ende August war ein Notenumlauf von 37 904 Mill. Fr (35 090 und 29 434) vorhanden. Die Staatsguthaben stiegen während der ersten Julihälfte von 45 Mill. Fr (57 und 55) auf 168 Mill. Fr (90 und 172), sanken dann aber weiter in der zweiten Hälfte des Juli und im August auf 57 Mill. Fr (87 und 68) und betrugen Ende des Monats 62 Mill. Fr (81 und 299). Die Privatguthaben sind während des Juli zunächst gesunken, nämlich von 3706 Mill. Fr (3374 und 3839) auf 3165 Mill. Fr (2952 und 3845), stiegen dann bis Mitte August auf 3319 Mill. Fr (2969 und 3716) und stellten sich Ende des Monats auf 3203 Mill. Fr (2977 und 3477). [903]

III. Mitteilungen

aus Literatur und Praxis; Buchbesprechungen.

Wissenschaftsbetrieb, Erziehungs- und Bildungswesen.

Staatliche Indexziffern.[1])

Endlich sind die seit langem geforderten und erwarteten Indexziffern für die Kosten der Lebenshaltung vom Statistischen Reichsamt bekanntgegeben worden. Sie erstrecken sich vorläufig auf die Monate Dezember 1919 und Februar bis April 1920, haben also bis auf weiteres nur einen Wert für eine recht stark rückblickende Betrachtung. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß es dem Statistischen Reichsamt mit der Zeit möglich wird, die Zahlen so rasch zu veröffentlichen (d. h. unmittelbar nach dem Ende des Berichtmonats), daß sie auch für den praktischen Gebrauch der Gegenwart verwertbar werden.

Die »Teuerungszahl« des Statistischen Reichsamtes ist der Preis in Pfennigen für die Kosten der Lebenshaltung einer Familie von fünf Köpfen (Mann, Frau und drei Kinder von 12, 7 und $1^1/_2$ Jahren), für die folgender Bedarf eingesetzt ist:

Lebensmittel:
- 47,0 kg Roggenbrot,
- 15,0 » Nährmittel (Mehl, Teigwaren, Haferflocken, Graupen, Hülsenfrüchte, Reis usw.),
- 70,0 » Kartoffeln,
- 30,0 » Gemüse,
- 3,0 » Fleisch,
- 1,5 » Speck,
- 4,0 » Fett,
- 1,5 » Salzheringe,
- 4,0 » Brotaufstrich,
- 8,0 » Mus- oder Kochäpfel,
- 3,5 » Zucker,
- 10 Stück Eier,
- 28 ltr Vollmilch,

Brennstoffe:
- 150 kg Steinkohlen oder 250 kg Braunkohlen oder 200 kg Braunkohlenbriketts oder 300 kg Torf oder 250 kg Brennholz oder 40 cbm Kochgas,

Leuchtstoffe:
- 15 cbm Leuchtgas oder 5 kWh Elektrizität oder 1 kg Kerzen oder 4 kg Karbid oder 7 ltr Petroleum,

[1]) Vergl. den Aufsatz „Indexziffern und Geldmeßzahlen“ von Dr. K. Sieber, T. u. W. 1920 S. 145.

Wohnung: Mietpreis für zwei Zimmer und Küche.

Von einer Einbeziehung der Kosten für Bekleidung (Kleider, Wäsche, Schuhe) ist abgesehen worden, weil infolge der unnormal hohen Preise für diese Dinge die große Masse in Deutschland gegenwärtig keine Anschaffungen darin machen kann, mithin auch nichts dafür ausgibt. Eine immmerhin etwas merkwürdige Anschauung über den Bedarf und seine Befriedigung!

Diese »Teuerungszahl« ist für alle Gemeinden von über 10000 Einwohner ermittelt, und für die einzelnen Orte so die Steigerung der Lebenskosten in dem Berichtzeitraum festgestellt worden. Die Zahlen betrugen z. B. für Berlin:

Dezember 1919	46 553
Februar 1920 .	64 774
März 1920 . .	89 388
April 1920 . .	91 338

Die Zunahme der Teuerungszahl von Februar bis April 1920 betrug

für Berlin	41,0 vH
» Frankfurt a. M. . .	33,9 »
» Kassel (Höchstzunahme im Reich)	62,1 »
» Rastenburg (Mindestzunahme im Reich)	5,9 »

Die Teuerungszahlen des Statistischen Reichsamtes können freilich ein durchaus zutreffendes Bild von dem tatsächlichen Stande der Lebenshaltungskosten nicht geben. In dem Rahmen der Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel hat die verschiedenartige Lebensmittelpolitik der einzelnen Gemeinden den Anteil an den in Betracht gezogenen Mengen, der durch (billige) Gemeindelieferungen gedeckt wurde, und den Restbetrag, der durch den teueren Schleichhandel gedeckt werden mußte, sehr verschiedenartig gestaltet. So entstehen z. B. in Berliner Vororten mit durchaus ähnlichen Lebensbedingungen Unterschiede von rd. 20 vH (Berlin-Friedenau 80 423, Berlin-Lankwitz 99 055), ebenso zeigt sich z. B. für Berlin-Steglitz eine Steigerung um 20 vH, für Berlin-Wilmersdorf eine solche von 30,4 vH gegen die in Berlin von 41 vH. Allein diese Beispiele zeigen deutlich, daß die vom Statistischen Reichsamt ermittelten Teuerungszahlen ein eindeutiges Bild von den wirklichen Lebenshaltungskosten noch nicht geben können. [911]

Die nächsten Aufgaben des Internationalen Wirtschaftskongresses.

Was gilt es zu tun, daß der Internationale Wirtschaftskongreß, der am 1. und 2. Mai in Frankfurt a/M. stattfand[1]) und dessen Verhandlungsbericht, herausgegeben von der Handelskammer Frankfurt a. M., soeben im Verlag Max Koebcke, Frankfurt a. M. erschienen ist, die Kraft gewinne, um nach den Worten des Vorsitzenden des Kongresses, Konsul Kotzenberg, »die Gemeinsamkeit der Weltwirtschaft« auf neuen Grundlagen erstehen zu lassen? Der geistige Urheber des Kongresses, Professor Dr. Trumpler, macht hierzu den außerordentlich begrüßenswerten Vorschlag, den Internationalen Kongreß zu einer ständigen Einrichtung auszugestalten. Trumplers Programm will die erste Tagung nicht zu einer vorübergehenden, einmaligen, in ihrer Wirkung naturgemäß bald verpuffenden Veranstaltung werden lassen, sondern den Grundstein zu einer dauernden internationalen Vereinigung der Kaufmannschaft legen. Denn der Kaufmann ist in erster Linie dazu berufen, seine internationalen Beziehungen in den Dienst des Völkerfriedens und der Versöhnung zu stellen. Man muß, wenn man sachlich urteilen will, zugeben, daß die Kaufmannschaft bisher dieser Aufgabe nicht gerecht geworden ist. Jedenfalls konnte der Kaufmann der einflußreichen Vereinigung, die sich die Arbeiterschaft in der internationalen Gewerkschaftskommission geschaffen hatte, keine ähnliche Vereinigung gegenüberstellen. Zwar bestand vor dem Krieg eine internationale Vereinigung der Handelskammern und kaufmännischen Vereinigungen, aber dies zarte Pflänzchen ist unter dem Drucke des Weltkrieges zugrunde gegangen.

Es ist nicht beabsichtigt, hier ein Gegenunternehmen ins Leben zu rufen, vielmehr soll versucht werden, Vorbereitungen zu treffen, um die früheren internationalen Vereinigungen wieder zusammenkommen zu lassen. Unter dem Namen »Internationaler Wirtschaftskongreß« soll eine neue Vereinigung der Kaufleute und der am Handelsverkehr beteiligten Personen aller Völker erstehen. Unter Ausschluß aller parteipolitischen Absichten soll

[1]) Vergl. T. u. W. 1920 S. 396.

deren Zweck vor allem sein, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Kaufleuten der verschiedenen Völker zu pflegen, Gegenstände von weltwirtschaftlichem Interesse auf den Tagungen zu behandeln und an der Errichtung eines dauernden Friedens zwischen den verschiedenen Völkern tatkräftig mitzuwirken. Ein ständiger Ausschuß wird die weiteren Vorbereitungen der neuen Organisation übernehmen, im Verein mit den Abgeordneten der führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands soll die Angelegenheit weiter bearbeitet und dann endgültige Vorschläge gemacht werden, um mit den Organisationen der verschiedenen Länder Fühlung zu nehmen. Die neue Vereinigung muß getragen sein von dem Gedanken, bei dem jeder Beteiligte nicht etwa mit halbem Herzen und bloß, um mit dabei gewesen zu sein, mitwirkt, sondern für den er sich mit seiner ganzen Persönlichkeit und mit seiner vollen Ueberzeugung einsetzen muß, dem Gedanken: Kampf gegen den wirtschaftlichen Imperialismus, Freiheit und Gleichberechtigung im Handelsverkehr. Wenn erst die Völker und ihre Leiter sich entschließen, die gegenseitigen Absperrungsmaßregeln fallen zu lassen, wenn sich die Völker für die Zukunft auf dem Fuße der Gleichberechtigung behandeln, dann wird die Einheitlichkeit der zusammengehörigen Wirtschaftsgebiete die Zerrissenheit der politischen Grenzen überwinden, und es wird möglich sein, dem Ideal eines dauernden Friedens näher zu kommen. Der neue Bund der internationalen Kaufmannschaft wird, indem er die wirtschaftliche Verständigung der Völker aufs Panier schreibt, selbst von unpolitischer Natur, der beste Schrittmacher für die politische Verständigung der Völker werden. Durch unmittelbare Verbindung mit der Kaufmannschaft der früher feindlichen Staaten läßt sich das Verständnis für die wirtschaftlichen Sorgen der Gegenwart unter Wahrung gegenseitigen Interessenausgleiches am zuverlässigsten fördern. So entsteht ein neuer Geist in der Wirtschaftspolitik, der den Gedanken zur Wirklichkeit werden läßt, der behauptet, die einzelnen Völker seien wirtschaftlich ebenso aufeinander angewiesen wie Käufer und Verkäufer, Kunde und Lieferer, Schuldner und Gläubiger fest miteinander verbunden sind auf Gedeihen und Verderb. Es gibt in der Weltwirtschaft unendlich viel mehr der Interessengleichheiten als der Gegensätze.

Im Grunde aller Verständigungs- und Versöhnungsbewegung setzt sich aber allmählich die Ueberzeugung durch von der großen wirtschaftlichen Gemeinschaft, die nicht auf den möglichst großen Nutzen des einzelnen Partners blickt, sondern das gemeinsame Wohl der Völker zu verwirklichen sucht. Beachtenswert bleibt, daß gerade wirtschaftliche Sorgen, die Sorge um die Erhaltung des nackten Lebens, anfangen, sich wie ein einigendes Band um die Länder zu schlingen. Sie bringen heute die Einsicht in die Macht eines Schicksals, dem kein Siegerwille befehlen kann, die Einsicht, daß an den Grundbedingungen des Daseins der Staaten und Völker eine sogenannte Entscheidung der Waffen nichts ändert. Der Weltkrieg hat das Haus der Menschheit erschüttert, hat Dächer und Mauern niedergeworfen. Es wäre gewiß lebhaft zu begrüßen, wenn die Kaufmannschaft voranginge, um ein neues Fundament der Wirtschaft, ein Fundament des Friedens in der Welt aufzubauen.

[881] Dr. Julius Luebeck, München.

Ein Forschungsinstitut für die deutsche Zementindustrie.

Der »Wissenschaftliche Ausschuß der gesamten deutschen Zementindustrie«, dem u. a. der Verein deutscher Eisenportlandzementwerke und der Verein deutscher Hochofenzementwerke angehören, hat kürzlich in Heidelberg die Errichtung eines Forschungsinstitutes für die Zementindustrie beschlossen. Zunächst soll eine Wärmestelle eingerichtet werden, der weitere Ausbau des Institutes soll in Fühlung mit hervorragenden Forschern, voraussichtlich auch mit der Zementmaschinenindustrie, erfolgen. Die deutsche Zementindustrie, deren technische Leiter fast ausnahmslos Akademiker sind, hat von jeher in wissenschaftlicher und technischer Beziehung die Führung in Anspruch nehmen können, namentlich ist die Aufstellung von Normen für die Prüfung von Portlandzement und anderen Zementarten für die ganze Welt vorbild-

lich gewesen. Während des Krieges hat die amerikanische Zementindustrie durch Schaffung einer ungemein reich ausgestatteten Forschungsanstalt in Washington einen gewissen Vorsprung erlangt; die Gründung einer ähnlich gearteten deutschen Anstalt wird zweifellos der deutschen Wissenschaft ihren alten, führenden Platz auf diesem Gebiete behaupten helfen. [913]

Wirtschaftswissenschaft und -politik.

Grundlagen der Volkswirtschaft in einer Stunde. Von F. Schmidt. (Nr. 24 der Zellenbücherei.) Leipzig 1920, Dürr & Weber. 94 S., in Papierband 5,50 M.

Es kann kaum für erlaubt gehalten werden, auf einem Buchtitel zu behaupten, man könne die Grundlagen einer Wissenschaft in einer Stunde erwerben oder auch nur lesen. Der Verfasser bezeichnet sein Werkchen als »ein Buch über die Wirtschaftskräfte und ihr Gleichgewicht«. Dabei soll aber nur »eine Volkswirtschaft der Jetztzeit, die keinerlei Beziehungen zum Auslande unterhält, in der auch Kredit und Spekulation nicht vorkommen«, der Betrachtung zugrunde gelegt werden. Was wir heute brauchen, wäre ein Ueberblick über die Wirtschaft, die alle Mittel der Darstellung heranzieht (Statistik und Graphik, insbesondere schematische Darstellungen). Genauer wird über folgende Einzelfragen gesprochen: Erzeugung der Güter und die wirtschaftlichen Grundlagen der Selbstkosten, Markt (Marktbildung), Nachfrage, Angebot, Kapital, Kapitalrente, Zins und Kapitalwert, Lohn, Unternehmergewinn, Technik, Arbeitsorganisation und Natur, Geld, Geldwert und Warenpreis, Gleichgewicht in der Wirtschaft (Wirkung des freien Marktes), Das Streben nach dem Gleichgewicht der wirtschaftlichen Kräfte, Das Verhältnis zwischen Preis, Lohn, Rente, Kapitalwert und Unternehmergewinn, Die Kehrseite der freien Wirtschaft, Sozialismus und Kommunismus, Das Gleichgewicht in der Wirtschaft der Zukunft.

Es ist nicht schwer, hier Lücken nachzuweisen: Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter, Arbeitsgemeinschaften, Genossenschaftswesen, um nur etwas anzuführen.

Es wäre für unser Volk in diesem Augenblick von unschätzbarem Werte, wenn etwa durch Zusammenarbeit von Volkswirten und von Technikern ein Buch geschaffen werden könnte, das über alle Hauptfragen der Volkswirtschaft eine sachliche Auskunft erteilt; ich kann aber wirklich ein Buch nicht empfehlen, in dem zu lesen ist (S. 61): »Als die Hauptaufgabe der Unternehmer ergibt sich, keine Waren zu erzeugen, deren Kosten höher sind als der Preis«. Es gibt für alle, die sich zu Führern berufen fühlen — und das darf bei jedem vorausgesetzt werden, der ein Buch schreibt — nur ein Ziel: unsere nationale Arbeit wieder zu der Geltung zu bringen, die sie vor sechs Jahren hatte; dazu müssen allerlei Opfer gebracht werden. Ich vermag auch nicht einzusehen, warum die Leistungen und die Höchstleistungen immer ihren Gegenwert in Geldwert finden müssen. Auch eine Bemerkung wie die folgende (S. 87): »Erst wenn wir von Streiks hören, die entbrennen, weil die Arbeitenden nicht genug im Dienste der Gesamtheit leisten dürfen, weil man ihre Arbeitszeit beschränkt, erst dann ist die Zeit des Sozialismus und Kommunismus gekommen«, hätte in einem Buche unterdrückt werden sollen, das den Anspruch erhebt, an der unendlich schwierigen Arbeit des Wiederaufbaues ernstlich mitzuwirken. Dafür genügt keineswegs die sachkundige Darstellung ausgewählter Kapitel, sondern es muß ein von Flüchtigkeit und Versehen — das Buch enthält mehr davon, als ich für unvermeidlich halten möchte — tunlichst frei gehaltener Ueberblick gegeben werden, dem auch für weitere Arbeit Literaturnachweise beizufügen wären.

[842] Dr. J. Hanauer, Berlin.

Grundsätze der Sozialisierung. Von Dr. Ludwig Stephinger, a. o. Prof. der Universität Tübingen. Tübingen 1919, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 131 S. Preis 4 M + 50 vH.

Die Verfasser der vielen seit der Revolution über Sozialismus, Sozialisierung

usw. erschienenen Bücher reden oft aneinander vorbei, da je nach der Orientierung die Begriffe sozial, Sozialismus und Sozialisierung verschieden ausgelegt werden. Manchmal macht man sich leider nicht einmal die Mühe, die Begriffe, »so wie man sie auffaßt«, genau zu umschreiben. Stephinger sucht in seinem Buch ähnlich wie in seinem »Wert und Geld« den höchsten Standpunkt, der sich für die Betrachtung finden läßt, zu gewinnen. Zunächst wird einmal die Wirtschaftslehre in das Gesamtbild der Wissenschaften eingereiht und ein System der Wirtschaftswissenschaft aufgestellt. Nach einer Besprechung der einzelnen Wirtschaftsarten werden — als Querschnitt — die Fragen noch einmal zusammengefaßt, die bei jeder Art des Wirtschaftens gestellt und beantwortet werden müssen. Besonders eingehend werden die für den Zweck des Buches wichtigen Begriffe »Unternehmer« und »Arbeiter« besprochen, und es wird eine genaue und eindeutige Umschreibung der beiden Begriffe gegeben.

»Unternehmer« ist der, der für eine Wirtschaftseinheit, für eine Volkswirtschaft oder die ganze Weltwirtschaft neue Werte schafft. Das ist das Hauptkennzeichen. Begriffsbestimmungen, die man sonst manchmal findet, daß der Unternehmer Kapital habe, daß er ein Wagnis trage, treffen nicht den Kern. Insbesondere ist durchaus nicht notwendig, daß ein Unternehmer Kapital besitze. Das Kapital, mit dem er wirtschaftet, braucht keineswegs sein Eigentum zu sein. Ebenso genügt die Tatsache eines Wagnisses durchaus nicht, um jemand zum Unternehmer zu machen. Wenn jemand bei wirtschaftlichen Handlungen viel wagt, so braucht er noch lange kein Unternehmer zu sein. Das Schaffen neuer Werte ist die Grundbedingung.

»Arbeiter« dagegen ist jeder, »der die Gedanken Anderer ausführt und ihnen seine Arbeitskraft zu diesem Zwecke leiht«. Der Arbeiter befindet sich dabei dem Unternehmer gegenüber durchaus auf derselben Stufe wie der Kapitalist.

»Der Arbeitslohn kann nicht das ganze Produkt umfassen, denn dann würde der Unternehmer seines Risikofonds für sich und seine Unternehmung beraubt. Es ist hier zu bedenken, daß der alte naturrechtliche Satz: Arbeit schafft Wert, nicht richtig ist. Die Arbeit schafft nur eine gewisse Wahrscheinlichkeit des Wertes, mehr als die Arbeit schafft schon das Wirtschaften, das heißt die Gegenüberstellung der durch die Arbeit beschafften Güter mit der Verwendung in einer Wirtschaftseinheit. Den eigentlichen wirtschaftlichen Wert schafft aber nur der Erfolg. Die Wechselfälle des Erfolges zu berechnen, im voraus zu übersehen und dann zu tragen, ist aber gerade Sache des Unternehmers.«

Der Verfasser gibt dann eine Darstellung des Sozialismus mit einer anschließenden Kritik der Lehre von Marx und genauen Bestimmungen der Begriffe »sozial«, »sozialistisch«, »Eigentum« und »Privateigentum«. Der Sozialismus ist ihm die Reaktion auf die Ueberspannung der konservativen Anschauungen, auf den Konservatismus. Der Sozialismus ist nur im Negieren als Kritik leistungsfähig und denkbar. Positiven Inhalt hat er nicht. Ein Hauptfehler liegt auch in der einseitigen Betrachtung der Tauschwirtschaft und der falschen Anschauung, daß es möglich sei, vom Konsum auszugehen. Je höher eine Volkswirtschaft steht, um so mehr ist die Produktion tonangebend. »Der Grundfehler des Sozialismus ist seine kategorische Fassung, die Behauptung einer notwendigen Entwicklung.« Soziale Wirtschaftspolitik hat Zweckmäßigkeit im Auge, das günstigste Verhältnis der Zwecke zu den Mitteln, jeder soll das Höchste leisten, das er kann. Die vom Sozialismus angestrebte vollständige Gleichheit auf einer Stufe ist zu verwerfen. »Der Sozialist denkt immer nur daran, was diejenigen leiden, die bei der Freiheit zu kurz kommen, aber nicht genug an diejenigen, deren freie Persönlichkeitsentfaltung durch Kommunismus und Zwang ruiniert wird«.

Nachdem so das Handwerkzeug, die Begriffe, vorher bereit gelegt ist, kann sich Stephinger in der Darstellung der Ziele und der Organe der Sozialisierung verhältnismäßig kurz fassen. Das entwickelte Programm kann man im wesentlichen als liberal bezeichnen. Das Manchestertum lehnt er scharf ab. Durch entsprechende Ausgestaltung des Erbrechtes, des Unterrichtswesens usw. müsse jedem die Möglichkeit gegeben werden, sich nach seinen Fähigkeiten und Anlagen zu betätigen, m. a. W.

seinen besten Wirkungsgrad zu erreichen. Das ist das Hauptziel. Wo Unternehmermöglichkeit nicht mehr besteht, soll man ruhig zur Genossenschaft, zur »Vergesellschaftung« schreiten, für die allerdings die Aufstellung bestimmter, in allen Fällen gültiger Normen abgelehnt wird. Die Prioritätsrenten haben zu verschwinden. Anderseits ist aber auch stets zu fragen, in jedem Falle und immer wieder, ob bei eingeführter Gemeinschaftsbewirtschaftung nicht der Zeitpunkt wiedergekommen ist, die Freiheit einzuführen, da Unternehmertätigkeit wieder möglich geworden ist. Das von Stephinger entworfene System der Wirtschaftsausschüsse ist letzten Endes der Reichswirtschaftsrat mit seinen Bezirkswirtschaftsräten, wobei besonderer Nachdruck auf die paritätische Zusammensetzung gelegt wird. Auch dem Staatsbetrieb sucht Stephinger gerecht zu werden. Er führt die Unterlegenheit des Staates darauf zurück, daß der Staat nicht selbst Unternehmer sein kann, weil er das Wagnis, das die Folge, nicht aber die Ursache der Unternehmertätigkeit ist, nicht tragen kann. Die Unterlegenheit darauf zurückzuführen, daß den Beamten Wagemut fehle, hält er für falsch. Er bemerkt sehr richtig, daß der Angestellte im Großbetriebe sich in nichts vom Staatsbeamten unterscheidet, während bei diesem umgekehrt in manchen Fällen viel Initiative zu finden sei.

In glänzender Weise wird im Schlußwort der Zusammenhang mit den großen Problemen wieder gewonnen. Das »System des Gleichgewichtes«, das der »Subjektismus« auf allen Gebieten, in der Politik nach innen und außen und in der Wirtschaft, hervorgerufen hatte, sei zusammengebrochen. Es müsse etwas Neues, Höheres und Besseres an seine Stelle gesetzt werden. »Weder Objektismus noch Subjektismus kann ausreichen, sondern allein die Erkenntnis, daß alles menschliche Streben gerichtet ist auf Zwecke und ausgeht von Mitteln; die Synthese dieser Mittel und Zwecke ist die Kultur«.

[895] Dipl.-Ing. Dr. Seyfert.

Sozialisierung oder Sozialismus? Eine kritische Betrachtung über Revolutionsideale von Dr. August Müller, Staatssekretär a. D. Berlin 1919, Ullstein & Co. 168 S. Preis 3 M.

Die Bezeichnung »kritische Betrachtung« ist vielleicht nicht ganz zutreffend für das Büchlein. Kritisiert wird zwar ziemlich viel, aber die Kritik bewegt sich doch an der Oberfläche. Der Verfasser faßt das Problem politisch an, ohne ihm aber — auch für die Zeit, in der das Buch geschrieben wurde — neue Seiten abzugewinnen. Die im Titel gestellte Frage wird dahin beantwortet, daß Sozialisierung sich zum Sozialismus verhalte »wie das Mittel zum Zweck, wie der Weg zum Ziel«. Das Buch ist ein Beweis dafür, wie richtig die Darstellung ist, die dem Sozialismus nur als Kritik eine Wirkung und eine Daseinsmöglichkeit zuerkennt. Fast auf jeder Seite muß Müller dies zugeben. Die deutsche Revolution nennt er die »ideenloseste Revolution« der Geschichte. Und er gesteht offen ein, daß die Sozialisten, als sie die Macht erreicht hatten, nichts damit anfangen konnten, weil sie eben nichts Positives hatten, sondern vorher nur im Einreißen und Negieren ihr Ziel sahen. Die Sozialisierung soll nach Müller vor allem eine gerechtere Verteilung der Einkommen herbeiführen, nicht aber öde Gleichmacherei. Diese Umgestaltung wäre nach Müllers Ansicht besser unter einer Regierung vor sich gegangen, die derjenigen, die kurz vor der Revolution bestand, ähnlich gewesen wäre.

Erfreulich ist das energische Eintreten für die »Unternehmer«, deren Ausschaltung Müller für katastrophal hält. Erfreulich ist die scharfe Ablehnung des Syndikalismus, der sich unter dem Deckmantel des Sozialismus breit macht. Müller hält diese Bestrebungen, die zu einer »Atomisierung« unserer Wirtschaft führen müssen, für außerordentlich gefährlich und für schlimmer als den Kapitalismus. Aber in welcher Richtung bewegen wir uns denn heute in Deutschland? so frage ich. Doch unzweifelhaft in gerader Richtung dem Syndikalismus zu. Es geht den sozialdemokratischen Führern wie dem Zauberlehrling. Man hämmert eben nicht umsonst 70 Jahre lang Gedankengänge in die Köpfe, die von diesen Köpfen nur halb verstanden werden können. Den Syndikalismus in seinen positiven Zielen, den versteht der einfache Arbeiter, der paßt ihm. Dem Ingenieur ist das Eintreten Müllers für Taylor und den mit diesem Namen zusammen-

hängenden Fragenkomplex wichtig und bekannt, ebenso seine Befürwortung der Arbeitsgemeinschaft. Den Reichswirtschaftsrat will er nicht völlig neben das politische Parlament stellen, sondern wegen der Unmöglichkeit, den Wirkungskreis und die Befugnisse genau abzugrenzen, die Oberleitung dem Reichstag überlassen.

[894] Dipl.-Ing. Dr. Seyfert.

Sozialisierung? Von Arnold Steinmann-Bucher. Berlin 1919, Leonhard Simion Nachf. 204 S. Preis 6 M.

Viele und angesehene Schriftsteller haben sich in der letzten Zeit darüber geäußert, was sie sich unter Sozialisierung denken und wieweit sie sie überhaupt und insbesondere im Augenblick für durchführbar halten. An dem Beispiel verschiedener Wirtschaftszweige wird gezeigt, wie das Bestreben, durch Zusammenfassung Arbeit zu sparen, die Rentabilität zu erhöhen, seit einigen Jahrzehnten Gestalt angenommen hat. Das inhaltreiche Buch gibt auf jeder Seite von einer großen Erfahrung Kenntnis. Da sich aber auf dem wirtschaftlichen Gebiete, auf dem man bis jetzt bewußte, nach Bedarf wiederholbare Versuche nicht angestellt hat, die Beurteilung der Vorgänge und die Schlußfolgerungen nach Weltanschauung und Temperament richten, so werden manche Sätze von manchen Lesern füglich bezweifelt werden (S. 37 unten: »Sie« — die sozialdemokratische Partei ist gemeint — »hat das Chaos geschaffen«). Und wer wollte zu entscheiden sich vermessen, ob die Massen — vor dem Kriege — verelendet waren; dabei kommen doch sehr viele subjektive Gründe in Betracht außer der Entwicklung der Lohnklassen-Einteilung! Die Entwicklung der Preise — Indexziffern — hätte mit angeführt werden müssen.

Die sehr lehrreichen Zusammenstellungen von Einkommenstatistiken sind gewiß von Bedeutung; es läßt sich aber nicht alles aus Zahlen erschließen: Die allgemeine Empörung gegen die Schieber wird durch die Empfindung hervorgerufen, daß diese Leute ein viel besseres Leben führen können als die große Masse des Volkes; dies gilt auch für die Empfindungen derjenigen, die sich ausrechnen können, daß bei gleichmäßiger Verteilung auf sie sehr wenig mehr kommen würde.

Es folgt dann eine Reihe von Aeußerungen bekannter sozialistischer Führer aller Richtungen über die Sozialisierung (S. 54 u. f., merkwürdigerweise sind die Eigennamen mehrfach unrichtig geschrieben). Sehr beachtenswert ist der Vorschlag: Errichtung von Seminarien für Sozialisierung und Uebungen an den Universitäten (S. 95).

Recht persönlich im guten Sinne wirken die Darlegungen (S. 101 u. f.), die die Entwicklung der Anschauungen des Verfassers geben, der sich als Anhänger einer zukünftigen Gemeinschaftsarbeit bezeichnet. Leider sind seine Ratschläge unbeachtet geblieben — wie andere auf andern Gebieten; daher muß heute mancher Sprung ins Dunkle gewagt werden. Steinmann-Bucher ist schon frühzeitig für eine Vertretung der schaffenden Stände eingetreten und hat von oben und von unten Anfeindung erfahren. Beachtenswert ist die kurze Literaturzusammenstellung S. 120 und 121. Weniger angenehm berühren die sehr scharfen Angriffe auf Walther Rathenau, dessen Vorschläge eingehend besprochen werden. Auf S. 152 wird auch die Errichtung und der Betrieb eigener »Musterfabrikationen« (!) erwähnt, von deren Verwirklichung man — leider — bis heute nichts gehört hat.

Die Schwierigkeit, um die es sich bei der Sozialisierung handelt, läßt sich gut als eine »Episode in dem ewigen Kampf zwischen der Selbstsucht und dem Trieb zur Vergesellschaftung, dieser ursprünglichsten Kraft der Menschenseele« kennzeichnen, und die praktische Politik muß das Gleichgewicht, das dem augenblicklichen — oder dem einer nahen Zukunft vermutlich entsprechenden — Entwicklungszustande entspricht, herstellen. Den Schluß des Buches bildet eine Würdigung der Planwirtschaft nach Moellendorff-Wissell und des Rätesystems, dessen Grundgedanken als »Teil des alten deutschen Verwaltungsrechtes, des Kammersystems, in seiner Anwendung auf die Vertretung der Berufsinteressen« angesprochen werden. Jedermann wird dem Vorschlage beipflichten, daß die Betriebsräte in der sorgfältigsten Weise für ihr verantwortungsvolles Amt vorbereitet werden müssen.

[811] Dr. J. Hanauer, Berlin.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. Der abschließende Bericht vom 31. Juli 1920 der neu einberufenen Sozialisierungs-Kommission ist nunmehr veröffentlicht worden[1]). Das wesentliche Ergebnis dieses Berichtes, der sich vorläufig nur auf den Kohlenbergbau beschränkt, sind zwei Vorschläge für eine Sozialisierung, von denen der »Vorschlag 1« als Meinungsäußerung der Mehrheit neben einer ausführlichen Begründung einen vollständig ausgearbeiteten Gesetzentwurf enthält, während der von einer Minderheit eingebrachte »Vorschlag 2« sich mit einer entsprechenden Erläuterung auf eine Anzahl von Leitsätzen beschränkt. Außer diesen beiden Vorschlägen liegen mehrere »Sondervoten« vor, in denen einzelne Mitglieder der Kommission ihre Sonderstellung wahren. Beide Vorschläge stimmen darin überein, daß »eine weitgehende Ausschaltung kapitalistischer Gewinne im Kohlenbergbau geboten ist«. Der »Vorschlag 1« sieht eine Ueberführung des Bergbaues auf ausschließlich gemeinwirtschaftliche Grundlage unter Ausschaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln gegen angemessene Entschädigung an die bisherigen Besitzer vor, der »Vorschlag 2« dagegen will das Privatkapital nicht ausschalten, um die Initiative der Unternehmer dem Kohlenbergbau zu erhalten.

In der Begründung des Vorschlages 1 wird zunächst ausgeführt, daß die Sozialisierung keineswegs gleichbedeutend sei mit der Beibehaltung oder Wiederaufrichtung der Zwangswirtschaft. Der Gegensatz sei nicht Freie oder Zwangswirtschaft, sondern kapitalistische oder sozialisierte Wirtschaft. Die Erfahrungen des letzten Jahres zeigen, daß die Organisationen, die das Kohlenwirtschaftsgesetz (vom 23. März 1919, Reichsgesetzblatt Seite 342) geschaffen hat, keine Sozialisierung bedeuten. Der Reichskohlenverband wirkt lediglich als eine Geschäftstelle der Syndikate, der Reichskohlenrat kann die Kohlenwirtschaft nicht unmittelbar beeinflussen; namentlich die Preisbildung liegt bei dem gegenwärtigen Zustande trotz der beabsichtigten Hemmungen praktisch vollständig in der Hand der Syndikate.

[1]) Im Wortlaut abgedruckt u. a. in Nr. 686 der Frankfurter Zeitung vom 16. September 1920.

Der in dem Vorschlag 1 enthaltene Gesetzentwurf für eine Deutsche Kohlengemeinschaft sieht deshalb als Organe für die deutsche Kohlenwirtschaft nur einen Reichskohlenrat und ein aus diesem hervorgehendes Reichskohlendirektorium vor. Der Reichskohlenrat soll aus 100 Mitgliedern bestehen, und zwar werden gewählt:

15 von den Leitern der Bergbaubezirke und der Betriebe,
25 von den Arbeitern der deutschen Kohlengemeinschaft,
10 von den Angestellten der deutschen Kohlengemeinschaft,
15 von den verbrauchenden Industrien,
10 von den letzten Verbrauchern,

außerdem werden bestellt:

je 5 sachverständige Mitglieder vom Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat,
15 allgemein technisch und wirtschaftlich erfahrene Mitglieder durch den Reichskanzler.

Die Mitgliedschaft im Reichskohlenrat soll 4 Jahre währen. Das Reichskohlendirektorium besteht aus 5 Mitgliedern (die nicht Mitglieder des Reichskohlenrates sein müssen), sie werden vom Reichskohlenrat auf fünf Jahre ernannt. Das Gesamtgebiet des deutschen Kohlenbergbaues (alle deutschen privaten und staatlichen Kohlenbergwerke — Steinkohle und Braunkohle — sowie die Betriebe für Herstellung von Briketts, für Verkokung und für Gewinnung von Nebenerzeugnissen unmittelbar im Werke) werden in etwa 20 örtlich und wirtschaftlich zusammenhängende Bezirke geteilt. Der Reichskohlenrat hat das Recht, den Kohlengroßhandel in gemeinwirtschaftlicher Form zu regeln. Lohn- und Arbeitsbedingungen werden zwischen dem Reichskohlendirektorium und den zuständigen Gewerkschaften vereinbart; die Bezahlung der Arbeiter und Angestellten besteht aus festen Bezügen und aus Prämien entsprechend den Leistungen. Die deutsche Kohlengemeinschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

Bei dem Vorschlag 2 ist »der Versuch gemacht, den Unternehmer zwar als verantwortlichen Aufseher und Beteiligten der Wirtschaft zu erhalten, ihm aber alle Monopolrechte und Aus-

sichten auf Differentialrenten, die Bestimmung des Preises und Gewinnes, die Leitung der gewerblichen Politik zu entziehen, seine Wirtschaft durchsichtig und kontrollierbar zu machen und seinen Besitz im Verlaufe eines gesetzlich festgesetzten Zeitraumes zugunsten der Gesellschaft zu enteignen«. Die Preisbildung geschieht durch den Reichskohlenrat, für den sich der Gestehungspreis aus den durchschnittlichen Selbstkosten aller Werke ergibt. Kein Werk hat das Recht, Betriebsgewinne zu erzielen, die gesamte Förderung wird dem Reichskohlenrat zu den Selbstkosten überlassen. Der Reichskohlenrat macht Verkaufzuschläge, die einen Gewinn ergeben, aus dem die Verzinsung und Rückzahlung der auf den Unternehmungen lastenden Schulden sowie die Verzinsung und Tilgung der vom Reichskohlenrat vorgenommenen oder genehmigten Investitionen gedeckt wird, ferner die Verzinsung für das in den Betrieben arbeitende verantwortliche Kapital, deren Höhe unter Berücksichtigung der bisherigen Rentabilität der einzelnen Betriebe festgelegt wird, endlich Prämienvergütungen für Mehrerzeugung und Erzeugungsverbillligung, die an Betriebe und Belegschaften gezahlt werden können. Betriebserweiterungen und Betriebsverbesserungen können vom Reichskohlenrat unter Hergabe der erforderlichen Mittel verlangt werden oder vom Unternehmer beantragt werden. Wenn sie vom Reichskohlenrat genehmigt werden, so kann er die Mittel zur Verfügung stellen, im anderen Falle kann der Betrieb die Aufwendung auf eigene Gefahr und Rechnung vornehmen. Wenn sie nachweislich Vorteile bringt, so kann der Betrieb eine Verzinsung und Tilgung und außerdem eine Prämienvergütung fordern.

Die Vorschläge werden zweifellos noch eine ausgedehnte Erörterung in der Oeffentlichkeit und in den Parlamenten hervorrufen. [916]

Industrie und Bergbau, Wasserwirtschaft, Landwirtschaft.

Säge-Industrie und Holzhandel in Bayern.

Säge-Industrie und Holzhandel haben in Bayern von jeher eine volkswirtschaftlich bedeutende Rolle gespielt.

Sie hatten im Kriege infolge des starken militärischen Bedarfs im ganzen gute Zeiten. Die vorhandenen großen Waldbestände Bayerns drängten der Verwertung zu. Lebhafte Nachfrage brachte dauernd steigende Preise. Im Herbst 1919 setzte eine besonders stürmische Aufwärtsentwicklung der Preise ein, wofür eine der Hauptursachen in den Preisüberbietungen norddeutscher Interessenten bei den Versteigerungen zu suchen ist Dazu trat das natürliche Streben aller interessierten Kreise, für ihre Erzeugung die Weltmarktpreise auf der Grundlage der dermaligen Valutaverhältnisse zu erreichen. Indes seit April d. Js. machte sich die eingetretene Geschäftsstille vor allem im Holzhandel und insbesondere in der Säge-Industrie außerordentlich bemerkbar Die Preise erfuhren einen sehr beträchtlichen Rückgang. Während noch vor 2 Monaten 1200 M für das Festmeter bezahlt wurden, sind die Preise heute auf 500 M gesunken. Wenn bis zum Kapp-Putsch bei den Rundholzversteigerungen ein gegenseitiges Ueberbieten der Käuferschaft zu beobachten war, so hat in der letzten Zeit die Kauflust so sehr nachgelassen, daß nur mehr Angebote gemacht werden, die 30 bis 50 vH unter den früheren Preisen liegen Gegenwärtig stockt der Absatz vollkommen, und auch weitgehende Preiszugeständnisse der Erzeuger vermögen die Verbraucher zu erheblichen Käufen nicht zu veranlassen. Allerdings konnte sich der Waldbesitz, an der Spitze die Staatsforstverwaltung, bisher noch nicht entschließen, der Marktlage Rechnung zu tragen und dementsprechend Holz zu wesentlich billigeren Preisen abzugeben, obwohl noch große Mengen Rundholz zum Verkauf bereit liegen. Gleichwohl, die Kundschaft hofft auf weiteren Preisabbau. Schon mußten in den meisten Betrieben Einschränkungen und Einstellungen vorgenommen werden. Die Ursachen des Preisrückganges sind vor allem auf die Valutasteigerung zurückzuführen. Die Preise waren in der stürmischen Entwicklung des Angleichens an die Welt-

marktpreise über das Ziel hinausgeschossen. Bei den hohen Preisen hörte der Inlandmarkt auf, für die Produktion noch aufnahmefähig zu sein. Die Wege ins Ausland aber sind seit dem Eintritt der Aufwärtsbewegung der Valuta gesperrt. So bildete sich auch im Holzhandel mehr und mehr eine Uebererzeugung an Ware, die weiter auf die Preise drückt. Wenn die Ausfuhr nicht wieder ganz erheblich einsetzen kann, sind weitere starke Rückschläge unvermeidlich und weitere Betriebseinschränkungen und -einstellungen die notwendige Folge. Dazu kommt, daß sich die Folgen der Kapitalknappheit in der Holz- und Säge-Industrie, die eine starke und rasch anwachsende Verschuldung dieser Industrie bei den Banken gezeitigt hat, heute noch nicht übersehen lassen. Die Lage wird hier noch dadurch erschwert, daß die Banken im Gegensatz zu früher in der Kreditgewährung an Holzhandel und Säge-Industrie sehr zurückhaltend geworden sind. Nur eine gesunde Ausfuhrpolitik kann der Säge-Industrie aus der heutigen schlechten wirtschaftlichen Lage helfen. Um aber die Ausfuhrmöglichkeiten zu steigern, ist es vor allem nötig, daß die noch immer zur Abgabe gelangende, 11½ vH betragende Reichsausfuhrgebühr baldigst in Wegfall kommt, damit die Ausfuhr der den inländischen Bedarf übersteigenden und bereitliegenden Schnittwaren verwirklicht und dem ausländischen Wettbewerb die Spitze geboten werden kann.

Neben Kohle und Kali wird gerade die Säge-Industrie und der Holzhandel künftighin für Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft von ganz besonderer Bedeutung sein. Es wird die Aufgabe einer großzügig geleiteten Wirtschafts- und Außenhandelspolitik sein, hier dem deutschen Kaufmann und der deutschen Ware die Absatzmöglichkeiten in der Weltwirtschaft wiederum zu bahnen, wozu nicht zuletzt tatkräftige staatliche Unterstützung in den Fragen der Wagengestellung im Inland wie in der Besorgung von Schiffsraum auf Wasserstraßen u. a. m. gehört. Leider scheint es aber hier noch sehr häufig bei den zuständigen Stellen am richtigen Verständnis zu fehlen.

Für die bayerische Möbelfabrikation kann das Jahr 1919 als ein Jahr der Hochkonjunktur angesehen werden, wenn auch die Verdienstmöglichkeiten infolge steigender Lohn- und Materialpreise nicht völlig der starken Beschäftigung entsprachen. Auch die Berichte aus der Provinz, z. B. von Firmen aus Altötting, besagen, daß trotz Steigerung der Holzpreise um das Zwanzigfache noch im März d. Js. kaum genügend Möbel hergestellt werden konnten. Die ungenügende Versorgung mit Leim, die auch in den letzten Monaten bei den sinkenden Holzpreisen und massenhaften Holzangeboten eher schlechter als besser geworden ist, hat die Produktion wesentlich behindert.

[880] Dr. J. Luebeck, München.

Ausbau bayerischer Wasserkräfte.

Der Deutsche Betonverein hielt am 16. September und den folgenden Tagen in München seine diesjährige Wanderversammlung ab. Nach Eröffnung der Tagung durch den Vorsitzenden des Vereines gedachte Reichsrat von Miller, der die Anwesenden im Neubau des Deutschen Museums willkommen hieß, der besonders wichtigen Aufgaben, die das Baugewerbe durch den Ausbau der Wasserkräfte, vor allem der Niederdruckkräfte zu lösen habe.

Die Reihe der fachwissenschaftlichen Vorträge eröffnete Dr.-Ing. Rümelin mit einem Bericht über den Ausbau der Mittleren Isar. Um eine restlose Auswertung der Wasserkräfte sicherzustellen, hatte man sich in Bayern entschlossen, so führte er aus, die ausbauwürdigen Flußgebiete in Bauabschnitte zu gliedern. Einen solchen Flußabschnitt bildet die Mittlere Isar; er liegt unterhalb Münchens und umfaßt eine Strecke von rd. 50 km. Das Gefälle wird in Seitenkanälen längs des Flußlaufes ausgenutzt, und zwar stellt die Anlage ein Tandemwerk dar, d. h. mehrere Kraftstufen stehen unter einheitlicher Leitung und Regelung. Das erste Kraftwerk befindet sich im Werkkanal 16 km unterhalb des oberen Wehrs und nützt 10 m Gefälle aus. Dann folgen weitere Werke mit 25 m, 25 m und 20 m Gefällausnützung in Abständen von 12, 6 und 8 km. Die ursprünglich in Aussicht genommenen Werke 4 und 5 wurden in eines zusammengelegt, da diese Anordnung

den Bedürfnissen des Bahnverkehrs, dem sie dienen sollen, besser entspricht. Die Anlage eines Speicherweihers am oberen Ende im Erdinger Moos sichert die Tagesspitzendeckung in weitgehendem Umfange. Zur Regelung der Wasserführung des Flußunterlaufes ist auch ein Ausgleichweiher am unteren Ende des Flußabschnittes angeordnet. Für den gesamten Bau werden etwa 750 000 cbm Beton benötigt, wovon 150 000 cbm auf die Krafthäuser, die übrigen auf die Wasserbauten entfallen. Zum Dichten und Glätten der Kanalsohle hat sich eine 20 cm starke Betonschicht als zweckmäßig erwiesen; fraglich ist jedoch noch, welches die zweckmäßigste Form der Bewehrung des Teiles der Kanalwände ist, der bei schwankendem Wasserstand häufig der Sonne, dem Frost usw. ausgesetzt ist.

Der Bau der Anlage wurde im Jahre 1918 von einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung begonnen; inzwischen ist das Werk verstaatlicht worden. Der gesamte Ausbau zerfällt in 10 Baulose, von denen bisher 6 vergeben sind.

Während das Mittlere Isarwerk als typische Niederdruckanlage anzusprechen ist, stellt das Walchenseewerk, über das Ministerialrat Freytag berichtete, eine ausgesprochene Hochdruckanlage dar. Das Gefälle zwischen Kochel- und Walchensee, das hier ausgenutzt wird, beträgt 195 m, die normale Wassermenge 12,5 cbm sekundlich, so daß sich eine Durchschnittsleistung von 23 000 PS ergibt. Das Wasser wird bei Urfeld dem Walchensee entnommen, gelangt in einem Stollen zu einem Wasserschloß und von da durch sechs Druckrohrleitungen mit einem mittleren Durchmesser von 2,20 m zum Kraftwerk am Kochelsee. Das Wasserschloß faßt 10 000 cbm und ermöglicht den Ausgleich von Spitzenbelastungen. Die Höchstleistung des Werkes wird mit 168 000 PS angegeben. An Maschinen sind für die Erzeugung der Bahnkraft vier Peltonräder, je zwei an einem Druckrohrstrang, die mit den Bahnkrafterzeugern gekuppelt sind, vorgesehen. Diese leisten je 18 000 PS Einphasenstrom von $16^2/_3$ Perioden und 10 000 V Spannung bei 250 Uml./min. Weiter sind 4 Einheiten zweiseitig ausgießender Francisturbinen mit liegender Welle, gekuppelt mit Drehstromerzeugern von je 24 600 PS Leistung und 10 000 V Spannung bei 500 Uml./min als Stromerzeuger für das Bayernwerk in Aussicht genommen.

Um den Wasserzufluß in den Walchensee zu erhöhen, werden durch einen offenen Kanal und einen 1550 m langen Stollen 10 bis 25 cbm/sk bei Krün aus der oberen Isar entnommen und über den Sachensee in den Walchensee, wo gleichfalls ein Kraftwerk geplant ist, geleitet. Der Ausfluß aus dem Kochelsee, die Loisach, wird vertieft; an ihrem Ende bei Beuerberg ist ein Loisach-Isar-Kanal mit einer weiteren Kraftwerkstufe, dem Pupplinger Werk, vorgesehen. Von den Arbeiten ist gegenwärtig etwa ein Drittel fertiggestellt. Bis 1922 hofft man den Betrieb aufnehmen zu können. Die Baukosten sollen rd. 230 Mill. M betragen.

Als letzter Redner auf der Tagung des Deutschen Betonvereins sprach Oberbaurat Dr.-Ing. Bosch über den Bau des Deutschen Museums und Einzelheiten seiner besonders schwierigen Gründung auf dem ungleichmäßigen Baugrunde der Isarinsel; im Anschluß an die Vorträge fanden Besichtigungen des Museumsneubaues, der Isarwerke und des Walchenseewerkes statt.

[919] Dr.-Ing. G. Sinner.

Die Entwicklung der Eisenpreise in Deutschland, England und den Vereinigten Staaten während des Krieges. Von Dr. A. Argelander. Düsseldorf 1919, Verlag Stahleisen m. b. H. 43 S. Groß-Oktav und 4 Zahlentafeln. Preis 5 M + 20 vH Zuschlag.

Die von Angelander in den letzten Jahrgängen von »Stahl und Eisen« veröffentlichten, wertvollen Studien über die Preisentwicklung von Eisen und Kohle sind hier in erweiterter, übersichtlicher Form zusammengestellt. Zunächst wird die Entwicklung der Preise — und zwar nicht allein die der Eisenpreise, sondern als ihre Grundlage auch die der Kohlenpreise — in den drei betrachteten Ländern getrennt verfolgt und in übersichtlichen Schaubildern dargestellt; in einem zweiten Teil werden die Preise (ebenfalls unter Verwendung von Schaubildern) in Vergleich gesetzt und die Gründe für die Verschiedenheit der Preisentwicklung aufgezeigt.

Während in allen drei Ländern gewisse gleichartige Einflüsse auf die Preisbildung einwirkten, wie die Aufhebung des Handelsverkehrs während des Krieges, der gesteigerte Bedarf an Kriegsmaterial und die Steigerung der Arbeitslöhne, sind naturgemäß zahlreiche andere Einflüsse in den verschiedenen Ländern sehr verschiedenartig gewesen. Dahin gehört das Vorhandensein von Roh- und Hilfstoffen, die Lage der Rohstoffgebiete, die Möglichkeit der Einfuhr von Rohstoffen, das Vorhandensein brauchbarer Betriebsanlagen, die Arbeiterverhältnisse, die Einschränkung der Erzeugung, die Versorgung durch die Verbündeten und Neutralen, die Transportverhältnisse, die gesteigerte Nachfrage und schließlich die Preispolitik der Unternehmer und der Regierungen. Namentlich das Verhältnis zwischen den Regierungen und der Eisenindustrie ist besonders ausführlich dargestellt und es wird der segensreiche Einfluß der deutschen Höchstpreispolitik im Verhältnis zu den großenteils weit über die deutschen hinausgehenden englischen und amerikanischen Preisen gezeigt.

Die Untersuchungen erstrecken sich bis in den Januar 1919.

[922] Sp.

Das Eisen in Rußland. Eisenerzvorkommen, Eisenerzförderung, Eisen- und Stahlerzeugung. Von Dr. Walter Weyrauch. (Tagesfragen der Auslandswirtschaft, herausgegeben vom Auswärtigen Amt. Heft 12.) Leipzig 1920, K. F. Köhler. 43 S. Preis geh. 3,60 M.

Die südrussische Eisenindustrie. Von Hugo Klein. Düsseldorf 1920, Verlag Stahleisen m. b. H. 82 S. Preis geh. 7,20 M.

So verdienstlich es ist, über die Wirtschaftsgrundlagen unsres großen östlichen Nachbars Kenntnis zu verbreiten, so bedauerlich ist es, wenn es in so wenig glücklicher Weise geschieht wie in dem Heft 12 der vom Auswärtigen Amte herausgegebenen »Tagesfragen der Auslandswirtschaft«. Der Inhalt der Schrift besteht zu gut Dreivierteln aus einer Aufzählung der in Rußland nachgewiesenen Eisenerzlagerstätten mit Angaben über geographische Lage, Ausdehnung, Charakter und mutmaßlichen Vorrat: alles Mitteilungen, die, durchweg der Fachliteratur älteren Datums entnommen, hier, meistens ohne den ernsthaften Versuch einer sachlichen Beurteilung, nach geographischen Gesichtspunkten aufgereiht sind. Unter den Erzvorräten spielen die »möglicherweise« vorhandenen die Hauptrolle. Eine Unterscheidung der Vorräte nach den sichtbar-wahrscheinlichen Vorräten und den nur vermuteten ist selbst in den Fällen, in denen sie von den Fachleuten längst vorgenommen ist, nicht beachtet worden. Bei dem, was über die Eisen- und Stahlgewinnung, über Brennstoff- und Verkehrsfragen gesagt ist, sind vielfach die erforderliche technische Sachkenntnis und das Verständnis für ihre Bedeutung bei einer Abhandlung von der Art der vorliegenden zu vermissen. Beispielsweise wird von Zentralrußland mit Bezug auf die Erzverhüttung gesagt: »Es fehlt gänzlich an Kohlen. Diese müssen vom Donezgebiet bezogen werden«. Nun gibt es in Mittelrußland tatsächlich eine wenn auch nicht gerade hervorragende Braunkohle, deren Abbau in den ersten Kriegsjahren sogar stark zugenommen hat. Daß zur Erzverhüttung vor allem ein brauchbarer Koks erforderlich ist, daß Kohle zwar als Braunkohle nicht fehlt, aber der nur aus einer bestimmten Steinkohlenart darstellbare Koks, scheint dem Verfasser nicht gegenwärtig gewesen zu sein. Die Zweige der Weiterverarbeitung sind völlig vernachlässigt. Nur ein paar kurze Zahlenreihen sprechen von der Eisen- und Stahlverarbeitung. Vom Eisenverbrauch und der Eisenwirtschaft Rußlands ist mit keinem Wort die Rede. Allenthalben sieht man, wie gefährlich und unnütz es ist, ohne die Kenntnis der technischen Grundwahrheiten und Zusammenhänge an die Bearbeitung von Themen wirtschaftlicher Natur heranzugehen.

In erfreulichem Gegensatz zu dieser sachlich und methodisch verunglückten Arbeit steht die Schrift von Hugo Klein »Die südrussische Eisenindustrie«. In ihrem Hauptteil gibt sie eine gute Uebersicht über die technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen südrussischen Hüttenwerke sowie über ihre Gesamterzeugung in den für den Vergleich sehr geeigneten Jahren 1913 und 1915; auch der Arbeiterfrage und der Einrichtungen der Arbeiterfürsorge wird gedacht. In den anderen Abschnitten gelangen die Verhältnisse

bis zum Kriege und die Einrichtungen der Revolution zur Behandlung. Auch auf die Zukunftsfrage der südrussischen Eisenindustrie wird eingegangen. Nur an wenigen Stellen decken sich Kleins Ausführungen mit den von ihm 1918 in der Zeitschrift »Stahl und Eisen« veröffentlichten Aufsätzen.

Ohne Zweifel wird das Büchlein seinen Zweck erfüllen, »dem deutschen Berg- und Hütteningenieur sowie dem deutschen Maschinenbauer eine Beschreibung dessen zu geben, was in Rußland . . . Menschenhände bisher geschaffen haben, um die toten Reichtümer in lebende Werte zu verwandeln«. Dazu ist der Verfasser mit seiner Eigenbeobachtung und fachmännischen Erfahrung, wie die Arbeit allenthalben deutlich erkennen läßt, die berufene Persönlichkeit. Ein besonderes Verdienst des Verfassers ist es, zum ersten Male in größerem Umfang die in Deutschland bisher viel zu wenig beachteten russischen Originalquellen herangezogen zu haben, welche in den Veröffentlichungen des Statistischen Bureaus in Charkow vorliegen, das dem Rat des Kongresses der südrussischen Bergwerksindustriellen angegliedert ist.

[824] Prof. Dr. Schuchart.

Der Niedergang der europäischen Zuckerindustrie.

Die europäische Zuckerindustrie ist in den letzten sechs Jahren auf rund ein Drittel, diejenige Deutschlands sogar noch tiefer herabgesunken.[1]) Deutschland, früher das erste Zuckerausfuhrland, ist zurzeit nicht imstande, seinen eigenen Bedarf zu decken. Die augenblicklichen Verhältnisse in Europa zeigt im Vergleich zu den Verhältnissen vor dem Kriege die folgende Zusammenstellung:

Die europäische Zuckererzeugung betrug:

	1913/14 Mill. t	1919/20 Mill. t
Deutschland	2,738	0,750
Oesterreich-Ungarn (Bereich der alten Monarchie)	1,688	0,585
Holland	0,231	0,238
Schweden	0,137	0,145
Dänemark	0,146	0,160
Belgien	0,229	0,127
Frankreich	0,781	0,175
Rußland (ehem. Kaiserreich)	1,688	0,350
andere Länder	0,543	0,300
zusammen	8,181	2,830

Deutschland hat seine Stellung als erstes Zuckerland der Welt jetzt an Kuba abgetreten, dessen Rohrzuckererzeugung in dem genannten Zeitraum von rund 2,6 Mill. t auf 4,5 Mill. t gestiegen ist. Neben wirtschaftspolitischen Gründen, die mit dem Krieg mittelbar oder unmittelbar zusammenhängen, kam als Ursache für den Rückgang des Zuckerrübenanbaues noch in Betracht die gewaltige Verteuerung der künstlichen Düngemittel, insbesondere der Stickstoffdüngemittel, die die Zuckerrübe in besonders großen Mengen braucht. Der sogenannte Friede von Versailles hat uns ferner zum Verzicht auf weite Teile Westpreußens mit der größten Zuckerrübenfabrik Culmsee, sowie der Provinz Posen gezwungen, in denen vorzugsweise Kartoffeln, Getreide und Zuckerrüben angepflanzt worden sind.

Eine Folge der gegenwärtigen Verhältnisse ist der Zusammenschluß von einigen süddeutschen Zuckerfabriken, und zwar Frankenthal, Waghäusel, Stuttgart und Heilbronn, die sich auf die Dauer von 50 Jahren finanziell unter einer gemeinsamen Oberleitung so vereinigt haben, daß sie ihre erzielten Gesamtgewinne nach einem bestimmten Quotenverhältnis teilen. Als Gründe sind nicht vorwiegend preispolitische Rücksichten angegeben, sondern die Absicht, den Rübenbau in Süddeutschland zu steigern, Hand in Hand mit der Landwirtschaft auf eine planmäßige Mehrerzeugung von Zuckerrüben zu arbeiten, die technische Vervollkommnung und wirtschaftliche Führung der Geschäfte in großzügiger Weise nach gemeinsamen Gesichtspunkten anzustreben, einen sparsamen Kohlenverbrauch zu ermöglichen, die Verteilung der Rohstoffe zweckmäßig durchzuführen und in späterer Zeit, wenn die Bedürfnisse des heimischen Marktes befriedrigt sein werden, eine gemeinsame Ausfuhrtätigkeit in die Wege zu leiten. [823]

Kampferanbau im Britischen Reich.

Die Erzeugung des Kampfers ist bisher fast ausschließlich japanisches Monopol gewesen. Der jährliche Welt-

[1]) Nach Julius Joeckle, Stuttgart, in „Industrie- und Handels-Zeitung“ vom 20. Mai 1920.

verbrauch an Kampfer wird auf ungefähr 4530 t geschätzt. Die Vorräte des im Handel befindlichen Kampfers kommen heute noch aus Formosa, wo die japanische Regierung die Kampferindustrie tatkräftig unterstützt. Neben Formosa steuern die chinesische Provinz Fukien, die japanischen Inseln Shikoku und Kiushiu, ferner Kochinchina, Sumatra, Java, Borneo zur Welterzeugung des Kampfers bei. Seit Jahrzehnten sind auch im Britischen Reich ernstliche Versuche mit dem Anbau von Kampfer gemacht worden. Der Baum wurde 1852 nach Ceylon eingeführt. Die Versuche zeigten, daß die Kultur der Bäume, aus denen der Kampfer gewonnen wird, in einer Höhe von 100 bis 2000 m über dem Meeresspiegel die günstigsten Ergebnisse aufwies, und daß die Ausbeute an festem Kampfer ungefähr 1,5 vH betrug. Die Unternehmungen in Ceylon haben jedoch kein greifbares Ergebnis für den Handel gebracht. Hingegen ist in Mauritius das Anwachsen des Kampferbaues zufriedenstellend. Allerdings liefern die Hölzer bei der Destillation ein Oel, das sich von dem üblichen Kampferöl unterscheidet. Versuche auf Trinidad ergaben ein sehr geringes Wachsen der Versuchspflanzen. Bessere Erfolge wurden in Dominika erzielt. Zusammenfassend darf gesagt werden, daß man die Möglichkeit einer erfolgreichen Kampferkultur im Britischen Reich nicht von der Hand weisen darf, zumal die gegenwärtigen hohen Preise für Rohkampfer und die ständige Abnahme der japanischen Wälder zu weiteren Versuchen anregen.

»Industrie- und Handels-Zeitung«.

[822]

Technik und Landwirtschaft. Ingenieur-Aufgaben der nächsten Zukunft. Von Dr. Wilhelm Büsselberg mit einem Vorwort von Geh. Regierungsrat W. Franz. Berlin 1920, Paul Parey. 116 S. Preis 5 M.

Der Techniker soll Wege suchen, die eingeschlagen werden müssen, um die Produktion der Landwirtschaft zur Unabhängigmachung vom Auslande zu steigern und dem Landmann durch Schaffung geeigneter Maschinen oder sonstiger Anlagen seine Arbeit zu erleichtern. Auch kleinere landwirtschaftliche Betriebe sollen, wie im gewerblichen Leben, trotz ihres bedeutend kleineren Umsatzes alle Hilfsmittel benutzen, um Hand- und Gespannarbeiten auszuschalten. Es müssen also geeignete Vorrichtungen getroffen werden, die das Mißtrauen des Landmannes gegen alles, was Maschine heißt, beseitigen helfen und ihm beweisen, daß das Hängenbleiben an alten Einrichtungen seinen Betrieb unwirtschaftlich gestalten muß. Schon bei den einfachsten Gerätschaften sollen, wo erforderlich, Aenderungen zwecks Anpassung an die jeweils auszuführenden Arbeiten vorgenommen und dadurch in gewissem Sinne das Taylorsystem auch bei landwirtschaftlichen Arbeiten eingeführt werden, ferner soll der Bau von Maschinen und sonstigen Einrichtungen in demselben Sinne sich ebenfalls möglichst allen vorliegenden Bedürfnissen anpassen, damit es in der Landwirtschaft nicht immer so bleibt, wie es bisher gewesen ist.

Zur Erkennung dieser Aufgaben sind landwirtschaftliche Vorgänge bei der Bodenbestellung, Ernte, Viehzucht, bei Häuserbau, gewerblichen Anlagen usw. erklärend geschildert. Das Buch gibt nicht unmittelbar an, was von Seiten des Technikers zu geschehen hat, sondern überläßt ihm, aus der Fülle des Stoffes zu prüfen, wo der Hebel angesetzt werden kann.

Weitere Abschnitte des Werkes behandeln die Punkte, die zur Erzielung einer Wirtschaftlichkeit zu beachten sind, und leiten dann über zu finanziell- und juristisch-landwirtschaftlichen Abhandlungen, um mit einer Betrachtung über die dringende Siedlungsfrage zu schließen.

Das Buch kann allen Technikern der verschiedensten Gebiete empfohlen werden, wie das auch Geh. Regierungsrat Prof. Franz in seinem Vorwort in klarer Erkenntnis der Aufgaben zum Ausdruck bringt.

[905] Petri.

Handel und Verkehr, Geldwesen.

Der deutsche Außenhandel 1919/1920.

Das »Berliner Tageblatt«[1]) veröffentlicht die bisher von den Behörden geheimgehaltenen Zahlen über den Wert der deutschen Ein- und Ausfuhr; die Bekanntgabe dieser Zahlen, die in weiten Kreisen längst immer dringender gefordert worden war, ist sehr zu begrüßen, da sie höchst wertvolle Schlüsse über die Entwicklung unseres Außenhandels überhaupt und im Zusammenhang damit über die Lebenskraft unserer Volkswirtschaft und die Gestaltung unseres Finanzwesens ermöglicht.

	Einfuhr	Ausfuhr einschl. der Wiedergutmachung	— Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr + Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr
1919	Mill. M	Mill. M	Mill. M
Januar . .	397	161	— 236
Februar .	408	195	— 213
März . . .	440	292	— 148
April . . .	626	270	— 356
Mai . . .	1 468	251	— 1 217
Juni . . .	2 688	406	— 2 282
Juli . . .	3 538	570	— 2 968
August . .	3 817	735	— 3 082
September .	4 191	790	— 3 401
Oktober .	5 179	1 089	— 4 090
November .	4 446	1 284	— 3 162
Dezember .	5 178	4 014	— 1 164
Summe	32 376	10 057	— 22 319
1920			
Januar . .	6 560	3 219	— 3 341
Februar . .	5 932	4 262	— 1 670
März . .	5 683	4 216	— 1 467
April . .	4 768	5 344	+ 576
Mai . . .	5 537	6 647	+ 1 110

Die Ergebnisse der folgenden Monate sind noch nicht festgestellt. [918]

Wiederaufbau und Förderung des deutschen Außenhandels. Von Dr. Alfred Zimmermann, Legationsrat a. D. (Nr. 309 der »Volkswirtschaftlichen Zeitfragen« der volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin.) Berlin 1920, Leonhard Simion Nf. 32 S. Preis 2,50 M.

Solange unser Wirtschaftsleben keine Stetigkeit der Entwicklung aufweist und jeder Tag dem Wirtschaftler neue Ueberraschungen bringt, solange wird auch trotz des besten Willens von einem planmäßigen Wiederaufbau des deutschen Außenhandels und seiner Organisation nicht die Rede sein können. Unter diesen Umständen ist es anzuerkennen, daß die Reichsregierung trotz aller Erschütterungen und Nöte ohne Rücksicht auf ihre Zusammensetzung den Fragen der amtlichen Außenhandelsförderung nicht nur guten Willen sondern auch ein zweifellos ernstes Interesse entgegengebracht hat. Man hat mit veralteten Auffassungen aufgeräumt und ist eifrig dabei, für den neuen Geist neue Formen zu finden. Das ist unter den derzeitigen politischen und wirtschaftlichen, äußeren und inneren Verhältnissen gerade an dieser Stelle der Reichsverwaltung eine außerordentlich schwere Aufgabe. Daß bei den ersten Versuchen, geeignete Lösungen zu finden, gelegentlich danebengegriffen wurde, daß es nicht leicht ist, die richtigen Leute zu finden und an die richtige Stelle zu bringen und die, welche sich von der Ueberlieferung nicht befreien können, auszuschalten, das ist unbestreitbar. Daß es anderseits heute unerwünscht ist, mit den Plänen und Einrichtungen der Umgestaltung und des Ausbaues unseres wirtschaftlichen Außendienstes die breite Oeffentlichkeit allzu ausgiebig zu beschäftigen, dürfte keiner Begründung bedürfen.

Diese grundsätzlichen Voraussetzungen sind von dem Verfasser der Schrift in ihrer Bedeutung nicht so gewürdigt worden, wie man es hätte erwarten müssen. Heute sind wir uns über das, was zur Verbesserung unseres amtlichen Außenwirtschaftsdienstes zu geschehen hat und mit bescheidenen Mitteln billigerweise erreicht werden kann, wesentlich klarer als in den Jahren vor dem Kriege. Es ist auch schon manches besser geworden, z. B. auf dem Gebiete des für die Aufnahme des Warenaustausches mit dem Auslande so außerordentlich wichtigen aktuellen Wirtschaftsnachrichtendienstes. Kein Kenner wird bestreiten, daß es auch hier noch viel zu bessern gibt. So z. B. sollte eine amtliche Stelle im allgemeinen vermeiden, sich mit Dingen zu befassen,

[1]) Nr. 454 vom 26. 9. 20. Die Zahlen sind der amtlichen Denkschrift für die Konferenz in Brüssel entnommen.

die von privaten Stellen besser geleistet werden können. Es wäre manches gewonnen, wenn in dieser Hinsicht etwas gebremst würde und etwas mehr auf Zusammenarbeit mit den privaten Veranstaltungen auf diesem Gebiete vom Schlage des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel, des Deutschen Ueberseedienstes in Berlin und anderer gearbeitet würde, Unternehmen, die trotz des amtlichen Nachrichtendienstes bisher keineswegs entbehrlich geworden sind.

Der Verfasser will an dem, was noch mitten im Werden ist, Kritik üben. Dabei schöpft er zum wesentlichen Teile aus der nicht gerade rühmlichen Vergangenheit des amtlichen Wirtschaftsdienstes im Ausland und aus seinen persönlichen Erfahrungen. Was dabei zu Tage kommt, bietet kaum etwas Neues gegenüber dem, was an anderen Stellen der einschlägigen Literatur — oft besser und glücklicher — nachgewiesen wurde. Der Verfasser übersieht, daß die Grundfragen der amtlichen Außenhandelsförderung heute bei uns nach der praktischen und politischen Seite hin in der Hauptsache als geklärt gelten können. Sollten wir nicht lieber unseren Blick nach vorwärts richten, statt uns mit heute unfruchtbarer geschichtlicher Rückschau zu belasten?

[887] Prof. Dr. Th. Schuchart.

Die Organisationsbestrebungen in Stabeisen-Fabrikation und Stabeisen-Handel, ihre Bedeutung für die Gesamtorganisation der Eisenindustrie. Von Dr. W. Adler. (Heft 6 der Sammlung »Moderne Wirtschaftsgestaltungen«, herausgegeben von Kurt Wiedenfeld.) Bonn 1920, A. Marcus & E. Webers Verlag (A. Ahn). 146 Seiten. Preis geh. 10 M.

Die vorliegende Abhandlung gibt in der Hauptsache eine geschichtliche Uebersicht über die zahlreichen, immer aufs Neue wiederholten Versuche zur Darstellung der Erzeugung und des Vertriebes der geradezu zahllosen, unter den Begriff »Stabeisen« fallenden Produkte der deutschen Eisenindustrie. Das hierauf bezügliche, in der Fachliteratur und in der Tagespresse weit verstreute Material ist mit anerkennenswertem Fleiß gesammelt und übersichtlich geordnet, wenngleich man im ganzen Verlauf der Darstellung immer wieder den Eindruck gewinnt, daß hier nicht ein technisch gebildeter und durch eigene Erfahrung geschulter Fachmann an der Arbeit war. Aus diesem Grunde konnte es dem Verfasser auch nicht gelingen, die inneren Zusammenhänge zwischen der technischen Entwicklung der deutschen Eisenindustrie in den letzten dreißig Jahren und der allerdings hochwichtigen Frage der Stabeisen-Kartellierung zu erkennen und hieraus das Mißlingen aller bisherigen Kartellierungsversuche zu erklären. Die gewaltige Ausdehnung des Thomas-Verfahrens und der Bau großer Hüttenwerke inmitten des uns nunmehr entrissenen Minette-Reviers mit ihrer riesig gesteigerten Leistungsfähigkeit waren die hauptsächlichen Ursachen der fortgesetzten Streitigkeiten in der Quotenfrage, denen gegenüber persönliche Auffassung und beschränkte Anmaßung einzelner Großindustrieller kaum in Betracht kommen. Deshalb konnte es auch zu nichts führen, daß man immer wieder in Anlehnung an die früher bestehenden Stabeisenkartelle deren Mängel durch an sich ganz verständige Verbesserungsvorschläge zu vermeiden und neue Kartellformen vorzubereiten suchte. Der Kernpunkt der ganzen Frage wurde damit nicht erfaßt. Nachdem es dem Stahlwerks-Verband in sechzehnjähriger Tätigkeit nicht gelungen war, sich zu dem von allen Sachkundigen herbeigewünschten allgemeinen Eisenkartell zu entwickeln, und auch der deutsche Stahlbund dieses Ziel nicht erreicht hat, war die Absonderung des Stabeisens von den im Stahlwerks-Verbande syndizierten Erzeugnissen A immer noch der verhältnismäßig am besten gangbare Weg zur Anpassung der Produktion an den jeweiligen Bedarf. In der Zeit nach dem Kriege haben sich nun die Verhältnisse infolge des Verlustes des wichtigsten Erzreviers und der Kohlennot unter gleichzeitiger wesentlicher Verschlechterung der Kohlenqualität ganz bedeutend geändert, da jetzt bei der auf einen Bruchteil der früheren Leistungsfähigkeit gesunkenen Produktion bei weitem nicht einmal der dringende Inlandbedarf gedeckt werden kann und die geringe Ausfuhr nur der Er-

langung ausländischer Devisen dient. Da die Kohlennot ebenso wie der durch die riesige Kohlensteuer wesentlich erhöhte Kohlenpreis in absehbarer Zeit schwerlich zu beseitigen sein wird, so würde es unter Voraussetzung innerer Ruhe im Lande und einigermaßen geordneter Arbeiterverhältnisse wohl möglich gewesen sein, das allgemeine deutsche Eisenkartell auf eine Reihe von Jahren zu begründen, wenn nicht der durch gesetzlichen Eingriff zwangsweise geschaffene Eisenwirtschaftsbund unerwartet dazwischen getreten wäre. Erst wenn dieses überaus mangelhafte Gemeinwirtschaftsgebilde durch die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse wieder beseitigt sein wird und die freie Initiative der Eisenerzeuger erneut in ihre Rechte tritt, kann der Gedanke des streng geschlossenen allgemeinen Eisenkartells verwirklicht werden, da in den Zeiten der Kohlennot umfangreiche Neuanlagen ohnehin ausgeschlossen sind und unter Umständen im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse durch die staatliche Regelung der Kohlenverteilung verhindert werden können. Der fortgesetzt erweiterte Zusammenschluß großer Eisenkonzerne wird diese Entwicklung nur begünstigen.

Alle diese Dinge konnte der Verfasser selbstverständlich nicht voraussehen, er hat nur das vorhandene Material zur Frage des Stabeisenkartells zusammengetragen und sich daraus die Meinung gebildet, daß Eisenerzeuger und Eisenhändler an der Bildung eines Stabeisenkartells unter Vermeidung der Fehler der älteren Verbände besonders deshalb interessiert seien, weil sie dann der Sorge um den Absatz der Erzeugnisse überhoben wären. Diese Meinung ist aber, da die bloße Existenz eines Syndikats auf die Dauer gar nichts bedeutet, durchaus nicht zutreffend, sie beweist nur, daß wirtschaftliche Untersuchungen auch dann nicht ohne weiteres ein maßgebliches Ergebnis liefern, wenn sie in wissenschaftlichem Gewande auftreten. Es ist immer bedenklich, in volkswirtschaftlichen Seminaren solche Stoffe bearbeiten zu lassen, die ohne technische Vorbildung und eigene industrielle Erfahrung nicht zutreffend beurteilt werden können. Zwischen dem Zusammentragen von Material und von Meinungen einzelner Industrieller und ernster Wirtschaftswissenschaft besteht denn doch ein sehr wesentlicher Unterschied.

[909] J. Kollmann, Darmstadt.

Weltwirtschaft.

Frankreich.

Der Wirtschaftslage Frankreichs schenkt unsere Öffentlichkeit leider nicht die Aufmerksamkeit, die sie dafür haben sollte. Was wir hören, sind die Äußerungen Millerands und der übrigen Staatsmänner und die Kommentare einiger Tageszeitungen zu politischen Fragen. Die Nachrichten über die industrielle Lage des Landes sind dürftig und widerspruchsvoll. Das ist um so mehr zu bedauern, als dadurch eine Verständigung zwischen den beiden Ländern, die im Gemeininteresse Europas kommen muß, besonders erschwert wird; freilich läßt die zurzeit noch immer herrschende, maßlos gesteigerte imperialistische Strömung jenseits der Vogesen eine baldige Verständigung wenig wahrscheinlich erscheinen, zumal auch innerhalb der französischen Arbeiterschaft chauvinistische Regungen nicht fehlen, wie die internationalen Arbeiterkongresse in Genf gezeigt haben.

Für uns in Deutschland ist der Stand des Wiederaufbaues von Nordfrankreich und die Gestaltung der dortigen Kohlenversorgung vor allem bedeutsam. Im Kriegsgebiet war der Sitz der wichtigsten Industriezweige, der Mittelpunkt der Kohlenförderung. Und wenn es auch der französischen Technik während des Krieges gelungen ist, im Centre einen neuen Industriebezirk für die metallurgischen Gewerbe zu schaffen und an der atlantischen Küste Bergwerke zu betreiben, so verlieren die nordfranzösischen Produktionsstätten dadurch nicht an Bedeutung. Im ersten Jahre nach Beendigung der Kriegshandlungen wurde im

Wiederaufbau wenig geleistet. Als vor Jahresfrist in Lyon auf Veranlassung von Edouard Herriot der erste französische Kongreß für Wohnnngsfürsorge abgehalten wurde, mußte man zugeben, daß für den Wiederaufbau überhaupt kein einheitlicher Organisationsplan vorlag. Wohl hatten sich hier und da Interessengemeinschaften von Unternehmern unter teilweiser Beteiligung des Staates und der großen Finanzinstitute gebildet, aber großzügige Arbeit ist nicht geleistet worden. Auf dem Kongreß wurden zahlreiche Vorschläge gemacht, die sich einmal auf siedlungstechnischem Gebiet bewegten, dann aber auch die Einführung des Taylor-Systems bei den Wiederherstellungsarbeiten, die Förderung der Arbeiter- und Lehrlingsausbildung u. a. zum Ziel hatten. In der Tat hatten die Verhandlungen das Ergebnis, daß man in den amtlichen Stellen mit erhöhtem Eifer an die Arbeit ging.

Nach einer Veröffentlichung des französischen Finanzministeriums waren bis zum 25. Juni 1920 etwa 20 Milliarden Fr. für die Wiederaufbauarbeiten ausgegeben worden, die sich auf folgende Posten verteilten:

Unterstützung der Bevölkerung	4692 Mill. Fr.
Zahlungen an Departements, Gemeinden und öffentliche Anstalten .	1780 » »
Eigentliche Wiederherstellungsarbeiten . .	9308 » »
Verwaltungsausgaben .	4372 » »

Die Höhe der Verwaltungsausgaben, die 27,8 vH der für die unmittelbare Produktion aufgewandten Mittel ausmachen, sind vielfach und mit Recht gerügt worden. Immerhin darf man nicht übersehen, daß in der Tat dafür auch etwas geleistet worden ist. Wie Schneider auf dem kürzlich in Paris abgehaltenen internationalen Handelskammer-Kongreß (an dem aber nur Vertreter der Entente-Staaten teilnahmen) bekanntgab, waren von den 3363 beschädigten Fabriken und Unternehmungen des Kriegsgebietes bis zum 1. April dieses Jahres 2412 (71,7 vH) wieder im Betrieb; am 1. Juli 1919 hatte die Zahl erst 706 und am 1. Dezember 1560 betragen. 1914 waren dort 668000 Menschen beschäftigt; heute arbeiten bereits wieder 235000 (35 vH). Am besten hat sich die Faserstoff-Industrie entwickelt. In Lille finden 54 vH, in Tourcoing 83 vH und in Roubaix 84,3 vH der Arbeiter der Zeit vor dem Kriege Beschäftigung. Etwas weniger günstig steht es in der metallurgischen Industrie, die heute erst 24,5 vH und in der chemischen, welche 39,5 vH der einst erforderlichen Arbeitskräfte verwerten kann. Dennoch hofft man in Frankreich, den Norden und Osten in wenigen Monaten industriell wieder völlig aufgebaut zu haben.

Diese günstige Gestaltung der Verhältnisse kommt auch in der Handelsstatistik zum Ausdruck. Im Außenhandel wurden folgende Werte umgesetzt:

	1919 1. Halbjahr	1920 1. Halbjahr
Einfuhr	13721 Mill. Fr.	15629 Mill. Fr.
Ausfuhr	2683 » »	7780 » »

Bei diesen Zahlen, zu deren Beurteilung zu beachten ist, daß der Warenwert nach den Sätzen von 1914 berechnet ist, daß also der absolute Wert heute größer ist, fällt die gewaltige Steigerung der Ausfuhr auf. Gewerbliche Erzeugnisse sind 1920 um 175 vH mehr als im Vorjahre ausgeführt worden, und die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse hat sich gehoben. Nicht nur die Industrie, auch die Landwirtschaft scheint sich also kräftig entwickelt zu haben. Der französische Finanzminister äußerte sich einem englischen Wirtschaftler gegenüber demgemäß sehr hoffnungsfreudig. Frankreich dürfe damit rechnen, innerhalb der nächsten zwei Jahre die Handelsbilanz der Zeit vor dem Kriege wieder zu erreichen. Freilich darf dabei nicht übersehen werden, daß, selbst wenn die Entwicklung günstig weiter geht, die französische Zahlungsbilanz auch dann noch passiv bleiben wird; die Kapitalforderungen Englands und der Vereinigten Staaten sind recht schwer. Und da demgegenüber auf der Aktivseite nur die Wiedergutmachungsforderungen an Deutschland stehen, so hat man den Schlüssel zum Verständnis der französischen Politik gegenüber Deutschland, die allerdings Weitsicht gänzlich vermissen läßt!

Die größte Sorge für das französische Wirtschaftsleben bildete im vergangenen Jahre die ungenügende Brennstoffversorgung. Wenn die angegebenen Förderzahlen des Jahres 1919

richtig sind, so standen Frankreich in dem Jahre aus Eigenförderung und Einfuhr nur 37,2 Mill. t Kohle zur Verfügung gegenüber 54,5 Mill. t im Jahre 1913. Industrie und Verkehr hatten unter dieser Notlage schwer zu leiden. Zur Abhilfe schritt man zu einer tatkräftigen Elektrisierung des Landes und übte auf Deutschland in Spa einen Druck aus, um sofort von dort mehr Kohlen zu erhalten. Die Elektrisierungsmaßnahmen bezwecken vor allem die Einführung des elektrischen Betriebes auf den Vollbahnen. Hierfür wurde ein Gesetz genehmigt, durch das vorerst 8259 km Bahnstrecken innerhalb der Netze des Paris-Orléans-, der Paris-Lyon-Méditerrané- und der Midi-Bahn für elektrischen Betrieb eingerichtet werden. Die Umbaukosten wurden mit 2700 Mill. Fr angegeben. Die elektrische Energie soll aus den Wasserkräften des Dordogne-Gebietes gewonnen werden, durch deren volle Ausnutzung nicht nur 100000 PS für die Bahnen, sondern auch noch 380000 PS für die Industrie zur Verfügung ständen.

Nach den neuesten Berichten scheint die Kohlennot fast überwunden zu sein. Von den Bergwerken der Kriegsgebiete werden etwa 33 vH der früheren Menge herausgebracht, und die Leistungen in den übrigen Kohlengruben Frankreichs, die unter der auch in Frankreich herrschenden »Faulheitswelle« — wie der Temps einmal zugab — stark zurückgegangen waren, haben sich bedeutend gehoben. Im August 1920 wurde die Eigenförderung mit 1,65 Mill. t, die Einfuhr aus Deutschland mit 1,646 Mill. t und aus den übrigen Ländern (Amerika, England, Belgien) mit 1,16 Mill. t angegeben. Das würde, auf das Jahr berechnet, eine Summe ergeben, die der Versorgung vor dem Kriege fast gleichkommt. Wenn Frankreich dennoch damit nicht zufrieden ist, sondern begehrlich auf das Ruhrgebiet blickt, so ist der Grund einmal in der Ausweitung der französischen Industrie, die heute einen gesteigerten Bedarf hat, und dann auf politischem Gebiet zu suchen. Durch die Verfügungsberechtigung über unsere Kohle beherrscht Frankreich Deutschland sicherer als durch Besatzungsheere, denn damit verhindert es unser wirtschaftliches Gesunden.

Neben der Kohlenbeschaffung machte die Kohlenpreisfestsetzung große Schwierigkeiten. Die Gestehungskosten der Kohle gingen zum Teil sehr weit auseinander, da deutsche, französische, englische und amerikanische Kohle zur Verteilung kam. Um die damit verbundenen Nachteile zu beseitigen, wurden zwei eigenartige Einrichtungen getroffen: das Kompensationssystem und die Ausgleichsprämie. Innerhalb Frankreichs wurde für jeden Grubenbezirk ein bestimmter Preissatz festgelegt, der für alle dort befindlichen Werke gleich war. Eine Kompensationskammer in jedem Bezirk hatte dann die Aufgabe, von den günstig arbeitenden Gruben eine Abgabe zu erheben und den unter schlechteren Bedingungen stehenden Werken davon Zuschüsse zu geben. Ferner wurde der Inlandkohlenpreis um 100 vH erhöht und die dabei vereinnahmte Summe zum Ausgleich der höheren Einkauf- und Transportkosten der Auslandkohle verwandt. Durch diese Maßnahmen gelang es, den Kohlenpreis auf nur etwa 250 Fr/t festzusetzen. Da nach dem Abkommen von Spa in größeren Mengen billige deutsche Kohlen herankommen, so wird der Durchschnittstonnenpreis jetzt auf etwa 200 Fr zu stehen kommen.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sind trotz der unversöhnlichen Haltung der französischen Regierung wieder aufgenommen worden. Schon 1919 wurden nach der Statistik Waren im Werte von 1283,9 Mill. Fr von Frankreich nach Deutschland und für 590,6 Mill. Fr in umgekehrter Richtung ausgetauscht. In Wirklichkeit dürfte der Handel bedeutend größer gewesen sein, da infolge des Schmuggels durch das Loch im Westen vieles nicht erfaßt werden konnte. Viele französische Handelshäuser haben wieder den Verkehr mit ihren ehemaligen deutschen Geschäftsfreunden aufgenommen, so daß sich daraus bessere Aussichten für die Zukunft ergeben.

[910] Dr.-Ing. Georg Sinner.

Australien.

Während China, Indien und das alte Europa ihre Bevölkerungsmassen kaum bergen können und auch in den Vereinigten Staaten von Amerika die erreichte Bevölkerungsdichte den alten Überfluß an Boden und Rohstoffen vielfach in das Gegenteil zu verkehren droht, soweit nicht amerikanischer Er-

findungsgeist einen Ausgleich zu schaffen vermag, liegen ausgedehnte Teile der Erde noch so gut wie unerschlossen da.

Nordasien, fast das ganze Afrika und das tropische Südamerika sind solche Gebiete. In erster Linie aber gilt das von Australien. Hat doch dieser ganze Erdteil, ohne Neuseeland und die ozeanische Inselwelt schon 15mal so groß wie das Deutsche Reich, nur 5 Millionen Einwohner. Gewiß, der Boden und vor allem die Wasserverhältnisse sind in vielen Teilen des Landes nicht günstig. Das geht schon aus dem Vorhandensein zahlreicher größerer Salzseen und Salzsümpfe hervor und aus der Tatsache, daß es keinen einzigen im vollen Sinne dauernd schiffbaren Strom in dem ganzen Erdteil gibt. Über die Hälfte Australiens ist so gut wie wasserlos. Aber trotzdem könnte das Land ein Vielfaches der heutigen Bevölkerung nähren, sobald einmal alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Vieles an der zurückgebliebenen Entwicklung liegt in der Geschichte des Erdteils begründet. Die Verhältnisse in der ehemaligen Verschickungskolonie wirken vielfach bis in die Gegenwart nach. Rücksichtslose Ausbeutung in Verbindung mit einer falschen Landwirtschaftspolitik, die auf Jahrzehnte hinaus bäuerliche Besiedlung außerordentlich erschwerte, hat die Zuwanderung hintangehalten. Störend war auch die Verwaltungstrennung zwischen den fünf Kolonien des australischen Festlandes, die erst in diesem Jahrhundert der Errichtung des einheitlichen Staatenbundes Platz gemacht hat. Die gegen die Ausbeutung der unteren Volksklassen gerichteten sozialen Gesetze, die dazu geführt haben, Australien vielfach als ein soziales Wunderland anzusehen, erstrecken ihre Wirkung wesentlich nur auf die gewerbliche Arbeiterwelt. Wenngleich sie einen weitgehenden Schutz der Ar-

beiter bedeuten, so haben sie doch zugleich dahin geführt, daß alle die Gewerbe, die ohne angestrengten Fleiß nicht gedeihen können, in Australien bisher zu keiner rechten Entfaltung gekommen sind. Sie werden sich deshalb auch wohl nur aufrecht erhalten lassen, solange die gewaltigen natürlichen Reichtümer des Landes der geringen Bevölkerung spielend den Lebensunterhalt in den Schoß werfen. Kommen doch allein an Vieh auf jeden australischen Einwohner $^1/_2$ Pferd, 2 Rinder und 16 Schafe. Ein gewaltiger Anteil entfällt auch aus dem Bergbau auf den Kopf der Bevölkerung.

Unter diesen Verhältnissen entwickelt die australische Bevölkerung trotz im ganzen geringer Anspannung in der Arbeit eine große Kaufkraft für europäische und amerikanische Industrieerzeugnisse. Extensive Viehzucht, Handel und Verkehr sind die Hauptbeschäftigungen der Bevölkerung, von der sich ein sehr großer Anteil in den großen Seestädten zusammendrängt, unter denen Melbourne und Sydney je mehr als eine halbe Million Einwohner haben. Mit der stark entwickelten Ausfuhr der australischen Rohstoffe, von denen nur ein verschwindender Teil im Lande verarbeitet wird, und der fast ganz auf ausländische Industrieerzeugnisse angewiesenen Versorgung der Bevölkerung hängt der starke Verkehr in den australischen Häfen zusammen. Sydney und Melbourne haben einen Tonnenverkehr, der sie nur hinter die größten Häfen der Welt, London, Antwerpen, Hamburg, Rotterdam, Liverpool, New York und Hongkong, zurücktreten läßt und sie etwa in eine Linie mit Lissabon, Marseille, Genua, Buenos-Aires, Rio de Janeiro, Singapore und Shanghai stellt.

Das australische Eisenbahnnetz hatte sich vor dem Weltkrieg auf über 30000 km erstreckt, also auf die halb Größe des deutschen Netzes. Die Eisenbahndichte ist dabei auf die Fläche bezogen nur $^1/_{30}$ der deutschen, dagegen auf die Bevölkerung bezogen die sechsfache. Störend ist, daß die Bahnen nicht weniger als fünf verschiedene Spurweiten aufweisen.

Nach der Entstehung des australischen Staatenbundes in Verbindung mit einer neuerlich mehr auf Kleinsiedlung hinzielenden Agrarpolitik und unter dem Druck der Frachtennot des Weltkrieges sind immerhin erhebliche Fortschritte in der australischen Wirtschaft eingetreten. An Brotgetreide bringt das Land auf den Kopf der Bevölkerung schon etwa das Doppelte der Menge hervor, die bei uns auf den Kopf entfällt, wenngleich die Erträge auf dem Hektar sich noch auf weniger als der Hälfte der deutschen halten. Auch die Rohrzuckererzeugung ist nicht unbedeutend. Der Baumwollanbau in Queensland, dem man zeitweise eine große Zukunft voraussagen zu können glaubte, hat nach einer wechselnden Entwicklung in neuerer Zeit wieder etwas zugenommen. Die großen Probleme auf landwirtschaftlichem Gebiet sind die systematische Wassererschließung durch Brunnenbohrungen und die Anlage von Staubecken.

Im Bergbau auf Metalle steht bekanntlich der Goldbergbau an erster Stelle, er wird im großen und ganzen in der Form des Großbetriebes ausgeübt. Bedeutend ist auch die Ausbeute an Blei und sodann die an Silber, Kupfer und Zinn. Verhältnismäßig kräftig vorwärtsentwickelt hat sich die Gewinnung von Kohlen, da die Schwierigkeiten des Weltkrieges das Land gebieterisch auf die eigenen Möglichkeiten verwiesen haben

Die industrielle Tätigkeit beschränkte sich bis vor kurzem auf zwei Gebiete, einmal auf die Verarbeitung eines Teiles der Viehzuchterzeugnisse, das andere Mal auf Werkstätten zur Ausführung notwendiger Instandsetzungen. Mahl- und Schneidemühlen, Gerbereien, Molkereien, Käsereien, Fabriken für kondensierte Milch, Konservenfabriken, Anstalten zur Herstellung von Getränken gab es in nennenswerter Zahl. Daneben bestanden Sägemühlen, Ziegeleien und Zementfabriken für die Bauindustrie, Instandsetzungswerkstätten, Licht- und Kraftwerke und endlich nur wenige größere Betriebe der eigentlichen Fertigwarenindustrie, so z. B. einige größere Schuh- und Hutfabriken. Die weitgehende Arbeiterschutzgesetzgebung der neunziger Jahre hatte sogar vorübergehend zu einem Wiedereingehen bestehender industrieller Betriebe geführt. Versuche der Verstaatlichung ganzer Gewerbe, so z. B. in Westaustralien der Schiffahrt, des Hotelwesens, der Sägemühlen, Ziegeleien und Werkzeug-

fabriken, die bis in die neueste Zeit fortgesetzt worden sind, haben so ungünstige Ergebnisse gezeitigt, daß 1919 der Ministerpräsident weitere Verstaatlichungen ablehnte. Auch ein schutzzöllnerischer Zolltarif und eine Prämienpolitik haben es nicht vermocht, der Industrie einen nennenswerten Anstoß zu geben. Dabei darf allerdings nicht verkannt werden, daß bei den ungeheuren Entfernungen im Lande selber australische Industrien oft frachtlich zu ihrem eigenen Markt ungünstiger liegen als der überseeische Wettbewerb. Nur wo auf engerem Gebiete ein größerer Bedarf vorliegt, wie es außer den schon genannten Schuh- und Hutindustrien beispielsweise für landwirtschaftliche Maschinen der Fall ist, hat sich eine nennenswerte Fertigwarenindustrie entwickelt. Ein sehr wichtiger Schritt in der Vorwärtsentwicklung nach dieser Richtung ist die Tatsache, daß in den letzten fünf Jahren eine eigene Eisen- und Stahlindustrie emporgewachsen ist, die es schon auf rd. 200000 t Jahreserzeugung gebracht hat. Ihre Mittelpunkte sind Newcastle, in dessen Nähe auch von 14000 Bergleuten Steinkohle befördert wird und Lithgow. Diese Eisen- und Stahlindustrie will vor allem der Versorgung der australischen Bahnen dienen. Im übrigen ist der bedeutendste Industrieplatz des Landes Sydney, wie überhaupt allein die Ost- und Südostküste gewerblich einigermaßen fortgeschritten ist.

[904] Prof. Dr. Otto Goebel, Hannover.

Organisationsfragen.

Die Organisation im deutschen Maschinenbau.

Am 1. Mai 1920 wurde die »Zentralstelle für die Ausfuhrbewilligungen in der Maschinenindustrie« in einen Selbstverwaltungskörper, die »Außenhandelsstelle für den Maschinenbau« mit amtlichen Befugnissen und einem paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Erzeuger, Händler und Verbraucher zusammengesetzten Außenhandelsausschuß umgewandelt. Bei dieser Gelegenheit haben sich die Fachverbände des Maschinenbaues, deren Zahl von 25 im Jahre 1910 auf 124 im Jahre 1920 gestiegen ist, in 12 Fachverbandgruppen gegliedert, die nunmehr je eine in sich geschlossene Vertretung der in den Fachverbänden verkörperten Interessen darstellen. Diese Fachverbandgruppen umfassen:

1. Werkzeugmaschinen und Maschinenwerkzeuge,
2. Textilmaschinen,
3. Landwirtschaftliche Maschinen,
4. Lokomotiven,
5. Kraftmaschinen,
6. Arbeitsmaschinen,
7. Hütten-, Stahl- und Walzwerksanlagen und -maschinen,
8. Mechanische Fördermittel (Krane, Aufzüge, Hebezeuge usw.) und Wagen,
9. Maschinen für die Papierindustrie und für das graphische Gewerbe,
10. Maschinen für die Nahrungs-, Genußmittel- und chemische Industrie,
11. Zerkleinerungs- und Aufbereitungsmaschinen,
12. Verschiedenes (in Verbänden zusammengeschlossen).

Den wirtschaftspolitischen Spitzenverband des Maschinenbaues bildet der bereits im Jahre 1892 gegründete Verein deutscher Maschinenbauanstalten, dem gegenwärtig über 900 Firmen mit über 400000 Arbeitern und Angestellten sowie 51 körperschaftliche Mitglieder angehören. In seiner Hauptversammlung am 17. September hat der Verein seine Satzung entsprechend der wachsenden Bedeutung der Fachverbände derart umgestaltet, daß die Fachverbände innerhalb der Vereinsleitung einen größeren Einfluß als bisher gewinnen und in die Gesamtorganisation des Vereines organisch eingegliedert werden.

In dem am 12. April 1919 gegründeten »Reichsverband der Deutschen Industrie« ist eine Fachgruppe Maschinenbau vorgesehen, an deren Ausgestaltung nunmehr herangetreten werden soll.

Im Rahmen der »Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands« ist die »Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Eisen- und Metallindustrie«, in deren Bereich der Maschinenbau

fällt, am 12. März 1920 gegründet worden, obwohl der »Deutsche Metallarbeiterverband« die Beteiligung verweigert hat. Die Bildung der »Arbeitsgemeinschaft für den Maschinenbau« konnte bisher noch nicht erfolgen, wird aber als dringlich angesehen, da der seinerzeit auf Veranlassung des Demobilmachungskommissars geschaffene paritätische »Fachausschuß für den Maschinenbau« nach Erledigung seiner Arbeiten in der Auflösung begriffen ist. [914]

Abschreibungen und Geldentwertung.

Die Frage der Behandlung der Abschreibungen unter dem Einfluß der gegenwärtigen Geldentwertung behandelte Prof. Dr. Prion, Köln, im Rahmen eines Vortrages über den Einfluß der Geldentwertung auf die finanzielle Führung industrieller Unternehmungen anläßlich der Hauptversammlung des Vereines deutscher Maschinenbauanstalten am 17. September in Berlin.

Bei den um das 10- bis 20fache gestiegenen Anschaffungskosten für Produktionsmittel aller Art genügt selbstverständlich die frühere Art der Abschreibung nicht, die in einer bestimmten Reihe von Jahren Rücklagen machte, um bis zur Zeit des wahrscheinlichen Verschleißes den Betrag des ursprünglichen Anschaffungswertes anzusammeln in der Absicht, damit die Mittel zur Neubeschaffung eines gleichgearteten Gegenstandes bereitzustellen. Stimmt heute schon der aus dem ursprünglichen Anschaffungswert unter Abzug der bisher geleisteten Abschreibungen sich ergebende Buchwert keineswegs mit dem wirklichen Wert des Gegenstandes überein, so werden auch die Abschreibungen, die auf den gegenwärtigen Wert des Gegenstandes geleistet werden müßten, um nach dessen Verschleiß eine Neubeschaffung zu ermöglichen, schon in ihrem Jahresbetrage meist weit über den ursprünglichen Anschaffungswert hinausgehen. Um also eine richtige Bemessung der Abschreibungen zu ermöglichen, müßte einmal der Wert der bisher geleisteten Abschreibungssummen von ihrem »Goldmark« Betrage auf Papiermark umgerechnet werden, auf der anderen Seite aber auch die gegenwärtigen Neuanschaffungskosten in Betracht gezogen werden. Man kommt damit von dem Begriff der Abschreibung zu dem eines Erneuerungskontos.

Diese notwendige Erhöhung des Aufwandes für Abschreibungen beeinflußt naturgemäß die Preisbildung. Die Preisprüfungsstellen haben bisher eine Berücksichtigung der Erhöhung der Abschreibungen bei der Berechnung der angemessenen Gewinne nicht zugelassen, weil sie naturgemäß auf eine starke Steigerung der Preise einwirken würde. Ebenso will die Steuer-Rechtsprechung die erhöhten Abschreibungsbeträge nicht steuerfrei lassen, weil unter dem Vorwande genügender Abschreibungen nahezu beliebige Beträge dem Steuerzugriff entzogen werden könnten. Wenn auch freilich die neuen Steuergesetze eine Annäherung an die Theorie der Ersatzanschaffung erkennen lassen, so ist zurzeit noch zu empfehlen, die Steuerfreiheit für die erhöhten Abschreibungen auf dem Wege über die Wertminderung des Unternehmens im ganzen zu bewirken [1]).

Selbstkostenberechnung und moderne Organisation der Maschinenfabriken. Von Dipl.-Ing. Herbert W. Hall. 2. Auflage. München und Berlin 1920, R. Oldenbourg. 245 S. Preis 24 M und Teuerungszuschlag.

Der Verfasser legt in der zweiten Auflage ein Buch vor, nach dem man eine Selbstkostenrechnung durchführen kann. Aber wenn er angibt, nicht für den Laien, sondern für den Fachmann zu schreiben, so muß man ihm sagen, daß für den Fachmann das Buch entschieden zu weit ausgesponnen ist und allzuviel Bekanntes und allgemein Anerkanntes ausführlich beschreibt. Es ist sicherlich schwierig, in einem Werk über Selbstkostenrechnung in diesem Sinne die Grenzen glücklich zu treffen, denn auf wenigen Gebieten dürfte der Abstand zwischen Laie und Fachmann so groß und doch die Grenze zwischen ihnen so unbestimmt sein wie gerade auf dem Gebiete der Selbstkostenrechnung und der Fabrikorganisation.

Ein äußerer Vorteil des Buches besteht für den Fachmann darin, daß die vielen Formulare in 50 Seiten zu einem besonderen Anhang zusammengefaßt sind, aber damit ist für den Leser, der im Anschluß an den Text die Figuren einsehen will, wenig gewonnen, weil das Nachschlagen stört.

[1]) Wir bringen in unserem Novemberheft einen Aufsatz von Dr.-Ing. Max Mayer, Düsseldorf, über die Abschreibung bei schwankenden Preisen.

Eine gute Gegenüberstellung des allgemein Bekannten mit den durch eine geschickte Organisation herauszuholenden Besserungen gibt der Verfasser im zweiten Abschnitt über Begriffe der Kalkulation und der Betriebsorganisation. Unpraktisch erscheint die Zuteilung der Nummern im Abschnitt Nummernausgabe.

Die von dem Verfasser unter Bezugnahme auf die Besprechungen der ersten Auflage ganz besonders hervorgehobene Gruppierung der Werkzeugmaschinen kann für deutsche Werkstätten wohl kaum als etwas Besonderes anerkannt werden. Denn trotz der vielen Verfehlungen gegen die Grundsätze einer wirtschaftlichen Betriebsführung ist doch der Grundsatz meistens in der Fertigung durchgeführt, die Werkstücke auf dem kürzesten Wege von Werkplatz zu Werkplatz zu bringen. In den Abteilungen der allgemeinen Massenfabrikation ist das heute wohl selbstverständlich, in den übrigen Abteilungen müssen die verschiedenartigen Arbeitsfolgen und die damit zusammenhängende schwankende Benutzung in der Reihenfolge der Werkplätze berücksichtigt werden. Der sogenannte Sammelraum der Werkstatt, den der Verfasser als eine wichtige Einrichtung hinstellt, kann für eine zusammenhängende Werkstatt mit etwa 500 Arbeitern zweckmäßig sein, wie sie dem Verfasser als Beispiel für seine Organisation vorschwebt; auch für kleinere Werkstätten mag dieser Sammelraum wertvoll sein. Der Verfasser wird vielleicht für größere Betriebe mehrere dieser Sammelräume für die verschiedenen Werkstätten vorsehen wollen. Dem gegenüber ist zu betonen, daß das Verlegen eines Büros in den Mittelpunkt größerer Werkstätten sehr wenig zweckmäßig ist gegenüber der grundsätzlichen Zusammenfassung der Büros und dem Verlegen der Meisterplätze mit den zugehörigen Hilfskräften in ihren Wirkungsbereich. Dazu gehört natürlich, daß in der Nähe des Meisterplatzes genügend Raum und zweckmäßige Einrichtungen vorhanden sind für die Ablage der Werkstücke, welche nicht gleich den einzelnen Werkplätzen für die Weiterbearbeitung zugeführt werden können.

Die Bezeichnung der Lagermengen mit Minimal- und Maximalmengen ist weniger klar als Sollbestand und Bestellmenge. Bei der Materialbestellung und bei der Gußbestellung wird nach den Vorschlägen des Verfassers zu viel geschrieben. Man kann für solche Zwecke zweckdienlich ausgefertigte Vordrucke vielseitiger verwenden. Solches gilt ebenso für andere Buchungen. Beachtlich ist der Hinweis, den Unkosten der Lager ebenso vorsichtig nachzugehen wie denen der einzelnen Werkstätten. Der angegebenen Berechnung der von außen eingekauften Güter bei ihrer Weitergabe an die Werkstatt kann nicht zugestimmt werden. Wie der Verfasser selbst zugibt, ist es nicht möglich, beim Ausgeben der Lagerteile diese einheitlich so zu fassen, wie sie zu gleichen Preisen von gleichen Lieferern angeliefert wurden. Infolgedessen ist es auch eine willkürliche Berechnung, wenn man die Ausgänge in der Reihenfolge mit den gleichen Preisen belegen will, wie sie durch die Eingänge gegeben sind.

Richtig und wertvoll ist der Hinweis, daß es vielfach zweckmäßig und wirtschaftlich sein wird, einzelne Fertigteile soweit zusammenzubauen und zu lagern, daß aus diesen vormontierten Maschinenteilen beliebige Maschinen in kurzer Zeit zusammengesetzt werden können.

Für Lohnbuchung und Lohnverrechnung wurden bereits einfachere Vorschläge gemacht als die vom Verfasser beschriebenen. Eine Verkennung der Meistertätigkeit ist es jedenfalls, wenn gesagt wird, daß die Nachprüfung der auf die einzelnen Akkorde verwendeten Arbeitzeiten die ureigenste Sache des Meisters sei. Eine beachtliche Vereinfachung der Kalkulation wird durch die fachgruppenweise Zusammenfassung der Aufträge vorgeschlagen. Dabei ist aber zu beachten, daß es für die Selbstkostenrechnung nicht so sehr auf die Fachgruppe als auf die gleichartige Behandlung in der Werkstatt ankommt. Die vereinfachende Zusammenfassung wird also nach anderen Gesichtspunkten erfolgen müssen. Es ist keinesfalls richtig, Instandsetzungen und kleine Neuanschaffungen sowie fehlerhafte Arbeiten der Werkstätten nur mit Material- und Lohnaufwendungen, aber ohne Zuschläge zu belasten. Ebenso ist es nicht angängig, die Fertigung mit einer »angemessenen« Verzinsung der Inventarwerte zu belegen, um für

einen fehlenden Rest die Verkaufsabteilung aufkommen zu lassen, vielmehr sind selbstverständlich beide Abteilungen gleichartig zu behandeln.

In dem Teil: »Die Kalkulation« wird in der üblichen Weise mit den drei Größen Material, Lohn und Platzkosten gerechnet, leider werden die eigentlich feststehenden Begriffe Herstellungskosten und Selbstkosten vertauscht, indem beispielsweise von den Selbstkosten der Lieferung der Fertigung an das Teillager der Werkstätten gesprochen wird.

Irreführend sind die in dem Abschnitt Maschinenstundenkosten genannten Zahlenwerte von 40 cts. für die Arbeitstunde einer großen Fräsmaschine oder 10 cts. für die Arbeitstunde einer Schnellbohrmaschine. Für diese niedrigen Werte dürfte man heute auch in der Schweiz kaum sämtliche damit zu erfassende Kosten decken, jedenfalls reichen für deutsche Verhältnisse solche Zahlen nicht aus.

Sehr bedenklich ist es, mit Formeln zu arbeiten, welche auf willkürlichen Annahmen der Einzelwerte beruhen. Der Fachmann wird sich zwar dadurch nicht irreführen lassen, aber es liegt zu nahe, daß der weniger Geschulte die Voraussetzung zu derartigen Formeln vergißt. Aus dem genannten Grunde wäre der Abschnitt »Die Anwendung der Kalkulationsformel« besser ausgeblieben.

So ließen sich neben manchen nichtigen, dem Fachmann geläufigen Bemerkungen und Anweisungen noch viel Einzelheiten herausheben, die sich mit den heute vorherrschend geltenden Anschauungen nicht decken. Das muß ausdrücklich gesagt werden, weil für deutsche Verhältnisse in den vom »Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung« herausgegebenen Grundzügen der Selbstkostenrechnung Richtlinien entstehen, die das Bisherige vorteilhaft und eindeutig zusammenfassen. Eine scharfe Kritik an Werken auf diesem Gebiete erscheint aber dann angebracht, wenn keine neuen Wege eingeschlagen werden und das Bekannte nicht bis zur letzten Auswirkung aufs beste verwertet erscheint.

So sehr man es auch jedem Abschnitt anmerkt, daß man es in diesem Buche mit praktisch angewandter Organisation zu tun hat, so kann nicht zugestanden werden, daß damit die Fachliteratur wertvoll bereichert wird.

Der Verlag hat trotz der schweren Zeiten das Werk in mustergültiger Ausstattung herausgegeben.

[892] Dr.-Ing. G. Peiseler, Leipzig.

Wohnungswesen.

Wohnungswesen.

Der Fehlschlag aller bisherigen Regierungsmaßnahmen und Gesetze gegen die Wohnungsnot ist zu offensichtlich, als daß der Versuch einer Beschönigung Zweck hätte. Allerdings ist durch die Preußische Höchstmieteverordnung die Miete im allgemeinen bisher niedrig gehalten worden, aber diese für eine bestimmte Uebergangszeit richtig gedachte Maßnahme hat auch teils sehr bedenkliche Folgen gezeitigt, teils wird sie bereits in erheblichem Umfange umgangen. Die vom Reiche zur Verfügung gestellten Millionen haben ein sehr geringes Maß von Neubautätigkeit angeregt, und zurzeit droht wieder überall der völlige Stillstand jeglicher Bautätigkeit. Im Reichsarbeitsministerium werden zwei neue Gesetze vorbereitet; das eine will den Gedanken einer Begrenzung der Miete, den die preußische Höchstmieteverordnung enthält, in neuer verbesserter Form auf das Reich übertragen, das andere will durch eine als Uebergangsmaßnahme gedachte »Wohnsteuer, auch »Abgabe zum Baukostenausgleich« genannt, die teils zugunsten der Staaten, teils der Gemeinden erhoben werden soll, die Kosten für die unbedingt notwendigen Neubauten auf die vorhandenen, noch ohne Zuschuß, also vor Juli 1918 erbauten Häuser umlegen.

Wenn auch zugegeben werden muß, daß diese letzte Maßnahme schlechterdings unvermeidbar ist, wenn nicht jede baugewerbliche Produktion in kürzester Zeit aufhören und sogar zahlreiche begonnene Wohnhäuser unvollendet liegen bleiben sollen (denn die Mittel der Gemeinden sind erschöpft, ihr Kredit aufs äußerste angespannt), so liegt es doch auf der Hand, daß das der Weisheit letzter Schluß nicht sein kann, daß damit die Lösung der Wohnungsfrage schon gar nicht, aber auch nicht ein Zustand erreicht wird, in dem private

und genossenschaftliche Initiative sich in selbstverantwortlicher Weise am Wohnungsbau betätigen können. Solange das aber nicht der Fall ist, solange ist der Wohnungsnot nicht beizukommen, solange muß sie größer, anstatt kleiner werden.

Solange also auf diesem Wege nichts zu erreichen ist, wird man nicht darauf verzichten dürfen, die von anderer Seite gemachten Reformvorschläge auch weiterhin gewissenhaft zu prüfen. Gerade in diesen Tagen ist nun der lange angekündigte und durch verschiedene Veröffentlichungen vorbereitete Gesetzentwurf »Deutsches Siedlungsrecht« von seinem Urheber Georg Heyer einem Kreise von Fachleuten zugänglich gemacht worden[1]). Sein Helfer und Freund Robert Adolph versucht in einer kleinen, flott geschriebenen Denkschrift[2]) seinen Gedanken den Weg zu bereiten. Was Heyer vorschlägt, sei hier vorerst ohne Kritik, rein berichtend wiedergegeben. Er will eine umfassende Planwirtschaft im Wohnwesen einführen, die bei einer Reform des Behördenwesens anfängt: Reichssiedlungsamt als oberste Spruch- und Aufsichtsbehörde, Landessiedlungsämter, Siedlungsämter, diese in Städten und Kreisen. Die Siedlungsämter haben den Siedlungsbedarf zu ermitteln, Siedlungsland zu besorgen, Baufluchtlinen festzustellen, den Realkredit zu vermitteln, die Siedlerstellen zu verteilen, Boden- und Gebäudekataster zu führen, Wohnungsämter und Siedlungsgerichte einzurichten usw. Kurz, sie haben einen außerordentlich vielseitigen Aufgabenkreis. Entsprechend gestaltet sich die Tätigkeit der übergeordneten Landessiedlungsämter und des Reichssiedlungsamtes.

Die zweite Seite des Heyerschen Reformprogramms betrifft das Bodenrecht. Das unbeschränkte Eigentum am Boden soll aufhören, an seine Stelle das veräußerliche und vererbliche Bodenlehen treten, für das dauernd eine Grundrente (Lehenszins) zu zahlen ist. Der Besitz an Boden und Gebäude ist also grundsätzlich getrennt. Träger des Lehens ist das örtliche Siedlungsamt, das einen Heimfallanspruch besitzt für die Fälle der mißbräuchlichen oder unwirtschaftlichen Ausnutzung des Bodens, des Zahlungsverzuges bei der Grundrente, ferner für den Fall, daß der Boden für öffentliche Zwecke gebraucht wird. Außer vermittels des Lehens kann der Boden noch durch Pacht, oder in der Form von Rentengütern (Heimstätten) benutzt werden. Die Bodenwirtschaft soll in der Weise vor sich gehen, daß ein Kataster angelegt wird, das alle Bodenwerte enthält, die durch amtliche Schätzung festzustellen und von Zeit zu Zeit neu abzuschätzen sind. Nach dieser Schätzung wird die Grundrente bemessen.

Ganz besonders wichtig sind die Reformvorschläge für den Realkredit. Die Siedlungsämter haben ein Gebäudekataster einzurichten, das die Merkmale des Gebäudes, Zweck, Raumeinteilung, Mietwert, Belastungen usw. enthält. Die Nutzungsberechtigten am Boden (Belehnte, Pächter, Heimstätter usw.) werden zu einer örtlichen Landschaft, die Hauseigentümer zu einer Hausschaft vereinigt. Die Landschaften regeln die Grundkredite, die Hausschaften die Beleihung von Bauwerken aller Art. Die im Bezirk eines Landessiedlungsamtes errichteten Landschaften werden zu einem Verbande, der Provinziallandschaft, die Hausschaften zu einer Provinzialhausschaft zusammengefaßt. Diese beschaffen sich die zur Kreditgewährung nötigen Mittel durch Ausgabe von Pfandbriefen. Somit werden die privilegierten Hypothekenbanken nach Durchführung der Reform überflüssig und sind in die neuen Organisationen überzuleiten. Der Zinsfuß der Pfandbriefe soll 3,5 vH nicht übersteigen. Sie können bis zur Gesamtsumme der eingetragenen Grund- und Hausschulden ausgegeben werden, müssen aber im Verhältnis der Schuldentilgung ausgelost und zurückgezahlt werden. Beleihung des Bodens erfolgt nur zum Zwecke der Melioration, Beleihung der Gebäude nur bis zu 85 vH des eingetragenen, durch Schätzung festgestellten Wertes; die Darlehen sind grundsätzlich nur Tilgungsdarlehen. Das Siedlungsamt ist auch zugleich Mietamt. Es setzt die Miete fest, die sich aus zwei Teilen zusammensetzt, der festen Grundmiete und der beweglichen Unkostenmiete. Die Grundmiete enthält die Zins- und Tilgungsbeträge für den Bauwert, den Grundrentenanteil, die Verwaltungskosten und den Risiko-

[1]) Zu beziehen von der Geschäftstelle für Soziale Siedlungs- und Wohnungsreform, Berlin-Friedenau.
[2]) Wohnungsnot oder Siedlungswirtschaft. Berlin 1920, Verlag „Deutsche Warte".

beitrag (Ausfälle und Instandsetzungsanteil); die Unkostenmiete Steuern, Versicherung und einen weiteren Instandsetzungsanteil.

In diese Vorschläge für Wohnungsvorsorge sind die bestehenden Gesetze und Verordnungen gegen den Wohnungsmangel hineingearbeitet. Wohnungspflege und -Aufsicht unterstehen ebenfalls dem Wohnungsamt, das auch Sanierungen usw. durchzuführen hat. Für die gegenwärtige und eine etwa wiederkehrende Baukostenverteuerung ist ein Verfahren zur Beschaffung von Mitteln zur Zuschußgewährung vorgesehen, das ebenfalls die jetzt gesammelten Erfahrungen zu verwerten strebt. Feuer- und Mietausfallversicherung wird obligatorisch und von den neuen Organen übernommen. In den letzten Abschnitten seines Siedlungsgesetz-Entwurfes behandelt Heyer noch die Abgaben und das Siedlungsgerichtsverfahren.

Wir haben es also mit einem wirklich umfassenden Reformplan zu tun, der in vielen seiner Teile auf den unmittelbar in praktischem Schaffen gesammelten Erfahrungen beruht. Mag die Kritik manches als undurchführbar bezeichnen, so wird doch vieles als wertvoll und verwendbar erkannt werden.

[876] Reg.-Bauf. a. D. Thimm, Bochum.

Kann ich auch jetzt noch mein Haus bauen? Von Hermann Muthesius. München 1920, F. Bruckmann A.-G., 170 S., Preis geb. 10 M.

Hermann Muthesius hat bereits zwei Bücher im gleichen Verlage erscheinen lassen, »Wie baue ich mein Haus?« und »Kleinhaus und Kleinsiedlung«, zu denen diese Neuerscheinung eine wertvolle Ergänzung darbietet. Das herrschaftliche Wohnhaus, das Landhaus, die Villa ist mit allen Einzelheiten im ersten Buche — man kann fast sagen erschöpfend behandelt, die Kleinwohnung in dem anderen; das neue Buch wird allen denen willkommen sein, die heute nicht mehr in der wirtschaftlich günstigen Lage sind, sich ein geräumiges Haus mit allen Bequemlichkeiten errichten zu lassen, denen aber umgekehrt auch die Kleinwohnung nicht genügt. Ein praktisches Buch, für die Gegenwart geschrieben! Mit Rücksicht auf die hohen Preise begründet der Verfasser die leicht zu erzielenden Ersparnisse durch gewollte Einschränkungen. Wenn es auch nicht ganz zutrifft, daß ein Haus von 800 cbm umbauten Raumes etwa die Hälfte eines solchen von 1600 cbm umbauten Raumes kostet, so sind doch die Gesichtspunkte und Begründungen, aus denen der Verfasser folgert, sehr zu beachten. Die gewordenen Verhältnisse, die Schattenseiten des Bauens für die Wohnungsbeschaffung in der Zeit vor dem Kriege, werden zart umgangen; ebenso kommen die Spar- und Ersatzbauweisen sehr glimpflich weg. Eine etwas kräftigere Sprache und klare Stellungnahme würde sicher mancher Leser gern gesehen haben.

Das Buch erhebt auf Vollständigkeit keinen Anspruch, ist auch vom Verfasser als Ergänzung zu den beiden oben erwähnten Erscheinungen gedacht, trotzdem aber ein in sich abgeschlossenes Ganzes mit guten Beispielen zum Schluß, durch die dieses neue Buch, wie schon die anderen vorher, besonders wertvoll wird.

[900] Stodieck.

Schriftleitung: Berlin NW. 7, Sommerstraße 4a. Zuschriften, die den Versand, Buchhandel und die Anzeigen betreffen, sind an die Verlagsbuchhandlung Julius Springer, Berlin W. 9, Linkstraße 23-24, zu richten.

Bezugbedingungen: „Technik und Wirtschaft" erscheint am 2. Sonnabend jedes Monats. Der Jahresbezugpreis beträgt 24 M, für Mitglieder des Vereines deutscher Ingenieure 12 M. Einzelhefte 2,40 M (für Mitglieder 1,20 M). Bezuganmeldungen zum ermäßigten Preise können nur beim Verlage des Vereines deutscher Ingenieure erfolgen, dieses Bezugrecht ruht auf der Person und ist nicht übertragbar; alle anderen Bezieher erhalten die Zeitschrift grundsätzlich nur für den Jahrespreis von 24 M. Zu diesem Preise kann die Zeitschrift bei jeder Postanstalt, Buchhandlung und bei der Verlagsbuchhandlung Julius Springer, Berlin W. 9, bestellt werden.

Anzeigen: Die ganze Seite 500 M, 1/2 Seite 250 M, 1/4 Seite 125 M. Ein kleinerer Raum als 1/4 Seite wird nicht abgegeben. Preisnachlaß bei 6maliger Aufgabe jährlich 10 vH, bei 12maliger Aufgabe jährlich 20 vH. Beilagen: Preis und erforderliche Anzahl sind unter Einsendung eines Musters bei der Verlagsbuchhandlung von Julius Springer, Berlin W 9, Linkstr. 23-24, zu erfragen.

Für die Schriftleitung verantwortlich D. Meyer in Berlin, für die Anzeigen A. Ulrich in Berlin-Steglitz. Verlag des Vereines deutscher Ingenieure, Berlin NW 7, Sommerstraße 4a, in Kommission: Verlagsbuchhandlung Julius Springer, Berlin W 9. — Buchdruckerei A. W. Schade, Berlin N 39.